Mittwoch, 19. Dezember 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 297 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wahlchancen: Jüngste demoskopische Erhebungen über die Wahlaussichten in Berlin, im Saarland und Nordrhein-Westfalen signalisieren gute Chancen für Diepgen und Zeyer. (S. 4)

Ausreise abgelehnt: Die „DDR" verweigerte dem Ostberliner Schriftsteller Lutz Rathenow die Teilnahme an der Lesungs-Reihe „Bremen literarisch". Rathenow teilte mit, die Ablehnung stehe offenbar im Zusammenhang mit seinem Buch „Boden 411", das in der „DDR" auf Kritik gestoßen war.

Beziehungen: Nach Einschätzung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Fehrenbach ist die Bundesregierung nach „anfänglichen Schwierigkeiten an einer Normalisierung der Beziehungen zum DGB" interessiert. (S. 10)

FDP: Die FDP soll schärfer die Unfähigkeit der Grünen zum politisch notwendigen Kompromiß und deren gefährlichen Kurs in der Außen- und Friedenspolitik herausstellen, fordert FDP-Generalsekretär Haussmann. (S. 10)

Entscheidung: Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen will am 4. Februar entscheiden, ob die erste atomare Wiederaufbearbeitungsanlage der Bundesrepublik Deutschland in Dragahn (Niedersachsen) oder in Wackersdorf (Bayern) errichtet wird.

Spionageprozeß: Das oberste Gericht Vietnams verurteilte in Ho-Tschi-Minh-Stadt fünf von 21 Angeklagten in einem „Hochverrats"-Prozeß zum Tode. (S. 7)

Rüstungsausgaben: Auf Empfehlung einer von Ministerpräsident Nakasone eingesetzten Kommission soll Japan seine Verteidigungsausgaben erhöhen. Angesichts einer „veränderten militärischen Lage" sollte die bislang beachtete Ein-Prozent-Grenze des Bruttosozialprodukts für die Verteidigung überschritten werden.

Krise in Israel: Der Likud-Block hat den Koalitionspartner, die Arbeiterpartei, aufgefordert, nach dem Rücktritt des Ministers Peretz die Regierungskrise zu beenden. (S. 7)

Golfkrieg: Irakische Maschinen bombardierten erneut einen Tanker nahe dem iranischen Ölhafen Kharg.

Teheran: Die vier Entführer des kuwaitischen Verkehrsflugzeuges werden in Teheran vor Gericht gestellt, kündigte die iranische Presseagentur Irna an. Ein Termin wurde nicht genannt.

Vorwurf: Ein Mitarbeiter der Botschaft Irans in Bern soll den Sprengstoff für den Anschlag auf Unterkünfte von US-Marines in Beirut besorgt haben, berichtet „Reader's Digest". (S. 7)

ZITAT DES TAGES



❝ Wenn Sie mit uns der Ansicht sind, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, dann führen Sie ein Ende der unmenschlichen Kriegsführung gegen einzelne Deutsche an Mauer und Stacheldraht herbei ❞

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Appell an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

VW: Der Volkswagen-Konzern hat mit einem Umsatzsprung von 40 auf 45 Milliarden DM 1984 das Ertragstief in den vergangenen Jahren überwunden. In den USA wuchs der Verkauf gegenüber dem Vorjahr um 16,4 Prozent auf 250 000 Einheiten. (S. 14)

Elektrohandwerk: Nach einem *nominalen Umsatzzuwachs von* 1,5 Prozent auf 20,5 Milliarden DM 1984 rechnet die Elektroindustrie aufgrund der schlechten Lage in der Bauwirtschaft, der Sparpolitik der öffentlichen Hand und einer wachsenden Konkurrenz mit einem „schweren Jahr" 1985. (S. 11)

Opec: Ihren Richtpreis für Rohöl in Höhe von 29 Dollar pro Barrel will die Opec verteidigen. Auf ihrer Genfer Konferenz sucht sie einen neuen Konsens, um den Ölpreisverfall zu stoppen. (12)

Börse: Am Aktienmarkt setzte sich eine freundliche Tendenz durch. WELT-Aktienindex 158,1 (157,7). Auch am Rentenmarkt hat sich die Stimmung deutlich gebessert. BHF-Rentenindex 102,867 (102,843), Performance-Index 112,397 (112,307). Dollar-Mittelkurs 3,0944 (3,0965) Mark. Goldpreis je Feinunze 308,25 (315,00) Dollar.

KULTUR

Film: Erstlingsfilme stehen auf den Programmen der deutschen Kinos. Doch im Gegensatz zu früher ist politisches Sendungsbewußtsein verschwunden. So konnte etwa der Film „Abwärts" von Carl Schenkel, dessen Bekenntnis zur Unterhaltung vor Jahren als Sakrileg galt, Triumphe feiern. (S. 19)

Tod eines Schauspielers: Der Volksschauspieler Rudolf Platte ist gestern im Alter von 80 Jahren in Berlin gestorben. Platte, Darsteller zahlreicher Charakterrollen im Film, Fernsehen und auf der Bühne, debütierte 1925 als Shylock auf der „Düsseldorfer Freilichtbühne". Bekannt wurde er vor allem als Komiker. (S. 19)

SPORT

Tennis: Noch vor Abschluß der beiden letzten Einzel hat Schweden das Davis-Cup-Finale gegen die USA gewonnen. Die Schweden führen mit 3:0. (S. 9)

Ski: Überraschend siegte die Schweizerin Vreni Schneider beim Weltcup-Riesenslalom in Santa Catarina. Maria Epple-Beck wurde Dritte. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Stefan Morsch gestorben: Der an Blutkrebs leidende 16jährige Stefan Morsch aus Birkenfeld an der Nahe ist in Seattle/USA gestorben. Dem Jungen war Anfang August im Fred-Hutchinson-Krebsforschungszentrum als erstem Deutschen Knochenmark eines fremden Spenders eingepflanzt worden. (S. 20)

Verwirrung: Der Entführungsfall Wagner bereitet der Münchener Polizei weiterhin Kopfzerbrechen. Nachdem der Polizeipräsident Wagner als Drahtzieher der „Entführung" bezeichnet hatte, soll er nun wieder Opfer sein. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. Um vier Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Karlsruhe: Kohl handelte bei Nachrüstung korrekt

Es bedarf keines Stationierungs-Gesetzes / Klage der Grünen „unbegründet"

XING-HU KUO/DW. **Karlsruhe**

Die Zustimmung der Bundesregierung zur Nachrüstung mit den amerikanischen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Bundesregierung habe die Rechte des Bundestages nicht dadurch verletzt, daß sie ohne ein förmliches Gesetz dieser Nachrüstung zugestimmt habe. Mit dieser Entscheidung wies der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts gestern eine entsprechende Organklage *der Bundestagsfraktion der Grünen* zurück. In dem in Karlsruhe mündlich vom BVG-Präsidenten Professor Wolfgang Zeidler vorgetragenen Urteil heißt es, der Antrag der Grünen sei „unbegründet". Die dem Bundestag nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 und Artikel 24 Absatz 1 Grundgesetz zustehenden Kompetenzen seien durch diesen Beschluß der Regierung „nicht verletzt oder gefährdet" worden.

Im einzelnen erklärt das höchste deutsche Gericht (nur der Verfassungsrichter Mahrenholz stimmte der *Entscheidung* des *Zweiten* Senats des BVG nicht zu), die Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Stationierung sei „kein Vertragsschließungsakt" nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes, nach dem Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung in Form eines Bundesgesetzes bedürften. Dies sei in der umstrittenen Frage der Stationierungs-Zustimmung „weder unmittelbar noch entsprechend anwendbar".

Das BVG verweist darauf, daß die „Begrenzung der den gesetzgebenden Körperschaften durch diese Vorschrift eingeräumten Mitwirkungsbefugnisse bei der staatlichen Willensbildung" gerade ein „Element der Gewaltenteilung" sei. Eine „Erweiterung dieser Befugnisse" auf andere als die *im Artikel 59 Absatz 2 Satz 1* genannten Akte wäre ein „Einbruch in zentrale Gestaltungsbereiche der Exekutive".

„Die grundsätzliche Zuordnung der Akte des auswärtigen Verkehrs zum Kompetenzbereich der Exekutive" beruhe „auf der Annahme, daß institutionell und auf Dauer typischerweise allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfügt, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren und so die staatliche Aufgabe, die auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich wahrzunehmen, bestmöglich zu erfüllen", heißt es in der Entscheidung.

Das BVG teilte auch nicht die Auffassung der Grünen – sie waren in Karlsruhe durch Otto Schily und *Waltraud* Schoppe, die Bundesregierung durch Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) und den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, vertreten –, daß durch die Zustimmung zur Stationierung neuer Raketen Rechte des Bundestages „verletzt oder gefährdet worden seien", wonach die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen nur durch Gesetz erfolgen könne. Nach Artikel 24 Absatz 1 Grundgesetz habe der „Gesetzgeber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang" Hoheitsrechte übertragen würden. In diesem

■ **Fortsetzung Seite 10**

DER KOMMENTAR

Ein Schlußpunkt

ENNO von LOEWENSTERN

Alfred Emmerlichs Klage ist verständlich. Der SPD-Bundestagsabgeordnete fürchtet, daß nach dem Karlsruher Urteil in der Stationierungsfrage die Pershing II und Cruise missiles höhere „Weihen der Verfassungsmäßigkeit" erhalten hätten, was den politischen Kampf gegen die Nachrüstung erschwere. So kann man es, wie immer man die Wortwahl einschätzen mag, jedenfalls in der Sache einschätzen. Den Bürgern der Bundesrepublik ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden, daß die Nachrüstung ohne verfassungswidrigen, die eigene Souveränität preisgebenden Übergriff erfolgte. Und: daß „jegliche Anhaltspunkte dafür fehlen, daß mit der Zustimmung zur Stationierung Angriffsabsichten verbunden wären" – falls dies wirklich noch jemandem ins Stammbuch geschrieben werden mußte.

Da hat sich also eine Kampagne unter dem prüfenden Blick der Richter als Schaumschlägerei erwiesen. Ihre Luftigkeit wird an den Einwänden des einzigen Richters erkennbar, der gegen das Urteil gestimmt hat: Ließe man die Stationierung ohne förmliches eigenes Gesetz zu, meinte Ernst Gottfried Mahrenholz, so könnte *die Bundesregierung demnächst* auch andere Hoheitsrechte auf die NATO oder auf die USA als Bündnispartner übertragen, falls dies ins Verteidigungskonzept der NATO passe. Tatsächlich hat die Bundesregierung kein neues Hoheitsrecht auf die NATO oder die USA übertragen, sondern es ist bei den bisherigen Regelungen geblieben. Die Stationierung von Atomwaffen auf unserem Boden zu unserem Schutz war und ist im NATO-Vertrag (im Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland) Geschäftsgrundlage, ebenso die Tatsache, daß der Präsident der Vereinigten Staaten über den Einsatz bestimmt. Hier hat sich nichts geändert außer der Qualität der Waffen, aber die Qualität der Waffen pflegt sich im Laufe der Jahre zu ändern; auch das ist Geschäftsgrundlage des Bündnisvertrags.

Bleibt also letztlich die nicht nur juristische, sondern – da hat Emmerlich durchaus recht – die auch politische Klarstellung für den Bürger, daß die Strategie der Abschreckung nicht gegen die Verfassung des demokratischen Rechtsstaates verstößt. Wobei das, was hierzu über das Thema Gewaltenteilung gesagt wurde, ebenfalls bedacht werden darf. Es ist mehr als ein technischer Hinweis darauf, welche Säulen des Rechtsstaats im vorliegenden Fall wofür zuständig sind. Es läßt sich *indirekt daraus auch etwas* abzuleiten zur Frage, ob diese Säulen von der Straße her unter Druck gesetzt werden dürfen.

Hessen-SPD setzt auf die Grünen

Druck auf Börner / „Quadratur des Kreises" in der Landtagsfraktion

D. GURATZSCH/DW. **Wiesbaden**

In der hessischen SPD wächst der Druck auf Ministerpräsident Holger Börner, nach Wegen zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Grünen zu suchen. Wie gestern der Sprecher der SPD, Zinnkann, bestätigte, hat der südhessische SPD-Vorstand schon am vergangenen Freitag in einem zunächst nicht bekanntgewordenen einstimmigen Beschluß die SPD-Minderheitsregierung aufgefordert, an der „Architektur einer neuen Politik" festzuhalten.

Die von SPD und Grünen gesetzten „Gegengewichte" zu Bonn hätten über Hessen hinaus Hoffnung geweckt und ermutigt. Landesvorstand und Landtagsfraktion sollten „alles ihnen Mögliche tun, gegebenenfalls auch über Teilhaushalte und Vorschaltgesetze nachdenken, damit der begonnene politische Weg einer Zusammenarbeit mit den Grünen wieder geöffnet wird". Neuverhandlungen mit den Grünen bei einem Scheitern des Haushalts hatte auch schon der Stellvertreter Börners, Finanzminister Hans Krollmann, gefordert.

Nach Einschätzung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Ernst Welteke, sei bei der Suche nach Lösungen der politischen Krise um den hessischen Landeshaushalt 1985 aber „nach wie vor alles offen". Die SPD werde ihre Verhandlungen mit CDU und FDP im Januar fortsetzen, kündigte Welteke gestern nach einer knapp zweistündigen Fraktionssitzung der 51 sozialdemokratischen Abgeordneten in Wiesbaden an. Auch mit den Grünen solle noch gesprochen werden.

In der Sondersitzung seien unterschiedliche Meinungen geäußert worden, ohne einen Trend anzudeuten, sagte Welteke. Die Grundstimmung der hessischen SPD entspreche der „Quadratur des Kreises: Grünen nicht nachgeben; FDP hat uns vor zwei Jahren verraten; Große Koalition – seht euch das in Bonn an". Zu Überlegungen, die Grünen könnten ihre harte Haltung gegenüber den Sozialdemokraten aufgeben, wenn die SPD einen Zeitplan für den schrittweisen Verzicht auf die Kernenergie präsentiere, meinte er, das signalisiere Bewegung bei der Umweltpartei. Eine solche Position „muß man sich genau angucken, darüber kann auch gesprochen werden". Wenn die Grünen den Ausstieg aus der Atomenergie wollten, die von der SPD als „Übergangsenergie" betrachtet werde, müßten sie notwendige Haushaltsmittel bewilligen.

Nach Weltekes Darstellung hat der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident, Holger Börner, die sozialdemokratischen Parlamentarier während der Sitzung über seine Treffen mit den Landesvorsitzenden von CDU und FDP, Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, informiert. Bei den Begegnungen am Montag in Wiesbaden sei von den Liberalen die Bereitschaft zur Verabschiedung eines im Sinne der FDP geänderten Etats bekräftigt worden. Dagegen habe *die Union deutlich gemacht, daß* sie eine Beteiligung an der Landesregierung anstrebe. Mit den Gesprächen, die zu keinen erkennbaren Ergebnissen geführt hatten, wollte sich am Dienstag abend auch der SPD-Landesvorstand befassen.

Ali Agca: Der Papst ist wie ein Bruder, er ist so gut

A. CALABRO, **Rebibbia**

Dieser Mann ist zu bekannt geworden, auf zu üble Art: Mehmet Ali Agca, der Türke, der am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz zu Rom den Papst zu ermorden versuchte. Sein Kopf wirkt ein wenig zu groß im Verhältnis zu seinem mit der Zeit abgemagerten Körper. Er trägt den zuckertütenfarbenen Pullover, den alle Welt kennt. Das Gespräch mit ihm, das die WELT exklusiv in Deutschland verbreitet, führte die Journalistin Antonietta Calabro von der italienischen Zeitschrift „Il Sabato". Es schildert die Begegnung Ali Agcas mit Papst Johannes Paul II. und die Wandlung, die sich in dem Attentäter vollzogen hat – nach seinen eigenen Worten.

„Bei meinem Besuch im Gefängnis von Rebibbia", berichtet Antonietta Calabro, „sah ich seine Karteikarte ein. Sie ist leer. Keine Besuche eingetragen. Ich fürchte, er könne sich verflüchtigen wie er angekommen ist. Noch nie hat jemand mit Mehemet Ali Agca sprechen können. Ich erkläre ihm, wer ich bin, daß – wenn er einverstanden ist – der Gegenstand unserer Unterhaltung ein anderes Gespräch sein wird, nämlich das mit dem Papst. Der Besuch des großen Verzeihens. Er ist einverstanden."

Calabro: Herr Agca, wie haben Sie reagiert, als Sie erfuhren, daß Johannes Paul II. Sie besuchen wollte?

Ali beginnt zu sprechen, mit tiefer Stimme, die Worte abwägend.

Ali Agca: Ich war sehr glücklich. Unser Gespräch war sehr offen, sehr *menschlich. Dafür bin ich dem Papst* dankbar.

Calabro: Wie haben Sie erfahren, daß er kommen würde?

Ali Agca: Ich erfuhr es aus dem Fernsehen.

Calabro: Haben Sie darum gebeten, ihn zu sehen?

Ali Agca: Sagen wir ja: Ich hoffte, ihn früher oder später treffen zu können. Daß er mich besuchte, hat mich nicht überrascht. Ich war schon zwei Jahre in Italien, hatte Gelegenheit gehabt, die Mentalität des Papstes zu verstehen, der wirklich menschlich ist. So war auch unsere Begegnung ganz und gar menschlich, persönlich, außerhalb jedes juristischen und politischen Kalküls. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Calabro: Welche Bedeutung messen Sie Ihrer Begegnung mit dem Papst bei? Heute, nachdem ein Jahr vergangen ist?

Ali Agca: Sein Besuch ist der historische Beweis dafür, daß Versöhnung möglich ist. Immer, für alle. Ich hoffe, daß die Begegnung zwischen Johannes Paul II. und mir auch in Zukunft für die ganze Menschheit von Nutzen sein wird.

Calabro: Was meinen Sie damit?

Ali Agca: Ich habe die Hoffnung, daß der Vatikan der Sache des Friedens in der Welt dienen kann. Wenn man die Wahrheit der Fakten anerkennt, ist die Menschheit einem endgültigen Zusammenbruch nahe. Nur der Papst und der Vatikan können diesen Zusammenbruch verhindern. Meiner Meinung nach hängt der Friede weder von Moskau noch von Washington ab.

Calabro: Ja, aber was hat das mit Ali Agca zu tun?

Ali Agca: *Ich gebe zu, daß es vielen* seltsam erscheint. Aber wenn sie die Fakten wüßten . . .

● **Fortsetzung Seite 10**

Gesetzentwurf über Steuerreform zugestimmt

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Bundeskabinett hat gestern dem Gesetzentwurf über die Steuerreform zugestimmt. Das Gesetz, das eine zweistufige Steuerentlastung 1986 und 1988 von über 21 Milliarden Mark (einschließlich Kirchensteuer) vorsieht, soll bis zur Sommerpause *1985 verabschiedet sein.*

In der ersten *Stufe* werden vorrangig Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern entlastet. Die Steuersenkung beträgt rund elf Milliarden Mark: Die Kinderfreibeträge werden von 432 auf 2484 Mark je Jahr und Kind und die *Grundfreibeträge* von *4212/8424* auf 4536/9072 Mark für Alleinstehende/Verbeiratete erhöht. Hinzu kommt eine Senkung des Steuertarifs um etwa 3,7 Milliarden Mark.

1988 kommt durch Tarifkorrektur eine weitere Entlastung von rund 9,2 Milliarden Mark hinzu. Die Kirchensteuereinnahmen gehen infolge der Steuerreform *1986/88* um insgesamt rund 1,05 Milliarden Mark zurück (WELT vom 14. 12.).

Schicksal der Flüchtlinge bleibt ungewiß

DW. **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist gestern zum Auftakt eines dreitägigen offiziellen Besuchs in der CSSR mit dem tschechoslowakischen Außenminister Bohuslav Chnoupek zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Unterredung *standen die Ost-West-Beziehungen* vor dem Hintergrund der für Januar vorgesehenen amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf. Genscher hat, wie aus Delegationskreisen verlautete, über die kürzliche NATO-Tagung berichtet, während Chnoupek den östlichen Standpunkt in Fragen der *Rüstungskontrolle* und Abrüstung betont habe. Unterdessen herrschte weiter Ungewißheit über das Schicksal der 70 „DDR"-Bewohner, die in der Prager Botschaft Zuflucht gesucht haben, um die Ausreise in den Westen zu erreichen. Genscher wird außerhalb des offiziellen Besuchs-Programms kurz vor seinem Heimflug am Donnerstag mit den „DDR"-Flüchtlingen sprechen.

Seite 2: Entspricht inhaltlich

IG Metall gegen politische Streik-Ziele

DW. **Düsseldorf**

Die IG Metall geht auf Distanz zur britischen Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM). Aus der Unterstützung britischer Bergarbeiterfamilien könne nicht geschlossen werden, daß sich der Vorstand der IG Metall mit den *politischen Zielen der NUM identifi*ziere, heißt es in einem vom IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr unterschriebenen Brief an die britische Gewerkschaft. Zu einer „Nationalen Informations- und Koordinierungskonferenz" am 12. Januar 1985 in Essen werde die IG Metall keine Delegierten entsenden. „*Es ist auch* niemand autorisiert, im Namen der IG Metall dort zu reden beziehungsweise Erklärungen abzugeben." Auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit wies darauf hin, daß die Essener Konferenz, zu der ein „Koordinationsbüro britische Bergarbeiter" mit der Anschrift „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverband Wuppertal", eingeladen habe, keine DGB-Veranstaltung sei.

Börners Nein wirkte wie ein Tiefschlag

Beim Medien-Staatsvertrag unterlief SPD eigene Position / „Schwierig für Rau"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

In der Bonner SPD-Zentrale wurde bereits unmittelbar, nachdem man den ersten Schrecken über das unerwartete öffentliche Nein von Hessens Ministerpräsident Holger Börner zum Medien-Staatsvertrag überwunden hatte, eine der eigenen, offenen Flanken entdeckt: „Dies wird schwierig für Johannes Rau." Der bayerische Ministerpräsident bestätigte postwendend, wie richtig diese Prognose *in Richtung auf die* WDR-Pläne des nordrhein-westfälischen Regierungschefs war: Er werde mit Nachdruck dafür werben, daß öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten nicht mit privaten Anbietern gemeinsam ein Programm über den künftigen Direktsatelliten senden und damit der ARD Konkurrenz machen könnten.

Börners öffentliches Nein – geäußert wenige Stunden nach einer gegenläufigen Erklärung des Bonner SPD-Vorstands und überraschend, nachdem der Hesse am Morgen noch lange in der Bundeshauptstadt mit Parteichef Willy Brandt zusammengesessen hatte – bringt die sozialdemokratischen Medien-Politiker in große Probleme: Verhandlungsführer Klaus von Dohnanyi hat damit in der Runde der Ministerpräsidenten heute keine Verhandlungsbasis mehr gegenüber den Unions-Regierungschefs, wurde in der „Baracke" erkannt, auch wenn der bayerische Staatssekretär Stoiber gestern die Bereitschaft zu einer weiteren „Verhandlungsrunde" signalisierte.

Bisher hatten die Sozialdemokraten immer auf die Rechtsauffassung gepocht, daß ein Staatsvertrag über die Medien und die Satelliten-Nutzung „von allen" unterschrieben werden müsse. Plötzlich könnten sie in die Situation gezwungen werden, daß sie diese eigene Position aufgeben „und sich damit völlig in deren Hand begeben" müßten.

Das öffentliche Nein Börners hat wie ein Tiefschlag im Ollenhauer-Haus gewirkt, zumal es völlig unvorbereitet abgegeben wurde. In Bonn kann man es sich nur so erklären, daß der hessische Politiker, mit seinen Regierungs- und Koalitions-Probleme überhäuft, nicht auch noch Ärger mit der eigenen Basis insbesondere in Hessen-Süd anzetteln wollte, die bereits seit langem den gefundenen Medien-Kompromiß ablehnt. In der Bonner Baracke wird schon mit dem Gedanken gespielt, als letzte Lösung einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, auf dem der Medien-*Kompromiß dann „unter großem* Krach durchgepaukt" wird.

Seite 2: Das letzte Gefecht


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entspricht inhaltlich

Von Ernst Cramer

Man muß den nachstehenden etwas komplizierten Satz langsam auf der Zunge zergehen lassen: „Insgesamt entspricht der Besuch" – des Außenministers Hans-Dietrich Genscher in Prag – „nach den Auffassungen der Bundesregierung inhaltlich dem, was Herr Gorbatschow in London die Förderung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusamenarbeit in Europa durch Vertiefung des europäischen Entspannungsprozesses und der Schaffung fester zweiseitiger Beziehungen auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki genannt hat."

Dieses Zitat ist der Schlußpunkt einer Erklärung, die der Regierungssprecher Peter Boenisch am Montag in Bonn abgab. Zur Begründung von Genschers peinlicher Reise in die Tschechoslowakei wird also eine Äußerung eines Mitglieds des Moskauer Politbüros, Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und potentiellen Nachfolgers von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko herangezogen. Es wird so getan, als verstünden die Machthaber im Kreml unter gutnachbarlichen Beziehungen, unter Entspannung, unter Zusammenarbeit dasselbe wie wir im Westen; als wäre die tägliche Verletzung der Helsinki-Vereinbarung in Fragen der Menschenrechte durch alle kommunistischen Länder eine Quantité négligeable.

Jahrelang hatte man den sozialliberalen Regierungen in Bonn unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt zu Recht vorgehalten, ihre angebliche Ostpolitik sei in Wirklichkeit nichts anderes als eine Hinnahme der Westpolitik des Kremls. Die damals propagierte Entspanung habe per saldo dem kommunistischen Osten wesentlich mehr Vorteile gebracht als dem Westen, von den betroffenen Menschen ganz zu schweigen. Mit geringfügigen Variationen wurde aber diese Politik der Entspannung, zu der auch immer wieder Vorleistungen gehörten, auch von der derzeitigen Regierung fortgesetzt. Genscher führte ganz einfach weiter, was er auch jahrelang vorher praktiziert hatte. Und Helmut Kohl griff nicht ein.

Die englische Premierministerin ist da ganz anders. Über ihren Gast aus Moskau sagte sie: „Herr Gorbatschow vertritt sein System. Ich vertrete meines. Auf dieser Basis haben wir vernünftig miteinander gesprochen." Nur auf einer solchen Basis kann man auch miteinander reden.

Grüne Vergiftung

Von Dankwart Guratzsch

Was die Grünen veranstalten, läßt sich längst nicht mehr als „Kinderkrankheiten" verniedlichen. Der Kampf zwischen „Realpolitikern", die mit anderen Parteien zusammenarbeiten wollen, und „Fundamentalisten", die eine solche Zusammenarbeit an überhöhten Forderungen scheitern lassen möchten, geht, wie der Frankfurter Grünen-Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer sagt, an die „Grundlagen der Partei".

Auf dem Bundesparteitag in Hamburg vor einer Woche haben die „Realos" zwar noch einmal die „Autonomie" der Landes- und Kreisverbände gerettet. Aber als der Bundesvorstand gewählt wurde, schaffte es nur ein einziger „Realpolitiker", wenigstens als Beisitzer hineinzurutschen. Das heißt, daß die Programmarbeit noch stärker als bisher von Leuten der „Z-Fraktion" aus den alten K-Gruppen, von Fundamentalisten und „Traditionssozialisten" bestimmt wird. Leute, für die nach Meinung des Frankfurter „Realo"-Grünen Daniel Cohn-Bendit „Bolschewist" noch ein Ehrentitel ist.

Die „Realos" fühlen sich mit Methoden aus der K-Gruppen-Praxis ausmanövriert. Die „Fundis", so ihr Vorwurf, lancieren „kadergeschulte Leute" in Schlüsselpositionen, verordnen „Parteiräson", handeln „autoritär", „zentralistisch", „sektiererisch" oder praktizieren, wie jetzt bei der Listenaufstellung für die Kommunalwahl in Frankfurt, mit der Drohung einer Parteispaltung „Erpressung" und „politische Vergewaltigung".

Das einzige überregional bedeutende „realpolitische" Bündnis, die rotgrüne Zusammenarbeit in Hessen, ist gescheitert. Das Bild der Partei beginnen Leute zu prägen, die den Abriß der Hochhäuser, die Stillegung der U-Bahnen und die absolut „autofreie Stadt" fordern. Auch die „sozialen Bewegungen" werden zur Belastung. Wenn, wie bei der Demonstration in Hanau am Wochenende, kein Massenaufgebot mehr zustande kommt, aber mitmarschierende Chaoten den Nimbus der „gewaltfreien Aktion" zerstören, verlieren die Grünen sogar bei den eigenen Leuten die Aura des Hoffnungsträgers. Der Bundestagsgrüne Fischer könnte sich als Prophet erweisen: „Wir enden im radikalökologischen Selbstmord."

Das letzte Gefecht

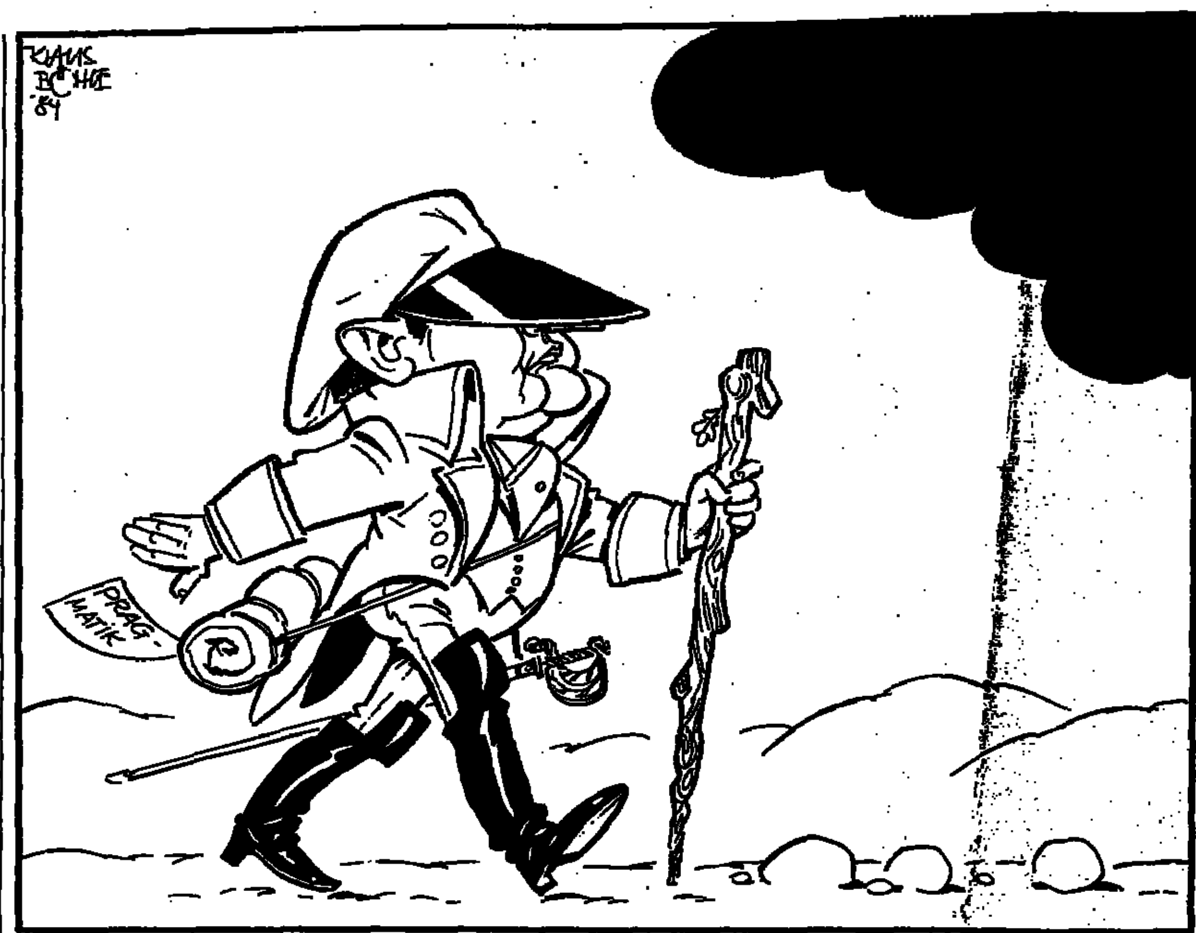
Von Eugen Wolmarshof

Es ist ein weiteres Beispiel von unzähligen. Im Auslandsstudio des Dritten WDR-Fernsehens kamen bei einer Sendung über Afghanistan praktisch nur kabulhörige bzw. moskauhörige Stimmen zu Worte. Die Sprecher des afghanischen Widerstandes protestieren. Aber unser Monopolfunk läßt sich prinzipiell von keinem Protest anfechten, weil er, und er allein, die deutsche Kultur wahrt.

Die Kultur eines Volkes drückt sich freilich nicht in Sendungen à la Dallas aus, sondern in seinem Verhältnis zur Freiheit. Wenn nun diese Art von Kabul-Fernsehen nur Teil einer allgemeinen Diskussion wäre, so müßte man sich gewiß ihrer schämen, man könnte aber auf die Gegenstimmen hinweisen. Hier kann man das nicht. Der deutsche Äther wird von einer einheitlichen Stimmen- und Stimmungsmache beherrscht.

Und das Monopol will dafür sorgen, daß auch weiterhin möglichst keine anderen Stimmen gehört werden. Jene SPD- und Grünen-Kreise, die Börner daran hindern, selbst den jämmerlichen Staatsvertragsentwurf von Bremerhaven in obendrein „modifizierter" Form zu unterschreiben, pokern hoch. Sie wollen offenbar durch Hinauszögern eine Lösung durchsetzen, bei der dem freien Fernsehen endgültig die Luft genommen wird – durch Auflagen aller Art, die die Öffentlich-Rechtlichen nicht treffen; vor allem aber, indem noch mehr Werbung für sie abgesaugt wird.

Risikolos ist das Unternehmen nicht. Hinter dieser Blockadetaktik der SPD- und sonstigen Linken steht die durchaus richtige Einsicht, daß kein Staatsvertrag und keine „Bestands- und Entwicklungsgarantie" den öffentlich-rechtlichen Funk retten kann, wenn erst die freien Sender die freien Bürger erreichen. Offenbar hofft man blindlings: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Aber das freie Fernsehen kommt im neuen Jahr, mit oder gegen Börner. Und je bösartiger der Freiheit der anderen entgegengearbeitet wird, desto deutlicher wird auch dem Bundesverfassungsgericht vor Augen geführt, daß es hier nicht um eine kulturell höherstehende Sendeform geht, sondern um einen Machtkampf unter der Gürtellinie.



Student nach Prag KLAUS BÖHLE

Moskaus Weg, Pekings Weg

Von Carl Gustaf Ströhm

Die kommunistische Weltbewegung, soweit es sie als einheitliches Gebilde überhaupt noch gibt, ist zwischen die Mühlsteine ihrer beiden Giganten geraten. Während in China die herrschende Reformgruppe um Deng Xiaoping im Parteiorgan „Volkszeitung" erklären ließ, Marx, Engels und Lenin könnten nicht auf alle Fragen der Gegenwart eine plausible Antwort geben, registriert man in Moskau eine genau entgegengesetzte Tendenz. Im Kreml herrscht offenbar die Meinung, man werde mit Hilfe eines einzigen Mannes die Antwort auf alle oder zumindest auf die meisten Fragen finden. Es handelt sich um den Mann, den Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag 1956 als Massenmörder entlarvt hat: Josef Stalin.

Wie weit sich der Abschied von den „Klassikern" des Marxismus-Leninismus in China bereits durchgesetzt hat, sei dahingestellt; auch in Peking gibt es einen dogmatischen und einen opportunistischen Flügel, die beide die Reformer bremsen könnten. Aber ganz läßt sich die Ent-Ideologisierung nicht mehr zurückdrehen. Ein Marxismus-Leninismus, der nicht „alle" Fragen zu beantworten vermag, ist als alleingültige „wissenschaftliche" Lehre aufgehoben.

China macht also den Versuch, sich von den Fesseln einer die Entwicklung bremsenden Ideologie zu befreien. Die Sowjetunion dagegen wird heute von der Sehnsucht nach einer festgefügten Ideologie heimgesucht. Und von der Sehnsucht nach einem „starken Mann", der einstmals die Macht und Größe des Imperiums verkörperte.

So berichten jugoslawische Kommunisten mit tiefem Unbehagen von einer in Moskau um sich greifenden Rehabilitierung Stalins als Heerführer, als Parteiführer, als einer der „großen Revolutionäre" von 1917. Schriftsteller, deren Namen bisher kaum jemand kennt, attackieren plötzlich ihre berühmten Kollegen, die während der „Entstalinisierung" Kritik am sowjetischen Diktator gewagt hatten. Der XX. Parteikongreß und der „Entstalinisierer" Chruschtschow verschwinden im Gedächtnisloch des Sowjetkommunismus.

Der neue Kult nimmt ähnlich groteske Formen an wie zu Lebzeiten Stalins. Da berichtet in der Zeitung „Sowjetskaja Kultura" der neunzigjährige Iwan Papanin, seinerzeit Leiter einer sowjetischen Arktis-Expedition: „Ich erinnere mich gut an die Lehren, die mir Genosse Stalin erteilte." Stalin als Polarforscher! In einem Fernsehfilm nimmt ein Fabrikdirektor am Telefon militärische Haltung an, als die Stimme Stalins aus dem Hörer klingt.

Es ist seltsam, wie eine Bewegung und ein Imperium, die einst im Namen der „lichten Zukunft der Menschheit" angetreten waren, sich auf die Flucht in die Vergangenheit begeben. Dabei kann die Re-Stalinisierung zwar in der Sowjetunion zweifellos gewisse Kräfte mobilisieren: nämlich alle jene, die in einer Politik der harten Hand die Lösung der Probleme sehen. Zugleich aber ist der Rückgriff auf Stalin eine zweischneidige Angelegenheit. Immerhin leben noch Millionen von Menschen, die entweder persönlich von Stalins Repressionen betroffen wurden oder deren Angehörige im GULag verschwanden.

Noch ungünstiger muß die Verherrlichung Stalins in den osteuropäischen Staaten oder auch in den kommunistischen Parteien des Westens wirken. Da wie dort war man heilfroh, den „weisen Lehrer" los zu sein. In manchen osteuropäischen Ländern stehen heute Kommunisten an führender Stelle, die selbst Opfer des Stalinismus waren. Was etwa mag der ungarische Parteichef Janos Kadar empfinden, der in der Zeit des Stalinismus Haft und Mißhandlungen erleiden mußte? Was empfinden die polnischen Kommunisten, wenn der Name des „großen Heerführers" lobend genannt wird, der einst gemeinsam mit Adolf Hitler die polnische Nation teilte?



Zuflucht bei einem Toten: Stalin (mit Lenin) FOTO: KEYSTONE

Für die jugoslawischen Kommunisten stellt Stalins Aufwertung die Frage, ob damit nicht auch die sowjetischen Beziehungen zu Belgrad in eine neue Phase treten könnten. Schließlich betrachtet die jugoslawische KP ihren Kampf gegen Stalin und gegen den Stalinismus als Grundelement, ja, als Rechtfertigung ihrer besonderen Politik.

Bliebe es nur bei historischen Erinnerungen aus Anlaß des „40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus", so wäre das bedenklich genug. Aber in einem totalitären System bleibt eine solche Entwicklung nicht auf halbem Wege stehen. Schon liest man in der parteitheoretischen Moskauer Zeitschrift „Kommunist" ein Lob auf Stalins Wirtschaftspolitik, die das genaue Gegenteil von Reform, Lebensstandard, Konsum und Marktwirtschaft war. Auf einer ideologischen Konferenz in Prag holten die Sowjets das Projekt einer kommunistischen Weltkonferenz wieder hervor. Es wurde von einigen moskautreuen Parteien begeistert aufgegriffen, von anderen dagegen, etwa der japanischen KP, als schlecht getarnter Disziplinierungsversuch abgelehnt.

Das Wiederauftauchen Stalins erfolgt zu einer Zeit, da sich nicht nur in China, sondern auch in Osteuropa viele kommunistische Führer überlegen, ob das aus der Sowjetunion importierte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem samt seiner Ideologie überhaupt noch eine Zukunft haben kann. Die Führungsmacht der „sozialistischen Gemeinschaft" bietet ihren Verbündeten und Vasallen aber keine Führung, sondern nur den Rückgriff auf Dogmen und auf eine Persönlichkeit an, die beide den Menschen kein Paradies auf Erden beschert haben. Eine Zukunftsperspektive, die mehr als erzwungene Loyalität bewirken kann, ist das kaum. Und wer einen Toten – noch dazu so einen Toten – heraufbeschwören muß, der zeigt wenig Vertrauen in die Lebenden.

IM GESPRÄCH Herminio Iglesias

Zum Auftakt eine Spaltung

Von Manfred Neuber

In Argentinien versucht der umstrittene Gewerkschaftsfunktionär Herminio Iglesias, im amorphen Lager der Peronisten die Rolle des maßgeblichen Sprechers zu übernehmen und sich mit Unterstützung anderer Parteien zum Oppositionsführer aufzuschwingen.

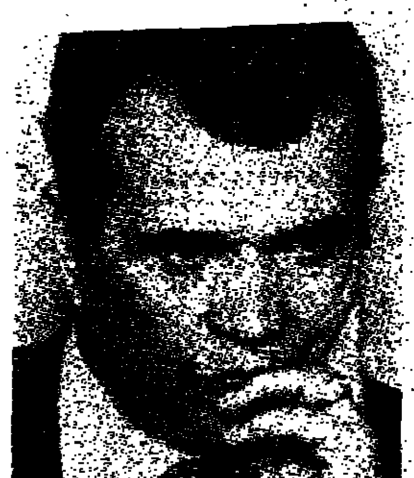
Als kürzlich das Bündnis der Peronisten mit drei oppositionellen Gruppierungen auf Betreiben Iglesias' besiegelt wurde, strömten mehr als hunderttausend Anhänger in den Luna-Park von Buenos Aires. Diese neue Formation könnte zu einer ersten Herausforderung für Präsident Raúl Alfonsin und seine Radikale Bürgerunion werden.

Mit Iglesias paktiert die Bewegung des Expräsidenten Arturo Frondizi, die Konservative Volkspartei des ehemaligen Vizepräsidenten Vicente Solano Lima und die Linke Volksfront des nationalistischen Schriftstellers Jorge Abelardo Ramos. Frondizi und Solano Lima gingen schon früher Allianzen mit den Peronisten ein.

In der eigenen Partei hat Iglesias viele Widersacher. Er wird für die Niederlage bei der Wahl im Oktober 1983 verantwortlich gemacht, weil er enge Kontakte zum diskreditierten Militärregime unterhielt. Man bewundert seinen die Massen begeisternden Stil und fürchtet seine scharfe Zunge. Iglesias gilt als entschiedener Antikommunist.

Bewerkstelligt Iglesias das Heraufziehen einer neuen Mehrheit in Argentinien? Zunächst braucht er den Beistand der drei Blockparteien, um sich dank des gesteigerten politischen Gewichts in der peronistischen Bewegung durchzusetzen. Gelingt ihm das, können sich die Helfer anderer Couleur eine Teilhabe an der Regierung nach einem Wechsel in Buenos Aires versprechen.

Während andere peronistische Politiker nach ihrer Wahlschlappe eine abwartende Haltung zu Alfonsin einnahmen, spielte sich Iglesias mit aktiver Opposition in den Vordergrund. So stritt er auch jetzt gegen das von der Regierung mit Chile ausgehandelte Abkommen zur Beilegung ihres Grenzstreites am Beagle-Kanal. Auf diesem Kurs versagten ihm die neuen



Fehlschlag beim Beagle-Kanal: Iglesias FOTO: DIE WELT

Koalitionspartner allerdings die Gefolgschaft. Statt dessen fand sich Iglesias in einer Front mit Admiral Isaac Francisco Rojas, ehemals Vizepräsident, General Roberto Camps, früher Polizeichef von Buenos Aires, und General Luciano Benjamin Menendez, dem Besetzer von Port Stanley auf den Falkland-Inseln.

Iglesias' Ambitionen kam die desolate Lage an der Spitze der Peronisten zugute. Die offizielle Präsidentin der „Gerechtigkeits-Partei", Isabelita Perón, kann von Spanien aus keine wirksame Lenkung ausüben. Zwar gilt das hierarchische Führerprinzip bei den Peronisten, was jedoch Flügelkämpfe und politische Lähmung nicht verhindern kann. Iglesias wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt. Aber 310 von 629 Delegierten verließen am Sonntag den Jahreskongreß der Partei, um sich in einem eigenen Parteitag zu versammeln. Unter anderem spielte der Führungsstil von Iglesias eine große Rolle in der Kritik.

Der stärkste Einfluß auf die peronistische Bewegung geht nach wie vor vom gewerkschaftlichen Dachverband CGT aus. Iglesias kommt aus den Syndikaten. Sein Wechsel auf die Zukunft könnte in einer Neuauflage des Zusammenspiels zwischen peronistischen Gewerkschaften und nationalistischen Militärs bestehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt zur aufgeschobenen Rotation Schilys:

Für den Prominenten wird die Rotation also nicht ganz, aber doch ein bißchen außer Kraft gesetzt. Nicht bedacht haben die Grünen dabei aber wohl, daß sie mit diesem Beschluß die Rotation grundlegend verändert und damit ad absurdum geführt haben. Die Mär von der beliebigen Ersetzbarkeit eines Politikers ist zusammengebrochen. Denn was Schily recht ist, dürfte seinen Fraktionskollegen billig sein. Andere Abgeordnete haben gewiß auch gute inhaltliche Gründe, ihre Arbeit in den Ausschüssen des Bundestages fortsetzen zu wollen.

Ruhr-Nachrichten

Die Dortmunder Zeitung schreibt zum 8. Mai 1985:

Diesen Tag ohne Zwiespalt zu begehen wird kaum möglich sein. Denn vor 40 Jahren wurden die Deutschen nicht nur vom Nazismus befreit, sondern sie erlitten auch die demütigendste Niederlage ihrer Geschichte. Die Kapitulation setzte dem Sterben und Vernichten auf dem Schlachtfeld ein Ende, doch für viele Deutsche begannen mit Gefangenschaft, Verschleppung, Vertreibung und Hunger neue Zeiten des Leidens. In der Folge des 8. Mai wurde den Deutschen die Chance eines Wiederanfangs zuteil. Aber sie mußten auch erfahren, wie die Nutzung dieser Chance eine Teilung nicht zu überwinden vermochte, die bis heute schmerzlich andauert – und die nicht zuletzt auch Ursache dafür ist, daß des 8. Mai 1945 hüben ganz anders als drüben gedacht werden wird.

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorfer Blatt geht auf die Moskau-Reise Mintoffs ein:

Der levantinische Großmeister eines kleinen Staates führt einer zweigeteilten Welt vor, wie man alle fünf Jahre die Fronten wechseln und dabei noch kräftig kassieren kann. Maltas Premier Dom Mintoff flog gestern nach Moskau ... Ein Verteidigungsbündnis mit Tripolis führt Mintoff zwangsläufig zu einem engeren Anschluß an den großen Bruder in Moskau. Im Kreml sieht man ihn nicht ungern, auch wenn man weiß, daß der listenreiche Malteser ein höchst unsicherer Kantonist bleiben wird. Ein zweites Grenada im Mittelmeer zu schaffen, ohne selbst voll in Erscheinung zu treten, muß ein verlockendes Spiel für die Sowjets sein.

MAINPOST

Die Würzburger Zeitung meint zum Medien-Staatsvertrag:

Es ist verständlich, daß um den Medien-Staatsvertrag hart gepokert wird. Jedes Bundesland will möglichst viele und gute UKW-Frequenzen und Satellitenkanäle für die nach seinem Mediengesetz zu schaffenden neuen Programme. Und die Frage, wie hoch künftig die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind, hat direkte Auswirkungen auf die Chancen der privaten Programmanbieter. Weil aber hart gepokert wird, sollte man auch nicht jedes Wort ... allzu ernst nehmen. Am Ende ist eine Einigung doch wahrscheinlich.

Anti-Amerikanismus und neudeutsche Naivität

Die Care-Pakete geraten in Vergessenheit / Von Curt Riess

Das Phänomen des Anti-Amerikanismus befällt in zunehmendem Maße Teile Westeuropas, wobei es sich genaugenommen um eine Anti-US-Welle handelt, weil weder die Kanadier noch die Lateinamerikaner davon betroffen sind. Dabei wird mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, daß die Amerikaner nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa von Hitler befreit haben, oder doch zumindest entscheidend an dieser Befreiung mitwirkten.

Demgegenüber schenken die anti-amerikanischen Kräfte ihr Gehör gern den Russen, die predigen, sie seien die Befreier, wobei sie verschweigen, was der Hitler-Stalin-Pakt (der Ribbentrop-Molotow-Pakt) zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat.

Auf den ersten Blick scheinen die Vereinigten Staaten populär in Europa, sogar in der Sowjetunion, zu sein. Überall, wo man sie kaufen kann, trägt man Blue Jeans, überall trinkt man Coca Cola. Überall, auch in den Ostblockstaaten, spielt man Jazz und tanzt Rock 'n' Roll. Überall spielt man amerikanische Filme; zumindest im Westen sind sie erfolgreicher als etwa deutsche oder französische.

Eine solche Liste könnte ad libitum verlängert werden, sie führt jedoch nicht zum Kern des Problems. Denn der Anti-Amerikanismus ist keine Auseinandersetzung mit dem American way of life, sondern eine Gefühlsaufwallung gegen die Prinzipien der Washingtoner Politik. In westeuropäischen Zeitungen merkt man immer wieder, wie wenig die Schreiber von ihr halten. Nun, der offizielle Anti-Amerikanismus der Sowjetunion ist begreiflich: Da die Kommunisten die Weltherrschaft erringen wollen, müssen ihnen die USA viele Dornen im Auge sein.

Der wachsende Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik ist dagegen nur schwer nachvollziehbar. Hat man hier vergessen, was die Amerikaner in den ersten Nachkriegsjahren getan haben? Die unzähligen Care-Pakete, die Millionen Amerikaner an Millionen Deutsche schickten, von denen sie manchmal nicht mehr kannten als den Namen und die Adresse? Hat man den Marshall-Plan vergessen, diesen grandiosen Wiederaufbauhilfeplan? Hat man vergessen, wieviele Deutsche nach dem Krieg verhungert wären ohne diese Hilfe? Hat man Amerikas Standfestigkeit, als die Russen Berlin blockierten, vergessen?

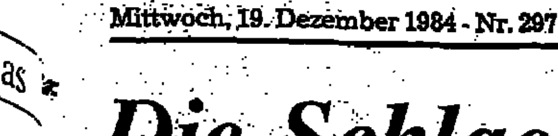
Man hört kaum noch etwas davon. Hingegen werden die Stimmen lauter und häufiger, die vor einer zu großen Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten warnen, bis hin zu extremen Schriften, die ihre Truppen hier „Besatzer" nennen. Doch sie übersehen die einfache Tatsache, daß die Deutschen sich nicht allein gegen die Sowjetunion wehren könnten; weder gegen einen eventuellen Angriff, noch gegen dauernden politischen Druck.

Auch wird der Glaube der Amerikaner an große Ideen häufig mit „Naivität" bezeichnet und verwechselt. Als 1929 und in den folgenden Jahren die Weltwirtschaftskrise die USA genauso wie Deutschland in den Grundfesten erschütterte, wählten die Deutschen Hitler, die Amerikaner Roosevelt. Wer war da naiv? Und kamen nicht die besten Dramen der letzten fünfzig Jahre aus den Vereinigten Staaten, und brachten die Amerikaner nicht (neben Israel) die besten Musiker in die Alte Welt? Und erst die Wissenschaftler: die weitaus meisten Nobelpreise gehen seit Jahrzehnten nach Amerika. Wer ist da naiv?

Aber das alles wird in den Hintergrund gedrängt. Die Amerikaner haben jetzt wieder Reagan gewählt, wird unheilschwanger betont. Es heißt, der macht Dummheiten. Übrigens: welcher Politiker macht eigentlich keine? Aber alles in allem hat er nichts getan, was ihn zur „Gefahr" für die Welt werden ließ, wie die Anti-Amerikaner tönen. Er hat vorübergehend – kaum zwei Wochen lang – Grenada besetzen lassen. Schnell waren die Vergleiche mit Afghanistan zur Hand, die für die Kämpfer im afghanischen Widerstand eine Beleidigung sind.

Die neudeutschen Prediger nutzen jeden kleinen Anlaß, die amerikanische Gefahr zu beschwören. Sie mögen dafür knallharte politische Gründe haben oder selbst naiv träumen. Sie mögen die Größe des amerikanischen Ideals des freien Individuums nicht fassen können und sich deshalb lieber unter den Schutz eines anti-individuellen Sozialismus flüchten. Sie mögen über einen Anti-Amerikanismus, den sie an den hier stationierten US-Truppen ausleben, für sie verfügbare, gefährliche neue nationale Emotionen entfesseln wollen. Sie mögen mit ihren „anti-imperialistischen" Phrasen auf die USA zielen, aber unsere Wirtschaft meinen.

Das alles hat nur einen Haken. Wenn das so weitergeht, werden die amerikanischen Stimmen lauter, die für einen Abzug aus Europa plädieren. Und dann werden wir vielleicht die Russen besser kennenlernen. Es bleibt zu wünschen, daß dann die Möglichkeit zu einem ebenso freien Anti-Sowjetismus besteht.



Die Schlacht der Medien um Macht und Money

Am 1. Januar 1985 ist es soweit: Das Kabel- und Satelliten-Fernsehen hält seinen Einzug. Neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten können dann auch private Veranstalter „Fernsehen machen". Das bedeutet: größere Programmauswahl, mehr Unterhaltung, mehr Information. Jedoch nicht für jedermann, da noch nicht alle rundfunkrechtlichen Probleme geklärt sind.

Von ERICH VOGT

Heute sollte in Bonn ein Staatsvertrag über die neue Medienstruktur unter Dach und Fach gebracht werden. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) *äußerte sich auf* der jüngsten Sitzung der Rundfunkkommission am 14. Dezember in Hannover zuversichtlich über den Verlauf *der Verhandlungen. „Mit etwas* Glück und gutem Willen werden wir uns am 19. Dezember einigen", meinte Vogel.

Davon ging man auch im SPD-Parteivorstand, drei Tage später, am 17. Dezember, aus. Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sagte im Anschluß an die Beratungen in Bonn, daß es zwar noch Punkte gebe, über die weiter verhandelt werden müsse (zum Beispiel über die endgültige *Verteilung* der *4 TV-Kanäle auf* dem deutschen direktstrahlenden Satelliten „TV-SAT" und die Definition einer „Entwicklungs- und Bestandsgarantie *für* den *öffentlich*-rechtlichen Rundfunk"), jedoch glaube er nicht, daß die Parteibasis die Schlußberatungen torpedieren werde.

Dafür sorgte wenige Stunden später sein hessischer Amts- und Parteikollege Holger Börner. Er werde den Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunkwesens nicht unterzeichnen, erklärte er, da „die medienpolitischen Forderungen der SPD durch diesen Staatsvertrag nicht erfüllt" würden. Börners Entscheidung überraschte die CDU-Ministerpräsidenten ebenso wie seine eigenen Parteifreunde. Zwar wußte man um Börners Bedenken, hatte er doch bereits nach dem „Bremerhavener Kompromiß" gesagt, daß ihm eigentlich die ganze Richtung nicht passe. Gleichwohl vertraute man darauf, daß ein Staatsvertrag nicht an seinem Veto scheitern werde.

Börners Rückzieher bringt den SPD-Parteivorstand sichtlich in die Bredouille. Die Parteibasis, jahrelang auf Gegenkurs zu den privaten Medienveranstaltern eingeschworen, kann nur mühsam die angesteuerte Kurskorrektur der beiden Medienvordenker *Glotz und Dohnanyi* abgerungen werden. Diese Bemühungen haben durch Börners Verweigerung einen schweren, wenn nicht irreparabelen Rückschlag erlitten.

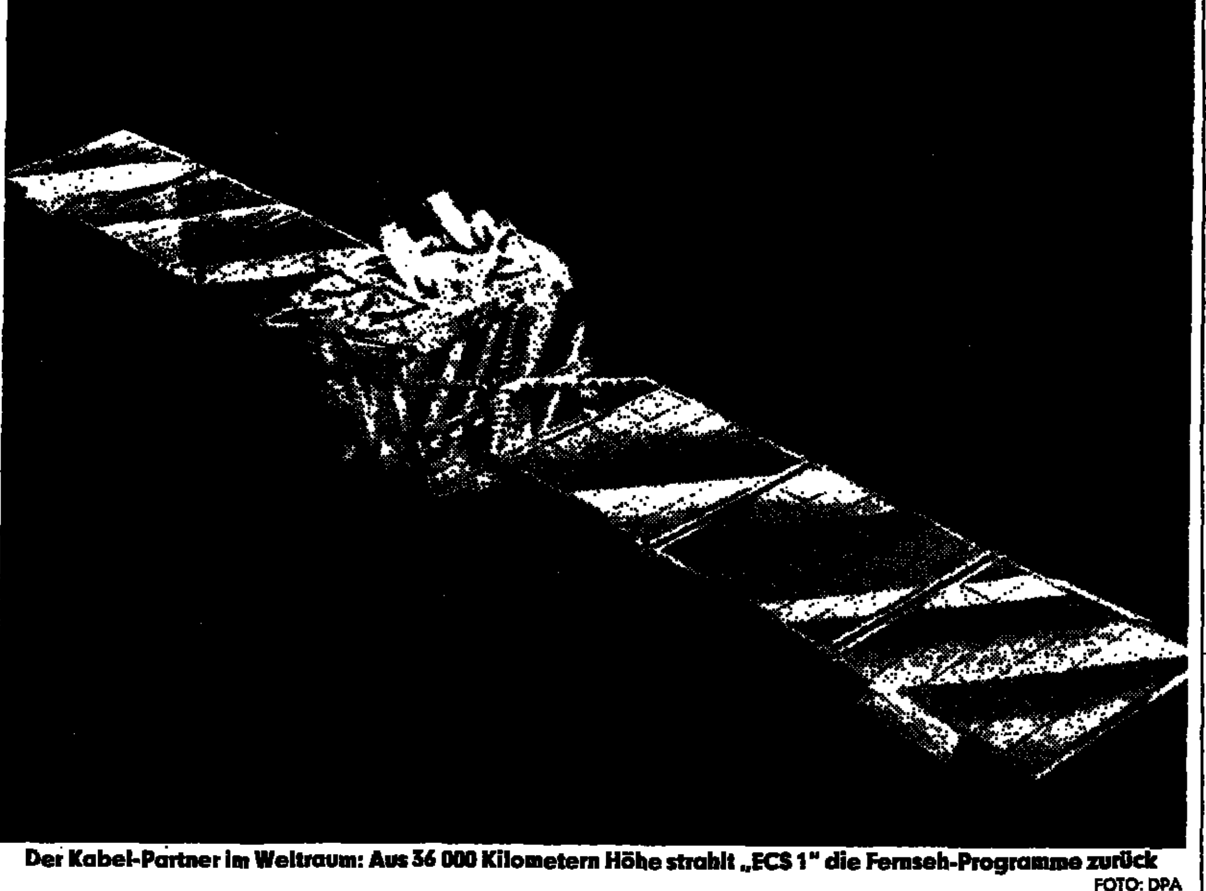
Das Gezerre um ein künftiges Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland wird somit auf unbestimmte Zeit weitergehen.

Nahezu einhellig kritisiert worden ist die anvisierte Öffnung hin zum privaten Rundfunk auch (wen wundert's) von den ARD-Intendanten und deren Aufsichtsgremien. Allein ihre Anstalten seien in der Lage, erklärten sie, einen „unabhängigen und von kommerziellen Interessen freien Rundfunk, ein ausgewogenes Programm, das Mehrheiten und Minderheiten gleichermaßen berücksichtigt", zu gewährleisten.

Trotz aller Störfeuer, Querschläger und neuerlichen Rückschläge: die Tür zum Zeitalter der Neuen Medien öffnet sich. Am 23. Februar 1984 hatten die Ministerpräsidenten einen von zwei von der Post angemieteten *Fernsehkanäle auf dem* Fernmeldesatelliten ECS 1 einer Arbeitsgemeinschaft privater Programmveranstalter überlassen. Allerdings stimmten die SPD-Länder damals nicht zu, sie duldeten lediglich das Verfahren. Damit wurde die Bundesrepublik zu einem der ersten Länder in Europa, in *denen es nationale Satelliten-Vollprogramme* geben wird. Mit der Sendeabwicklung wurde die öffentlich-rechtliche Anstalt für Kabelkom*munikation in Ludwigshafen und das* Kabelpilotprojekt München betraut. Ein zweiter Kanal wurde dem ZDF zugesprochen.

Die NEUEN Medien

Am 29. Juni folgte der zweite Schritt, als sich die Länder in einer Klausurtagung in Bonn – damals noch unter dem Vorsitz von Lothar Späth – auf eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk" verständigten, die allerdings später sowohl den Anstalten als auch den sozialdemokratisch geführten Ländern nicht weit genug ging. Außerdem sollten die neuen privaten Rundfunkveranstalter eine „faire Chance" erhalten. Seit dem 1. April haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten als Institution einen Konkurrenten: ein Vorläufer-Programm, das von der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) und der *„Frankfurter Allgemeinen Zeitung"* über den sogenannten Westbeam des ECS abgestrahlt wird. Am 1. Januar wird eine Arbeitsgemeinschaft deut*scher Verlage und Unternehmer* diesen Kanal übernehmen und mit „SAT 1" täglich 11 Stunden auf Sendung gehen.



Der Kabel-Partner im Weltraum: Aus 36 000 Kilometern Höhe strahlt „ECS 1" die Fernseh-Programme zurück
FOTO: DPA

Der Fernmelde-Satellit ECS 1, der 36 000 Kilometer über dem Äquator schwebt und mit seiner „Sendekeule" das ganze Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und weite *Teile Mit*teleuropas abdeckt, hat eine Sendeleistung von etwa 20 Watt. Zum Empfang sind Erdefunkstellen erforder*lich, die die Programme mit Parabol*spiegeln auffangen und verstärken. In 78 mittleren bis großen Orten, von Flensburg bis Passau, baut die Post diese *„Kopfstationen", und zwar zu*nächst dort, wo sie bereits Breitbandkabel-Inseln verlegt hat.

Verlegen darf die Post jedoch nur *bis zur Schnittstelle zwischen* öffentlichem Weg und privatem Bereich. Die weitere Verkabelung und Installation ist dann Sache des Handwerks. Der Kabelanschluß bis zum Haus kostet zur Zeit 400 Mark, der Subskriptionspreis beträgt 250 DM. Für die Innenverkabelung müssen nochmals rund *400 Mark* aufgewendet werden. Damit sind alle technischen Voraussetzungen zum Empfang des Kabel-Signals erfüllt, wenn man ein Fern*seh-Modell* neueren *Datums* (81er Modell oder jünger) hat, auf dessen Typenschild der Vermerk „SK" (Sonderkanal Kabel) eingestanzt ist. Wenn nicht, muß noch ein Kabel-Tuner erworben werden. Dieser kostet heute zwischen 175 und 300 Mark.

Schwerer als die technischen Probleme wiegen jedoch die rechtlichen. Ob in Köln, München oder Hannover private Programme ins Kabelnetz eingespeist werden dürfen, müssen die zuständigen Bundesländer entscheiden. Ohne entsprechende Landes-Mediengesetze geht nichts. In fünf Bundesländern gibt es inzwischen entsprechende Gesetze, die privaten Rundfunk erlauben. Diese fünf Bundesländer sind Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, das Saarland und Rheinland-Pfalz. In Hamburg wurde das „Gesetz über die vorläufige Weiterverbreitung von *Rundfunkprogrammen in Kabelanla*gen", ein sogenanntes „Vorschaltgesetz", verabschiedet. In Berlin stellt das Kabel-Pilotprojekt-Gesetz den Empfang von Kabelprogrammen (ARD, ZDF, TV 5, „DDR 1", „DDR 2") auf eine rechtliche Grundlage.

Alle über den ECS 1 ausgestrahlten Programme können jedoch erst mit Beginn der Funkausstellung Anfang September 1985 regulär eingespeist werden. Baden-Württemberg wird erst im Laufe des kommenden Jahres sein Mediengesetz verabschieden. Wie sich die SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hessen verhalten werden, ist ungewiß. Ob der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau bis zur Verabschiedung eines Landesmediengesetzes nach der Landtagswahl im *Mai* 1985 ein „Vorschaltgesetz" in den Landtag einbringen wird, ist nach Holger Börners Verweigerungsschritt wieder eher unwahrscheinlich. Ungewiß ist, wie der Bürger in diesen Bundesländern auf die politisch verordnete Kabelfernseh-Prohibition reagieren wird.

Das Orwell-Jahr 1984 brachte also auf mehreren Ebenen Bewegung in die seit Jahrzehnten festgefahrenen Strukturen des deutschen Rundfunkwesens. Die Neuen Medien haben mit ihren neuen Möglichkeiten die Grenzen von Hörfunk und Fernsehen früherer Jahre aufgehoben. Im Zuge dieser Entwicklung wurden viele liebgewonnenen Vorstellungen vom „guten alten Rundfunk" schlichtweg überrollt.

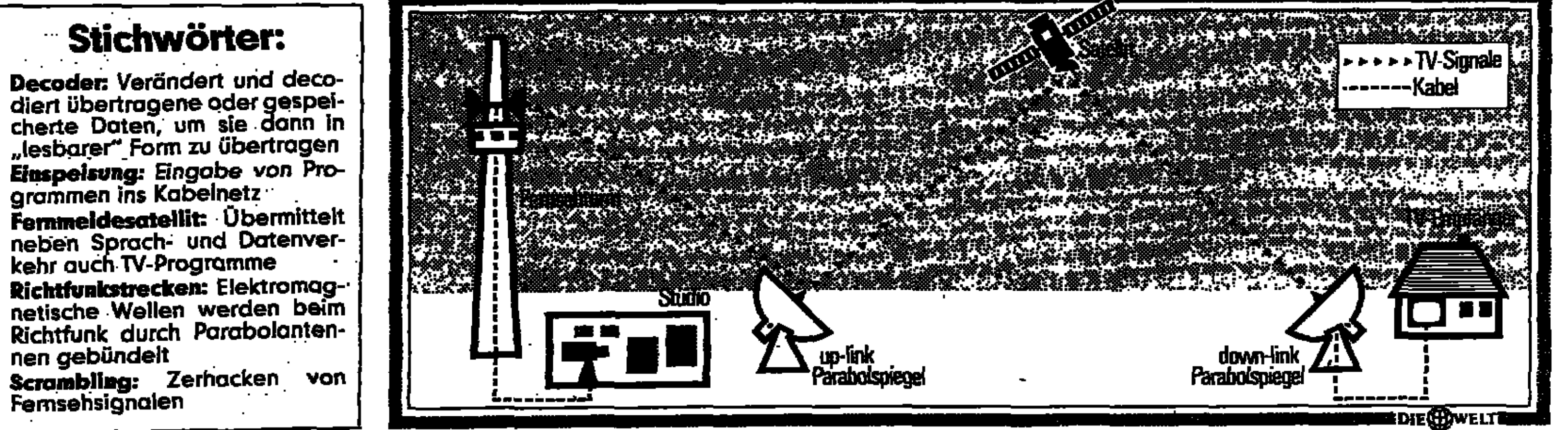
Im ersten ARD-Jahrbuch von 1969 wird noch die Ansicht vieler Experten zitiert, daß der Zeitunterschied und die guten Flugverbindungen zwischen Amerika und Europa Satelliten-Übertragungen von West nach Ost selten notwendig machen würden. Knapp zehn Jahre später erkannte man jedoch, daß der Satellit am wenigsten ein technisches Problem, sondern vielmehr ein markt- und medienpolitisches Problem ist.

Diese Zustandsbeschreibung bringt den derzeitigen Streit um die Neuordnung des Rundfunkwesens zurück auf seinen eigentlichen Kern: Es geht in der seit Jahren dauernden Diskussion nicht um politische Überzeugungsarbeit, oder gar etwa um das, was „die Bürger wollen". Es geht schlichtweg um Macht und Money.

Morgen in der WELT:
Wer sind die neuen Fernseh-Macher?

Stichwörter:

Decoder: Verändert und decodiert übertragene oder gespeicherte Daten, um sie dann in „lesbarer" Form zu übertragen
Einspeisung: *Eingabe von Programmen ins Kabelnetz*
Fernmeldesatellit: Übermittelt neben Sprach- und Datenverkehr auch TV-Programme
Richtfunkstrecken: Elektromagnetische Wellen werden beim Richtfunk durch Parabolantennen gebündelt
Scrambling: Zerhacken von Fernsehsignalen



So kommt das Bild ins Haus: Das im Studio produzierte Programm wird nach der Signalaufbereitung über *Richtfunkstrecken (z. B. Fernsehturm)* oder über Kabelverbindungen zur Sende-Erdefunkstelle (Parabolantennen) und von dort zum Satelliten abgestrahlt. Der Satellit ist in einer stationären *Umlaufbahn* über dem Äquator „geparkt". Er setzt die Signale um und sendet sie verstärkt zur Erde zurück. Dort empfangen *Parabolantennen* die Signale und geben sie in die Kabelnetze weiter. Durch eine Umsetz-Elektronik werden die Signale neu aufbereitet, damit sie von Fernseh- und *Tonrundfunk*empfängern verarbeitet werden können.

Bei der SMH-Bank brannten sämtliche Sicherungen durch

Nur knapp ist die ehedem renommierte Privatbank SMH *vor einem Jahr dem* Zusammenbruch entgangen. Nun sitzen drei ihrer Gesellschafter in *Untersuchungshaft*. Der Vorwurf: Veruntreuung und Betrug.

Von CLAUS DERTINGER

Bis Anfang November 1983 galt das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co, das in Hamburg, Frankfurt und Offenbach ansässig ist, als eine der ersten Adressen des deutschen Privatbankier-Gewerbes. Jetzt sitzen drei sei*ner geschäftsführenden Gesellschaf*ter, Ferdinand Graf von Galen, Hans Lampert und Wolfgang Stryj in Frankfurt in Untersuchungshaft.

Sie stehen unter dem Verdacht der Veruntreuung und des Betruges, im Zusammenhang mit Geschäften, die vor gut einem Jahr zum Zusammen*bruch der völlig überschuldeten* Privatbank geführt hätten, wenn sich nicht Banken aus allen Gruppen des deutschen Kreditgewerbes unter dem *sanften Druck der Berliner Aufsichts*behörde zu einer eiligen Rettungsaktion zusammengefunden hätten. Inzwischen ist der noch intakt geblie*bene Teil des Bankgeschäfts von der* Londoner Lloyds-Bank übernommen worden; es wird unter dem traditionsreichen Namen weitergeführt.

Wie es zu dem Desaster kommen konnte, war ein Rätsel. Denn schließlich gab es eine Reihe von Sicherheitsvorkehrungen, die das Kreditwe*sen-Gesetz vorschreibt und deren* Einhaltung von der Berliner Bankenaufsichts-Behörde überwacht wird. Aber bei der SMH-Bank sind, wie *sich erst viel zu spät zeigte,* alle Sicherungen durchgebrannt. Die Bank hatte sich zu eng an einen einzigen Kunden, den Jungunternehmer Horst Dieter Esch, *gebunden, der mit* seinem Plan scheiterte, mit der IBH und Wibau AG einen Konzern von Weltrang aufzubauen. Ein Konkurs seiner *Unternehmensgruppe besiegelte* sein Schicksal.

Die SMH-Bank war praktisch die einzige Bank, die den forschen *Newcomer Esch, der durch Aufkäufe* immerhin den drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt zusammenschusterte, mit Krediten versorgte. Zuerst hielt sich alles noch in einem vernünftigen Rahmen. Doch Horst Dieter Eschs Appetit wurde immer unersättlicher. Als das Geschäft nicht mehr so florierte, gab es rote Zahlen, die kaschiert wurden. Und es fehlte der Mut zur rechten Zeit halt zu sagen. Sie gaben der Esch-Gruppe immer mehr Kredite. Zuletzt waren es rund 950 Millionen Mark. Das war fast das Neunfache des ausgewiesenen Eigenkapitals der Bank und fast die Hälfte der Bilanzsumme.

Die Berliner Bankenaufsicht hat nicht rechtzeitig gemerkt, welches Riesenrad die Frankfurter Privatbankiers drehten, denn aus den Büchern ging nicht eindeutig hervor, daß die Engagements bei der Esch-Gruppe so hoch waren. Die Geschäfte waren kaschiert und zu einem erheblichen Teil über Luxemburg und die Schweiz geleitet worden, wo die Bankenaufseher keinen Zugriff auf die Unterlagen der Bank hatten. Auch den Wirtschaftsberatern der SMH-Bank ist nichts aufgefallen, obwohl es Leute der gleichen Firma waren, die auch die Esch-Unternehmensgruppe geprüft haben.

Die SMH-Bank hat diese dubiosen Geschäfte natürlich nicht mit eigenem Geld finanziert, sondern mit Mitteln, die sie sich am Geldmarkt bei anderen Banken pumpte. Es waren über 500 Millionen Mark, mit denen die SMH-Bank bei knapp 409 anderen Instituten in der Kreide stand. Das Geld ist futsch. Diese Banken sind es denn auch, die das meiste Geld verloren haben. Weitere rund 350 Millionen Mark steuerte der Einlagensicherungs-Fonds des privaten Bankgewerbes bei, der dafür bei seinen Mitgliedern kräftig kassieren mußte.

Nur Kleckerbeträge waren es im *Vergleich zu diesen Riesensummen,* mit denen die geschäftsführenden Gesellschafter und für die Schieflage der Bank Verantwortlichen zur Kasse gebeten wurden. Ein nennenswerter Betrag von mehr als 50 Millionen war nur beim Grafen von Galen zu holen, der durch die Heirat mit Anita *Hengst, der Tochter des Inhabers* eines der drei Vorgängerinstitute, in die Bank kam.

Ihm, dem ehemaligen Frankfurter Börsenpräsidenten, *wird die größte* Schuld angelastet. Zum Vorwurf der Untreue kommt auch noch der Vorwurf des Prospektbetrugs, weil er *den Börseneinführungsprospekt für* Aktien der maroden Wibau AG unterschrieben hat, der offensichtlich wichtige Daten nicht enthalten, dafür *aber falsche Bilanzzahlen aufgewie*sen hat. Graf von Galen, der bis zu seiner Verhaftung in einem Haus von Freunden in Paris lebte, weiß natür*lich, was er in der Bank angerichtet* hat, aber er sei sich keines kriminellen Verhaltens bewußt, beteuert sein Anwalt, der ebenso wie seine Frau *Anita energisch den Verdacht* einer Fluchtgefahr bestreitet.

Nur wenige Millionen, wenn überhaupt, waren bei den beiden Partnern *Hans Lampert und Wolfgang Stryj* zu holen, die – wie zu hören war – ihre Kapitaleinlagen bei der Bank zum Teil mit Krediten finanziert hatten. *Beide hatten sich vom Bankhaus* Gebrüder Schröder in Hamburg, einem der Vorgänger-Institute, von tüchtigen Angestellten zu Partnern der *SMH-Bank hochgedient* und kein Geld mitgebracht.

Bluten mußte auch die angesehene Hamburger Familie Münchmeyer, die bis *zum Debakel im letzten Jahr mit* Hans Hermann Münchmeyer im Quartett der geschäftsführenden Inhaber vertreten war. Aber Hans Her*mann Münchmeyer hat wenigstens* noch das Glück, auf freiem Fuße zu sein. Ihm wird zwar ebenfalls Mitschuld an der Schieflage der SMH-Bank zur Last gelegt. Aber seine Verantwortung wiegt nach Auffassung der Frankfurter Staatsanwaltschaft weniger schwer, weil er sich als Chef des Hamburger Hauses der Bank vorwiegend um die Geschäfte in der Hansestadt gekümmert habe und nicht so aktiv in die Geschäfte mit der Esch-Gruppe involviert gewesen sei. Er wird ebenso wie Graf von Galen auch künftig noch vom Familienvermögen leben können.

Welche Strafen den vier Ex-Bankiers drohen, wenn ihnen in einem Prozeß Untreue und Betrug nachgewiesen werden sollten, läßt sich überhaupt noch nicht absehen, denn bisher ist noch nicht einmal die Anklageschrift fertiggestellt.

Hochschulen: So wenig Staat wie möglich

Frau Wilms legt Novelle zum Hochschulrahmengesetz vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Fast bis zur letzten Minute haben die Beamten an der Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) gefeilt, ehe Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern nachmittag damit zur Absegnung ins Kabinett ging. Am 8. Februar wird der Bundesrat über das Reformgesetz debattieren, im März eine öffentliche Anhörung folgen, ehe es – möglicherweise vor der Sommerpause – verabschiedet wird.

Der Staat soll sich „so weit wie möglich aus den Hochschulen heraushalten", lautet das Motto der Novelle, wie es Frau Wilms gestern auch im Kabinett in ihrer kurzen Einführung noch einmal betonte. Die Hochschulen müßten „auf die Anforderungen der neunziger Jahre vorbereitet", einige der durch das alte HRG „eingeschlichene Mängel beseitigt" werden.

In drei Minister-Runden und unzähligen Einzelgesprächen auch mit den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder hat sie im Verlaufe des Jahres 1984 den Boden bereitet, um den Kraftakt HRG-Novelle ohne größere Abstriche an ihrem Konzept bewältigen zu können. Denn auch wenn das alte Gesetz ein von allen – selbst den sozialliberalen Vätern und Müttern – ungeliebter Kompromiß war, aus Gründen der „Ruhe an den Hochschulen" wollte eigentlich zuerst niemand so recht daran rühren.

Auch nach dem neuen Rahmengesetz bleibt es in der Bundesrepublik Deutschland bei der „differenzierten Hochschullandschaft" (Wilms). Um letzte Zweifel zu beseitigen, sind gerade in den vergangenen Tagen noch ausdrücklich in § 1 „die Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen, die Kunsthochschulen und die Fachhochschulen" einzeln aufgenommen worden. Mehr als bisher soll ihnen „die Gestaltung der Studieninhalte" übertragen werden. Die Studienordnungen sollen künftig der staatlichen Aufsichtsbehörde nur noch „angezeigt" werden. Allein die Prüfungsordnungen unterliegen weiterhin der Genehmigungspflicht.

Trotz aller Lippenbekenntnisse sträuben sich einige Länder – vor allem Baden-Württemberg – gegen eine allzu große Freiheit der Hochschulen gegenüber dem Staat. Vor allem im Bereich der Verfügung der Universitäten über die von ihnen selbst durch wissenschaftliche Reputation eingeworbenen Drittmittel wollen sie stärker die Hand halten können, als es das Wilms-Gesetz vorsieht. Hier ist der härteste Diskussionspunkt im Bundesrat zu erwarten. Nicht ohne Grund weist allerdings Frau Wilms darauf hin, daß das bisherige Mißverhältnis bei den Drittmitteln – nur zehn Prozent kommen aus nichtstaatlichen Kassen – nur dann verändert werden könne, wenn die Hochschulen auch freier in der Verwendung der Mittel seien.

Ebenfalls dem Ziel einer stärkeren „Autonomie der Hochschulen" dienen die Neuregelungen zur Frage der Hochschul-Leitung. Und auch an diesem Punkt sträuben sich noch einige Länder, insbesondere ihre Bürokratien. In Zukunft sollen die Universitäten selbst entscheiden können, ob sie sich eine Präsidial- oder eine Rektorats-Verfassung geben. Als Kompromiß ist im Gesetz das Recht der Dekane auf Sitz und Stimme im Universitäts-Senat festgeschrieben, ohne die Paritäten-Frage aufzuwerfen: Die Länder müssen jeweils für ihren Bereich entscheiden, ob die Dekane auf das Professoren-Kontingent angerechnet werden oder nicht.

Auf jeden Fall wird in Zukunft in keiner Hochschule der Bundesrepublik mehr der Universitätsleiter gegen die Mehrheit der Professoren gewählt werden können. Frau Wilms: „Die Professoren, nicht die Studenten stellen das Prestige der Hochschule dar." Sie wolle nicht „das Gruppenprinzip in den Orkus werfen", aber wer autonomere Hochschulen wolle, müsse die Voraussetzungen für „starke Hochschulleitungen" schaffen.

Im neuen HRG, das weniger Paragraphen enthält als sein Vorgänger, werden auch die Personalstrukturen reformiert: Habilitierte Wissenschaftler werden zu „Oberassistenten", Beamten auf Zeit, dafür soll „über kurz oder lang" der C-2-Professor aus den wissenschaftlichen Hochschulen verschwinden. Die wissenschaftlichen Assistenten werden wieder an einen betreuenden Professor „angebunden". Über die jeweilige Zeitverlängerung des Vertrages wird allerdings im Gegensatz zur alten Ordinarien-Universität die Fakultät entscheiden.

Gefahr der Überalterung scheint gebannt

Von H. R. KARUTZ

Berlin, dein Gesicht hat Sommersprossen", summt es in einem Schlager: Nun hat Berlin auch wieder Jugend. Die jüngsten Zahlen und Trends sprechen dafür, daß von einer „Überalterung" keine Rede mehr sein kann. Aber nicht nur der Ausländerzustrom – 260 000 – seit Beginn der siebziger Jahre verbesserte den „Lebensbaum". Die Deutschen bekommen mehr Kinder, und sie bleiben.

Alle Vierteljahre lassen sich jetzt 1000 Deutsche mehr an der Spree nieder als die Stadt verlassen. „Hier schlägt sich nieder, wie die Attraktivität der Stadt nach der Phase des Niedergangs und der depressiven Stimmung von 1981 angestiegen ist", kommentiert Stadtplanungssenator Horst Vetter (FDP) die Lage. Schlug auch die Union, als sie noch auf den Oppositionsbänken saß, wegen der unter die magische Zwei-Millionen-Grenze gesunkenen Einwohnerzahl die Hände über dem Kopf zusammen – heute liest sich manches anders.

So sagen die Prognostiker voraus, daß 1990 im Westteil Berlins mindestens 1,84 Millionen Menschen leben werden. Noch vor einigen Jahren rechneten skeptische Statistiker hoch, es würden nur noch 1,75 Millionen sein ... Heute leben in West-Berlin 1,95 Millionen Bürger.

„Wir haben eindeutig den Trend zur Abwanderung aus Berlin gerade bei jüngeren Familien gestoppt", stellt Vetter fest. Die durch den von der FDP geduldeten Senat Richard von Weizsäckers eingeleitete psychologische Stabilisierung der Stadt wirkte sich schon 1983 aus: „In diesem Jahr hatten wir zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen positiven Wanderungssaldo bei den Deutschen – es kamen mehr als fortzogen", weist der Fachsenator nach.

Ein Experte aus dem Statistischen Landesamt bekräftigt dies: „Von einer Überalterung Berlins kann keine Rede mehr sein." Früher galt es als Faustregel, daß jeder vierte Berliner

Landesbericht Berlin

älter als 65 Jahre sei. „Inzwischen ist dieser Anteil um ein bis zwei Prozentpunkte zurückgegangen", berichtet Vetter. „Die Alterspyramide der Stadt normalisiert sich." Auch ihm wäre es angenehmer, mehr gesichertes Datenmaterial über die Entwicklung der Einwohnerstruktur zu besitzen: „Aber die letzte Volkszählung liegt nun einmal schon 14 Jahre zurück."

Einige Gründe für Berlins verjüngtes Gesicht liegen darin:

- Die Berlinerinnen bekommen wieder mehr Kinder. Mit nur 16 500 Geburten bildete 1977 den Tiefstand. 1983 kamen 18 000 Kinder zur Welt.
- Die deutschen Frauen in Berlin haben in der Geburtenhäufigkeit gegenüber den Frauen von Ausländern aufgeholt. Vor allem bei den 20- bis 35jährigen gibt es seit 1974 einen deutlichen Aufwärtstrend.
- Die Verjüngung geht auch auf die rund 4000 „DDR"-Zuwanderer zurück, die seit dem Frühjahr in den anderen Teil der Stadt kamen und hier aus Verbundenheit zu Berlin blieben.
- Wegen der vorzüglichen Ausbildungsmöglichkeiten an Fachschulen, Akademien und Hochschulen verzeichnet Berlin bei den 18- bis 25jährigen Deutschen ebenfalls einen hohen Zuwanderungsgewinn.
- Die Werbekampagnen des Senats bei jungen Arbeitnehmern aus dem übrigen Bundesgebiet, die mit ihren Familien in Berlin Fuß faßten, brachten in den siebziger Jahren jährlich 10 000 Neu-Bürger in die Stadt.

Trotz dieser günstigen Entwicklung signalisieren einige Punkte weiterhin Probleme: In den mittleren Jahrgängen ist die Abwanderungsquote, bedingt durch die besseren Karrierechancen im Westen, immer noch hoch. Familien mit Kleinkindern, die ins übrige Bundesgebiet ziehen, geben als Motive an, sie seien mit den Wohn-, Nachbarschafts- und Umweltverhältnissen in Berlin nicht zufrieden.

Da Berlin weder im Denken, Handeln oder Fühlen vom gesellschaftlichen Umfeld der Bundesrepublik abgenabelt lebt, macht sich natürlich auch hier die geringe Bereitschaft der Deutschen insgesamt bemerkbar, mehr als die typische Ein- oder Zwei-Kind-Familie zu schaffen. Der absolute Negativ-Rekord der Bundesrepublik bei den Geburten prägt sich in Berlin, dem der natürliche Zuzug aus dem Umland fehlt, noch schärfer aus.

Der liberale Senator sieht das Heil gegen eine solche Entwicklung nicht in Anreizen à la Familiengeld allein: „Wir müssen die Gewißheit vermitteln, in einer Stadt zu wohnen, in der es sich wieder lohnt zu leben. Dazu gehört eben auch ein Stück Heimatgefühl, das wachsen muß." Dieses Wohlbefinden sei nur durch ein Geflecht vieler Dinge erreichbar: „Das erstreckt sich eben vom kulturellen Angebot bis zur schnellen, wiederbelebten S-Bahn bis hin zu sauberer Luft, gesunden Wäldern in den Ausflugsgebieten, attraktiven Arbeitsplätzen, Aufstiegschancen und guten Möglichkeiten, die Freizeit zu verbringen."

Der Seitenblick des Senators auf Ost-Berlin, wohin jährlich 10 000 Zuwanderer aus der „DDR"-Provinz strömen, ist nicht voller Neid: „Nein, es ist gut, daß Ost-Berlin nicht absackt, sondern ebenfalls seine Anziehungskraft steigert. Sonst droht die Gefahr, daß die beiden Stadthälften weiter ‚auseinanderfallen'."

Kohl und Vogel verbessern Kontakt

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will in den nächsten Wochen mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, ein Gespräch über die Verbesserung ihrer Beziehungen führen. Nachdem Vogel mehrfach öffentlich seine schlechte Information durch den Regierungschef beklagt hatte, sagte Kohl in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview des Süddeutschen Rundfunks: „Das Verhältnis ist in der Tat verbesserungswürdig." Vogel und er, Kohl, würden in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, sich darüber zu unterhalten. Er sei nach seinen Erfahrungen durchaus der Auffassung, daß es klug ist, wenigstens vernünftige Beziehungen zu haben.

Vermögen des KBW wird umgeschichtet

dpa, Frankfurt

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) löst sich als politische Organisation endgültig auf. Wie die Frankfurter Alternativzeitung „Pflasterstrand" meldet, soll die Auflösung am 17. und 18. Februar 1985 vollzogen werden.

Die in den 70er Jahren mit radikalen Aktionen bekanntgewordene K-Gruppe hinterlasse ein Vermögen von neun Millionen Mark. Bei der Auflösung soll es sich um einen rein notariellen Akt handeln: Die bisher als Holding-Gesellschaft für die dem KBW gehörenden Betriebe fungierende „Kühl Verwaltungs GmbH" soll zugunsten von drei Vereinen aufgelöst werden, die das Gesamtvermögen verwalten sollen.

Berlin wieder auf Weg zum Zentrum der Wissenschaften

Gründungsausschuß für eine Akademie tritt heute zusammen

hrk. Berlin

Die Stadt schickt sich an, auch ihren früheren Ruf als „Hauptstadt der Wissenschaften" in Deutschland wiederzugewinnen. Heute und morgen tritt der Gründungsausschuß für eine „Akademie der Wissenschaften" an der Spree zusammen. Die Idee stammt von Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig. Noch in der Weizsäcker-Ära wurde beschlossen, diese Institution zum 750. Geburtstag Berlins 1987 einzurichten.

Die Vorstellung, ein Pendant zur „Akademie der Wissenschaften" in Ost-Berlin zu schaffen, die sich als Erbe der alten Preußischen Akademie versteht, war bereits in den siebziger Jahren erörtert worden. Damals plädierten vor allem führende Mitglieder der „Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft" dafür, ein solches Unternehmen aufzubauen. Damals stand allerdings eine bessere Bündelung der Ausstrahlungskraft des wissenschaftlichen Berlin und eine günstigere „Präsenz" dieser wichtigen Seite der Stadt in Bonn im Vordergrund.

Kewenig hat inzwischen einen Gründungsausschuß mit 14 Mitgliedern berufen. Als Vorsitzender fungiert der wissenschaftliche Direktor des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in München, Professor Klaus Pinkau. Zu den Gründungsmitgliedern der Akademie gehört unter anderen der Chemiker Professor Manfred Eigen (Göttingen), der 1967 den Nobelpreis erhielt.

Der Senator gab schon in einem sehr frühen Stadium zu erkennen, daß er auf die vorhandenen Akademien der Wissenschaft in München, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg und Mainz selbstverständlich Rücksicht nehmen wolle. Im Vordergrund stehe nicht die Frage, eine weitere Akademie in Deutschland zu begründen, sondern eine Institution zu schaffen, die sich neuen Feldern zuwendet. Um nicht politische Diskussionen und Verwicklungen heraufzubeschwören oder Ostberliner Eifersüchteleien gegenüber dem neuen westlichen „Konkurrenten" aufkommen zu lassen, gab es offenbar inoffizielle Kontakte nach Ost-Berlin.

Die neue Einrichtung soll auch zukunftsweisend in dem Sinne arbeiten, daß technologische Entwicklungen, die Europa bisweilen erst bemerkt, wenn sie in Japan oder den USA schon den Markt beherrschen, in der Alten Welt „vorausgedacht" werden.

Als Ort der Zusammenkünfte und der wissenschaftlichen Arbeit hat der Senat das kriegszerstörte Gebäude der früheren, heute nur noch in Teilen genutzten italienischen Botschaft im Auge. Sie liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zur alten japanischen Botschaft, die – wie berichtet – zu einer europäisch-fernöstlichen „Denkfabrik" ausgebaut wird. Hier wie dort sind Wiederaufbaukosten von 30 bis 35 Millionen Mark realistisch.

Afghanische Flüchtlinge über WDR-Sendung empört

Vorwürfe: Unerträgliche kommunistische Kampagne

WALTER H. RUEB, Bonn

Das WDR-Fernsehen hat mit der Sendung „Afghanistan – blockfrei durch Sowjetpanzer?" vom Sonntag abend unter afghanischen Flüchtlingen und Asylanten Empörung ausgelöst. Im Auslandsstudio des Kölner Senders diskutierten der Bonner Tass-Korrespondent Sergej Sosnowski und der afghanische Journalist Ahmad Schah Qadiry, der aus seiner kommunistischen Gesinnung keinen Hehl machte. Vertreter des afghanischen Widerstands, dem im sowjetisch besetzten Land am Hindukusch über 90 Prozent der Bürger angehören, aber waren zu der Studio-Runde nicht geladen worden.

Die politische Parität glaubten WDR-Redakteur Hans Hübner und Moderator Rüdiger Lenz durch die Zuschaltung einer Vertreterin der amerikanischen Organisation Freedom House sowie des pakistanischen Diplomaten Riaz Mohammed Khan von der UNO-Botschaft seines Landes in New York gewährleistet. Die Amerikanerin Rosanne Klass und der Pakistani schlugen sich im verbalen Schlagabtausch mit den Kontrahenten von Tass und Karmal-Regime wacker, doch wiederholt wurde ihnen das Wort abgeschnitten.

Der Sowjet-Journalist konnte unwidersprochen behaupten, die Sowjetunion helfe dem überfallenen Afghanistan mit Getreide, Strom, Erdöl und vielem anderem. Von Greueln, Verfolgung und Ausrottung von Hunderttausenden von Afghanen durch seine sowjetischen Landsleute wußte er nichts, wohl aber von dem „unerklärten Krieg von Pakistan aus gegen das Volk von Afghanistan". Erst müsse die bewaffnete Einmischung von außen aufhören, dann erst könne an einen Abzug der Roten Armee aus Afghanistan gedacht werden, weil dann „die Argumente entfallen, die seinerzeit Afghanistans Regierung veranlaßten, uns um Hilfe zu bitten".

In die gleiche Kerbe schlug Qadiry. Die Ausbildungslager für „Rebellen" und „Banditen" auf pakistanischem Boden müßten geschlossen werden, forderte er. Selbst als er behauptete, Pakistan schicke unter dem Druck der USA afghanische Rebellen über die Grenze, die mit amerikanischen und chinesischen Waffen ausgerüstet seien, wurde er nicht berichtigt.

Rosanne Klass konterte über Satellit, die Sowjetunion denke nicht an Truppenabzug, sondern sei dabei, das besetzte Land in einen Satelliten des kommunistischen Imperiums zu verwandeln. Die sowjetische Behauptung, die Regierung in Kabul habe sie 1979 um Hilfe gebeten, bedachte der pakistanische Diplomat Khan mit Hohn. Das sei leicht zu widerlegen, denn die Sowjets hätten nach der Invasion als erstes die Regierung eliminiert, die sie angeblich zu Hilfe gerufen habe ...

Beim Informationsbüro der afghanischen Mudschahedin in Bonn-Beuel riefen am Montag viele empörte Landsleute und auch Deutsche an. Alle Anrufer bezeichneten die Sendung als „tendenziös", „unerträgliche kommunistische Propaganda" und des freiheitlichen Systems in der Bundesrepublik unwürdig. Abdul Karim Mohajirzad vom Informationsbüro sagte zur WELT: „Von den Opfern, dem Blut und dem Tod der freiheitsliebenden Afghanen war keine Rede, dafür um so mehr von den Argumenten und Rechtfertigungen von Sowjetunion und Karmal-Regime."

Gute Chancen für CDU an Saar und in Berlin

ms. Bonn

Die CDU-Bundespartei hat für den internen Gebrauch die jüngsten demoskopischen Erhebungen über die Wahlaussichten in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen zusammengefaßt. Danach verfügen in Berlin die SPD und die Alternativen zusammen noch über eine rechnerische Mehrheit, obwohl der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) auf eine steigende Sympathie bei den Berlinern bauen kann. Im Saarland hat Ministerpräsident Zeyer (CDU) gute Chancen, mit der FDP Oskar Lafontaine von der SPD zu schlagen. Düster sieht es für die CDU allerdings in Nordrhein-Westfalen aus, wo die FDP bislang nur mit drei Prozent veranschlagt wird.

Das EMNID-Institut hat bei einer Umfrage im September/Oktober für Berlin folgende Parteienstärke ermittelt: CDU 46 Prozent, SPD 35, FDP 4 und Grüne/Alternative 15 Prozent. Das würde bedeuten, daß die SPD und die Alternativen über eine rechnerische Mehrheit verfügen könnten.

Allerdings, und dies stimmt die CDU hoffnungsvoll, wächst bei den Berlinern das Einverständnis mit der Politik des Regierenden Bürgermeisters Diepgen. Während die Zustimmung zu Diepgens Politik im Herbst 1983 noch 51 Prozent betrug, waren es im Herbst 1984 bereits 59 Prozent. Auch im direkten Vergleich zu dem SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel schneidet Diepgen gut ab: Bei der Frage nach dem „liebsten Regierenden Bürgermeister" hat sich das Verhältnis Diepgen/Apel zugunsten des Regierenden Bürgermeisters umgekehrt. Heute favorisieren 51 Prozent Eberhard Diepgen und nur 44 Prozent Hans Apel. Noch im Frühjahr dieses Jahres war das Verhältnis exakt umgekehrt.

„Im Saarland wird die Wiederwahl der CDU/FDP-Regierung immer wahrscheinlicher", heißt es in dem Papier der CDU-Führung. Nach Umfragen des IPOS-Instituts (personengleich mit der Forschungsgruppe Wahlen) aus dem Oktober ergebe sich im Saarland folgender Stand: CDU 43,9 Prozent, SPD 43,4, FDP 5,1 und Grüne 6,6 Prozent. Entscheidend in diesem sich abzeichnenden Kopf-an-Kopf-Rennen könnte sein, „daß die Koalitionspartner CDU und FDP mit ihren Spitzenkandidaten Ministerpräsident Zeyer und Wirtschaftsminister Rehberger – entgegen landläufiger Pressemeinung – deutliche Vorteile gegenüber der SPD mit Lafontaine haben". Zeyer und Rehberger würden von den Wählern „deutlich besser" eingeschätzt als der SPD-Spitzenkandidat; „die steigende Einschätzung Lafontaines durch die Wähler der Grünen geht zudem einher mit einer abnehmenden Zustimmung bei den typischen Wählern der SPD im Saarland". Bei der Frage, welcher Ministerpräsident gewünscht werde, „führt Zeyer mit einem Vorsprung von zehn Prozent vor Lafontaine".

In Nordrhein-Westfalen liegt die SPD vor der CDU. Nach EMNID von Oktober ergibt sich hier folgendes Bild: CDU 42/43 Prozent, SPD 43/44 Prozent, FDP 3 und Grüne 10/12 Prozent. Gründe dafür werden in dem CDU-Papier nicht genannt.

Die FDP „zeige ein problematisches Erscheinungsbild". Dennoch komme die Partei auf Bundesebene, „dort wo die FDP in den Augen der Bürger eine Funktion hat, nämlich die Regierungsbildung zu ermöglichen, bei der Zweitstimme deutlich über fünf Prozent", heißt es in dem Papier. „Die Regierungskoalition könnte auch heute bei einer Wahl die klare absolute Mehrheit der Stimmen erhalten (rund 52 Prozent)."

Selbstbewußtsein in der Bundeswehr ist gewachsen

Py. Düsseldorf

In der Bundeswehr ist es im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Raketenstationierung zu einer neuen Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und dem westlichen Bündnis gekommen. Das hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner beim Jahresempfang der Wehrbereichsverwaltung III in Düsseldorf erklärt. „Wir haben diese Zeit gut bestanden, wenn auch noch nicht überstanden", sagte er.

Es gebe keine Unsicherheit und keine Selbstzweifel mehr, sondern im Gegenteil neues Selbstvertrauen und neues Selbstbewußtsein. Auch in der Bevölkerung hat nach Ansicht Wörners die zeitweise Angstpsychose nachgelassen, weil rechtzeitig das Richtige im Interesse der Sicherheit getan worden sei. Der Sowjetunion sei es weder gelungen, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben, noch die westliche Allianz zu spalten.

Im Hinblick auf den Abbau von bereits tausend Nuklearwaffen durch die NATO sagte Minister Wörner, parallel dazu müsse jedoch die konventionelle Leistungskraft erhalten werden. Ohne Erhöhung der Grundwehrdienstzeit und Zumutungen im personellen wie im finanziellen Bereich an die Bevölkerung seien die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik kaum zu halten.

„Ost-Berlin hat es selbst in der Hand“

Von HEINRICH LUMMER

Ost-Berlin wendet sich an die falsche Adresse, wenn es von der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche Anerkennung verlangt, indem es die Respektierung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft *fordert*. *Die* „DDR“ hat es selbst in der Hand, ihrem Teil Deutschlands ein Stück mehr innere Souveränität, Stabilität zu verleihen. Sie braucht ihren Bürgern nur ein größeres Maß an individuellem Spielraum und Freizügigkeit und Informationsmöglichkeiten zu gewähren. Eine Politik der Abgrenzung Mauer ist eine Politik der Schwäche.

Durch ein höheres Maß an Durchlässigkeit und Flexibilität könnte die „DDR“ mehr innere Souveränität und Stabilität erhalten. Dieser Mangel an innerer Stabilität, die Verweigerung wichtiger Menschenrechte, ist der Grund für jene historisch einmalige Einmauerung, die nicht die Gegner von außen abwehren soll, sondern die eigenen Bürger einschließt. Insofern ist die Mauer das Symbol für ungelöste Fragen, die im Kern weit über die nationale Frage hinausgehen. Deshalb erscheint ein ständiger *Streit um die offene deutsche* Frage falsch und überflüssig. Für einen Berliner stellt sich der Sachverhalt ganz einfach dar: Die deutsche Frage ist offen, solange *das Brandenburger Tor geschlossen* ist.

Die fehlende Identifizierung der Menschen mit der SED-Administration ist eine Folge ideologischer *Borniertheit* und *ständiger* Reglementierung. Honeckers Hemmungen, seine eigene und die Reiselust seiner Bürger zu befriedigen, behindern letztlich sogar ein Stück innerer *Stabilisierung der „DDR“. Mit* weniger Berührungsängsten vor uns gäbe es in der „DDR“ nicht nur *ein höheres Maß an Leistungsbe*reitschaft und Lebensstandard, sondern auch ein höheres Maß politischer Stabilität.

Und es wäre doch ein Gebot geschichtlicher Gerechtigkeit, den Menschen drüben, die Deutsche wie wir sind, unverdientermaßen in eine weit schwierigere Lebenslage hineingeboren wurden, das gleiche *Maß* an *materieller* wie *ideeller* Selbstverwirklichung zuzubilligen. Über die Feiertage hinaus, die gerade in Berlin Festtage innerdeutscher Zusammengehörigkeit sind, *müssen wir die Ungleichbe*handlung von Deutschen in Deutschland zu unserer Gewissensfrage machen. Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, für das sich unsere kritische Jugend zurecht engagiert, müssen wir doch zuallererst unseren Landsleuten in der „DDR“ zugestehen.

Wenn wegen der obwaltenden Umstände eine Realisierung dieser Menschenrechte derzeit nicht möglich ist, so sollten wir dennoch das Ziel nicht aus den Augen verlieren und alles zielstrebig fördern, was geeignet *ist*, das Verbindende in Kultur, Wissenschaft und Sport zu erhalten und zu pflegen. Hier bedarf es nicht mal neuer komplizierter Konferenzen. Der Art. 7 des Grundlagenvertrages *bietet* genügend *bisher* ungenutzter Chancen und Möglichkeiten des Zusammenwirkens auf den verschiedensten Gebieten. Insbesondere auf den Gebieten des Umweltschutzes, *der* Kommunikation im Bereich von Technik, Verkehr und Druckerzeugnissen. Die „DDR“ gewönne durch eine konstruktive, auf Kooperation ausge*richtete Politik zusätzliches* Vertrauen im Innern wie international.

Situation der Katholiken in CSSR bedrohlich

dpa/AP, München

Eine Dokumentation zur „bedrohlichen Situation der katholischen Kirche in der CSSR“ hat gestern das Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde vorgelegt. Die Publikation wurde als ein „umfassendes Dokument *menschenrechtswidrigen Vorgehens* der kommunistischen Regierung der Tschechoslowakei gegen Personen und Einrichtungen der Kirche“ bezeichnet. Die Broschüre mache deutlich, daß in der Tschechoslowakei die Unterdrückung der Glaubensfreiheit von allen Unterdrückerstaaten am perfektesten ausgeübt werde, sagte der Präsident der Ackermann-Gemeinde, Josef Stingl. Mit einem Appell wandte sich der Prager Benediktiner-Abt Anastas Opasek an die Regierung der CSSR. Zur Zeit dürften etwa 400 Priester nicht ihrer Beruf ausüben, die Gläubigen seien ver*schiedensten Repressalien ausge*setzt, Verhaftungen und Verhöre hätten zugenommen. Besonders stark sei der Druck auf gläubige Jugendliche und Studenten. In der CSSR herrsche „*Christenverfolgung*“.

Ost-Berlin soll Hürden abbauen

hrk. Berlin

Berlins DGB-Chef Michael Pagels brachte bei einem Treffen mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch in Ost-Berlin den Abbau der bürokratischen Hürden vor Besuchen von West-Berlinern in die zur „DDR“ gehörenden Erholungszentren rings um die Stadt zur Sprache. Außerdem wurden die enormen Umweltbelastungen der Berliner durch den Schwefelausstoß der „DDR“-Kraftwerke und neue Chancen für verstärkte Einkäufe der „DDR“ bei Westberliner Herstellern erörtert.

Dies teilte Pagels gestern in einem Gespräch mit dem Sender Freies Berlin mit. Er sagte, er habe seinen Gesprächspartnern im Verlauf des mit zweieinhalb Stunden ungewöhnlich langen Treffens erklärt, es sei auf Dauer unzumutbar, wenn die West-Berliner erst nach einem zeitraubenden Antragsverfahren in die Umgebung Berlins fahren könnten.

Nicht nur der Berliner DGB, dem die andere Seite schon seit langem nicht mehr die Zugehörigkeit zum Bundes-DGB bestreitet, sondern auch die Berliner Sozialdemokraten setzten ihre Gesprächskontakte mit Ost-Berlin fort. An einer erneuten Begegnung – diesmal in West-Berlin – nahm ZK-Mitarbeiter Gunther Rettner, engster Mitarbeiter des deutschlandpolitischen Experten Honeckers, Professor Herbert Häber, teil.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„SPD hat auch nationale Pflicht“

Willy Brandt lehnt ein nur parteitaktisches Vorgehen in der Ostpolitik ab

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht Anzeichen dafür, daß sich in den Hauptstädten des Warschauer Paktes für das Ost-West-Verhältnis „etwas zusammenbraut“. In Sofia, Warschau und Prag gebe es ebenso wie in Ost-Berlin Indikatoren, daß dies „nicht mit der Quatsch-Diskussion um Revanchismus“ getan sei. Auch seine Gespräche mit östlichen Besuchern in den vergangenen Tagen hätten ihn in seinen Sorgen bestärkt. In diesem Zusammenhang warf der SPD-Chef der jetzigen Bundesregierung „eine nicht hinreichende Berücksichtigung“ dessen vor, „was östlich von uns im Spiel ist“. Er sprach von einem „erheblichen Mangel an Einfühlungsvermögen“ auch darin, was zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion an Faktoren eine Rolle spiele.

Natürlich, sagte Brandt, dürfe sich *die SPD nicht* dem *Verdacht* aussetzen, „als wünsche sie nicht wirkliche Fortschritte“. Sie mache deshalb „eigene Erkundungen“ beispielsweise über die Gesprächsgruppen, die von *der Bundestagsfraktion mit Moskau*, Warschau und Ost-Berlin vereinbart worden seien. „Auch als Opposition kann die SPD sondierend und klärend einiges vorbereiten.“ Die Ergebnisse würden, wenn diese es wolle, auch der Bundesregierung zur Verfügung gestellt und zugute kommen: „Man darf politisch nicht alles unter taktischen Gesichtspunkten tun.“ Eine große Partei, wie die SPD, habe auch „eine nationale Pflicht, egal wer Regierung oder Opposition ist“.

*In diesem Zusammenhang bekräf*tigte der SPD-Vorsitzende auch seine Überzeugung, daß es zwar keinen Anlaß für eine Große Koalition gebe, die beiden „großen Parteien aber miteinander in Tuchfühlung bleiben“ müßten, nicht nur in Fragen der Außen- oder Deutschland-Politik.

Er unterstrich, daß sich die Entscheidung, „wer in zwei Jahren regiert, *nach allem, was man* heute sieht, nicht außenpolitisch entschieden“ werde. Es werde auf die beiden Felder entscheidend ankommen, „in welchem Maße die bescheidendsten Ansprüche an soziale Gerechtigkeit und Sicherheit“ erfüllt würden, sowie auf die Frage, „wie aktive Beschäftigungspolitik in Gang gesetzt und hinterher ablesbar wird“. Die SPD-Vorschläge zu einem Programm Arbeit und Umwelt sowie zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft seien deshalb auch keine „Phrasen“.

Was aus den Grünen wird, sei jedenfalls nicht „mein erstes Sorgenkind“. Das Jahr 1984 habe jedenfalls sowohl eine „beginnende Entzauberung der Wende“, als auch ein „Stück Desintegration der Grünen“ gebracht, „bevor diese richtig zusammengefunden haben“. Bei aller Diskussionsbereitschaft sei aber die SPD „*keine Mauer, an der jeder* sein Bein hochheben kann“, und auch „nicht geneigt, sich über längere Zeit als Watschenmann behandeln zu lassen“. Eher sei seine Partei dann „die Eiche, an der sich manche reiben dürfen“. Dazu gehöre auch, daß sie sich nicht für die „Umweltpolitik der feinen Leute“ erwärmen werde, „die noch nie einen Betrieb von innen gesehen haben“.

Brandt verbreitete – entgegen früheren Äußerungen – einen gewissen Optimismus über die unmittelbaren Chancen der Bundes-SPD: Im kommenden Jahr bereits werde „der Abstand zu dem nicht besonders glücklichen Abgang der sozialliberalen Regierung größer sein, das Erblast-Argument immer mehr zum Gähnen bei den Leuten führen“. Und seine Partei werde „nachhelfen“, damit die Leute „ein bißchen deutlicher nachfragen nach der Erfüllung der Versprechen“ der Bundesregierung.

Discovery-Flug beunruhigt Moskau

Technische Überlegenheit der USA / Erster militärischer US-Raumfährenflug

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion ist nach Ansicht westlicher Spezialisten tief darüber beunruhigt, daß die Vereinigten Staaten im November vor aller Welt ihre Fähigkeit demonstriert haben, Satelliten auf ihrer Erdumlaufbahn einzusammeln und nach Amerika zu bringen. Diese Experten sind davon überzeugt, daß der Flug des „Space Shuttle“ Discovery eine der Erklärungen dafür ist, warum sich der Kreml schließlich bereit erklärt hat, Anfang Januar in Genf in Vorgespräche über die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten.

Der Discovery-Flug habe der Sowjetunion vor Augen geführt, daß Washington jetzt in der Lage sei, sowjetische Satelliten auf der Umlaufbahn „einzupacken“ und zur Inspektion in die Vereinigten Staaten zu bringen. Die Sowjetunion ist zu Aktionen dieser Art derzeit technisch nicht in der Lage. Darüber hinaus könnten frei neben ihrem „Space Shuttle“ fliegende amerikanische Astronauten in ihren manövrierbaren Raumanzügen an sowjetische Satelliten herankommen und sie unbrauchbar machen. Diese Erkenntnisse haben einen profunden Eindruck bei den Sowjets hinterlassen.

Discovery, eine der drei amerikanischen Raumfähren, hatte Mitte November zwei nicht auf ihre vorgesehene Umlaufbahn geratene Satelliten, „Palapa b2“ und „Weststar VI“, eingesammelt und mit zur Erde gebracht. Das einfach erscheinende Unternehmen setzte modernste Technologie voraus, um die Umlaufbahn der in einer mittleren Höhe von 360 Kilometern die Erde umkreisenden Satelliten exakt zu bestimmen. Die um die Erde kreisenden Satelliten der sowjetischen Kosmos-Serie fliegen gewöhnlich in einer durchschnittlichen Höhe von 250 Kilometern. Es sind dies die militärischen Satelliten der Kosmos-Reihe, von denen die Sowjetunion in den letzten acht Wochen 13 in den Raum geschossen hat.

Bisher ist nichts davon bekannt, daß die Amerikaner die Absicht haben könnten, etwa einen sowjetischen Aufklärungssatelliten aus der Umlaufbahn „zu pflücken“, mitzunehmen, zu untersuchen und wenig später wieder „auszusetzen“. Vermutlich würde Washington auch nie etwas darüber verlauten lassen. Allein die Vorstellung, daß dies möglich ist, muß den Sowjets im Urteil westlicher Spezialisten „Schauder den Rücken hinunterjagen“. Die Sowjets würden schwerlich nachweisen können, daß ein Satellit plötzlich fehle. Eine öffentliche Beschwerde über „Satelliten-Diebstahl“ wäre mit schwerem Prestige-Verlust gleichzusetzen.

Moskau arbeitet an einem Raumfährenprogramm ähnlich wie das amerikanische, liegt jedoch auf diesem Feld etwa acht Jahre zurück. Die erste bemannbare sowjetische Raumfähre sollte Anfang 1983 auf dem Rücken eines vierstrahligen, modifizierten „Bison“-Bombers (Mijasistschew 4) einen Probeflug machen. Beim Start auf dem Flugfeld Ramenskoje, dem sowjetischen Erprobungszentrum östlich Moskaus, verunglückte das Doppelgefährt, weil der Bomber von der Bahn abkam und stark beschädigt wurde. Erst jetzt ist die Raumfähre nach amerikanischen Beobachtungen wieder auf den Rükken des Bombers gehoben worden. Bis zum ersten Raumflug eines sowjetischen „Space Shuttle“ dürften aber noch einige Jahre vergehen.

Erstmals in der Geschichte der amerikanischen Raumfahrt soll am 23. Januar ein bemanntes Raumschiff mit einem rein militärischen Auftrag in das All starten. Für die Mission, die gestern in einer Pressekonferenz in Washington angekündigt wurde, soll eine der wiederverwendbaren Raumfähren benutzt werden.

Wie westliche Spezialisten betonen, bemühe sich die Sowjetunion, ihrem gesamten Raumfahrtprogramm offiziell technischen Charakter zu geben und seine militärische Bedeutung in Abrede zu stellen, obwohl sie es gewohnt sei, alle Aspekte der Raumfahrt unter militärstrategischen Gesichtspunkten zu sehen. Die Sowjets benutzten rein technische, wertneutrale Ausdrücke für ihre Raumfähre. Militärische Aufklärungssatelliten würden als „Kosmos“ durchlaufend numeriert. „Kosmos 1611“ beispielsweise sei am 21. November gestartet worden, mit der Erklärung, er diene Forschungszwekken. Tatsächlich handelt es sich nach amerikanischen Ermittlungen um einen Foto-Satelliten für die militärische Nachrichtengewinnung, was ganz legal sei, von den Sowjets aber verschwiegen werde.

Scharfe Kritik an Gesetz für den WDR

KNA, Düsseldorf

Schwerwiegende *rechtliche* Bedenken gegen den von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorgelegten Entwurf des „Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk (WDR)“ hat die katholische Kirche geltend gemacht. Im Auftrag der Bischöfe von Nordrhein-Westfalen verweist das Katholische Büro darauf, daß die Amtszeit des Rundfunkrates am 28. Februar 1985 endet. Zu Recht seien Zweifel angebracht, ob der Landtag den vorliegenden Gesetzentwurf so rechtzeitig verabschieden könne, daß ein verfassungsmäßiger Rundfunkrat gewählt werden kann. Unter Hinweis darauf, daß die katholische Kirche frühzeitig und mehrfach auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Gesetzesänderung hingewiesen habe, verlangt das Katholische Büro, „sich jetzt auf die verfassungsrechtlich notwendigen Änderungen der Vorschriften zu beschränken“. Eine völlige Neufassung

des WDR-Gesetzes könne dann immer noch zusammen mit dem von Ministerpräsident Rau angekündigten Mediengesetz erfolgen.

In der Stellungnahme des Katholischen Büros zum Entwurf des WDR-Gesetzes wird festgestellt, daß die vorgesehene Zusammensetzung des Rundfunkrates – nur zwölf von 43 Mitgliedern sollen die „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ stellen können – nicht der Verfassungslage entspricht. „Bei einem Stimmenanteil von nicht einmal einem Drittel kann von einem effektiven Einfluß der gesellschaftlich relevanten Kräfte“, wie ihn das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, „selbstverständlich nicht die Rede sein“, heißt es in der Stellungnahme. Kritisch wird weiter angemerkt, daß die katholische Kirche, der mehr als 50 Prozent der Einwohner Nordrhein-Westfalens angehören und deren Mitglieder „ein umfassendes Bild der Allgemeinheit darstellen“, nur einen Sitz im Rundfunkrat erhalten soll, während beispielsweise die Arbeitnehmerorganisationen insgesamt mindestens sieben Mitglieder stellen können.

Voller Schutz bei Unfällen in „DDR“

AP, Bonn

Berlin-Reisende, die bei einem Verkehrsunfall auf den Transitstrekken verletzt und in Krankenhäusern der „DDR“ behandelt werden, genießen künftig vollen Versicherungsschutz. Wie das Bundesarbeitsministerium gestern in Bonn mitteilte, haben sich die Krankenkassen bereit erklärt, künftig die von der „DDR“ in Rechnung gestellten Kosten uneingeschränkt zu übernehmen. Bisher konnte es geschehen, daß Bürger der Bundesrepublik wegen des anderen Berechnungssystems der „DDR“-Krankenhäuser erhebliche Teile der Behandlungskosten selbst übernehmen mußten.

Bundesarbeitsminister Blüm und Berlins Bundesratssenator Scholz haben das Entgegenkommen der Kassen als einen Beitrag begrüßt, den Zugang von und nach Berlin so problemlos wie möglich zu gestalten.

Umweltschäden in „DDR“ erheblich

dpa, Berlin

Die Verletzung von betrieblichen Vorschriften und Pflichten führt in der „DDR“ vereinzelt zu beträchtlichen Umweltschäden.

Der Sektorenleiter im Ministerium der Justiz, Heinz Duft, schrieb in der Zeitschrift „Der Schöffe“, es habe in den letzten Jahren *zwar* nur wenige Strafverfahren wegen Verursachung einer Umweltgefahr gegeben, doch die Folgen bei jeder dieser Pflichtverletzungen seien beachtlich.

So seien aus einer Papierfabrik größere Mengen eines hochgiftigen Stoffes in einen Fluß gelangt, was ein großes Fischsterben verursachte, unter anderem in einer Forellenmastanlage. Der Werkleiter und der Technologe des Betriebes seien auf Bewährung zu einem Jahr und zu Schadenersatz in Höhe eines monatlichen Tariflohnes verurteilt worden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verzerrter Wettbewerb

„Zweifelhaft": WELT vom 26. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Urteil über die Zukunft des bis 1986 laufenden dritten Welttextilabkommens kann aus der Sicht der deutschen Textilindustrie nicht unwidersprochen bleiben.

Wir wissen nicht, woher Sie Ihren Optimismus nehmen, daß die Wachstumsperspektiven sich entscheidend verbessert hätten. Tatsache ist zumindest für die deutsche Textilindustrie, daß die Produktion zwar in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 3,4 Prozent gewachsen ist, nachdem sie aber in den letzten Jahren laufend zurückgegangen ist bzw. stagnierte. Es erscheint durchaus fraglich, ob dieses relativ gute Abschneiden der Produktion in diesem Jahr längerfristig anhalten wird.

Wir glauben auch nicht, daß man bei dem Welttextilabkommen von Schutzwällen sprechen kann, zumindest nicht für die EG und die Bundesrepublik Deutschland, denn die Einfuhr aus den Niedrigpreisländern ist in den letzten Jahren trotz Welttextilabkommen weiter gestiegen, und zwar im Durchschnitt der Jahre 1977–1983 für die gesamte EG um 4,6 Prozent und für die Bundesrepublik Deutschland um 4,3 Prozent pro anno.

Soweit man überhaupt bei dem Welttextilabkommen von einer Rechnung unter dem Strich sprechen kann, so meinen wir, daß das Welttextilabkommen zumindest geholfen hat, chaotische Verhältnisse im Welttextilhandel durch autonome Maßnahmen einzelner Importländer zu vermeiden und auch die Strukturanpassungsprozesse; vor allem im sozialen Bereich, auf ein erträgliches Maß zu strecken.

Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß ein Großteil der Niedrigpreisländer den Wettbewerb durch steuerliche Investitionsmaßnahmen und exportfördernde Maßnahmen verzerrt.

Leider haben Sie auch bei der Erwähnung der Gatt-Studie nur eine Seite der vom Gatt aufgezeigten Varianten zitiert, denn das Gatt kommt in dieser Studie auch zu der Schlußfolgerung, daß bei einem Auslaufen des Welttextilabkommens der Anteil der heimischen Bekleidungsproduktion an dem Verbrauch in den Importländern zurückgehen wird, daß die Beschäftigung insbesondere in der Bekleidungsindustrie noch schneller zurückgehen wird, weil der Anpassungsdruck Richtung Automation verstärkt wird.

Inwieweit diese negativen Faktoren durch einen erhöhten Export, insbesondere von Garnen und Geweben aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer, ausgeglichen werden können, hängt dabei einmal von Preis- und Wettbewerbsfaktoren ab, wohl aber auch entscheidend von der Marktöffnung in den Entwicklungsländern, besonders in den Schwellenländern. Leider ist in der Laufzeit des bisherigen Welttextilabkommens in dieser Richtung wenig Entscheidendes passiert.

Mit freundlichen Grüßen
L. Gass,
Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland,
Frankfurt/M.

Machenschaften

„Bundesrat hinter Blüms Modell": WELT vom 8. Dezember

Minister Blüm scheint immer noch nicht darüber informiert zu sein, daß einst Arbeitsminister Walter Arendt große Reklame für Nachzahlungen mit Berechnungen auf die Auswirkungen auf die Rente machte.

Da ich als Beamtin nach der Geburt meiner Tochter 1961 aus dem Postdienst ausgeschieden bin, habe ich 1975 – wie sicher auch viele andere – eine fünfstellige Summe nachbezahlt. Wenn jetzt durch Gesetz meine erworbenen Ansprüche nach dem Ableben meines Mannes reduziert werden sollten, fühle ich mich natürlich betrogen.

Einer privaten Versicherungsgesellschaft würden solche Machenschaften mit Sicherheit von der Versicherungsaufsichtsbehörde untersagt werden, unabhängig davon, ob ein Wechsel in der „obersten Leitung" stattgefunden hat, aber für den Staat gilt das anscheinend nicht.

Hierüber sollte Minister Blüm einmal nachdenken.

Mit freundlichen Grüßen
L. Fitzner,
Hamburg 61

Gesundheitswesen

Sehr geehrter Herr Jentsch,

Sie berichten interessant über die Finanzierungsprobleme des Gesundheitswesens („das Gesundheitswesen beginnt uns aufzufressen"). Die Formel für die Bundesregierung heißt „mehr Marktwirtschaft im Gesundheitssystem".

Aber es ist sehr schwierig, damit einen Anfang zu machen. Es ist ja nicht allein die Sozialdemokratie, die in ihrer langen Regierungszeit auf eine geringe Beteiligung der einzelnen Bürger hingewirkt hat. Starke Vorbehalte gegen eine Mitsprache der Bürger bei ihrer gesundheitlichen Betreuung gibt es auch bei den Krankenkassen, hier und da auch bei den Ärzten.

Unsere heutigen Schwierigkeiten kommen auch daher, daß zur Zeit der Entstehung des Gesundheitswesens im 19. Jahrhundert die Verantwortung des Staates für die Volksgesundheit gegeben war. Heute aber ist der Staat viel zu sehr in das Gesundheitswesen einbezogen. Das Gesundheitswesen stellt nämlich inzwischen einen selbständigen Bereich mit so hohen Kompetenzen und mündigen, gut informierten Bürgern dar, daß der Staat sich weitgehend aus diesem Bereich zurückziehen sollte.

Der richtige Weg wäre die Eigenbeteiligung des einzelnen Betroffenen an den Entscheidungen über seine Gesundheit und die Behandlung von Krankheiten. Ihm müßten die finanziellen und therapeutischen Folgen verschiedener Behandlungsmethoden deutlich gemacht werden, so daß er selbst und mit finanziellen Vorteilen für sich entscheiden kann, welche Behandlung er wünscht.

Beim Zahnersatz oder den Brillen zeigt sich ja, daß die Betroffenen sehr wohl rationale Entscheidungen treffen. Der Versicherungsschutz muß sich nicht pauschal auf alle möglichen Gesundheitsrisiken erstrecken. Wenn man aber sieht, welche Widerstände die Selbstbeteiligung der Betroffenen bei der Sozialdemokratie und den Kassen weckt, kann man Zweifel bekommen, ob sich rationelle Lösungen durchsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Wort des Tages

„In der religiösen Welt ist der Verstand nicht oberster Maßstab. Was der Verstand erforschen kann, das soll er auch erforschen, aber es gibt doch Dinge, die sich seiner Wahrnehmung entziehen. Es gibt Geschehnisse, die dem Verstand unverständlich sind. Ihrer sind viel mehr, als wir gemeinhin ahnen."

Walter Nigg; Schweizer Autor (geb. 1907)

Vom Kriegsende

„Alternativen mit Makel": WELT vom 5. Dezember

Solch „ein Kriegsende", von Siegfried Lenz, hat es nach meinen Kenntnissen nicht gegeben. Aber ein geradezu verblüffend ähnlicher Vorfall hat sich auf einem Boot der Minensuchflottille, welcher ich angehörte, ereignet, ist jedoch im Gegensatz zu Buch und Film völlig anders verlaufen.

Das Boot befand sich nicht auf See, sondern im Hafen. Die Teilkapitulation wurde der Besatzung vom Kommandanten und nicht vom Funkmaat verkündet. Es gab die wildesten Gerüchte, u. a., die Boote würden noch nach Kurland eingesetzt. Als in der Nacht vom 5. zum 6. Mai 1945 Bereitschaft angeordnet wurde, versuchten ein Steuermann und ein Gefreiter – genau wie im Film – die Besatzung aufzuwiegeln, was aber mißlang.

Bei dem anschließenden Verhör in einem Archivraum, in welchem ich als Angehöriger des Unterstabes vorübergehend untergebracht war und somit zum unfreiwilligen Zeugen wurde, beriefen sich die beiden Soldaten auf die Kurland-Gerüchte. Es war aber von morgens acht Uhr, dem Beginn der Teilkapitulation, bis zu dieser Stunde kein Auslaufbefehl erteilt worden. Lediglich die auf See befindlichen, verfügbaren Minensuchboote hatten den Befehl erhalten, sofort nach Hela zu laufen. Ein Einsatz nach Kurland kam der großen Entfernung wegen – es hätte außerdem noch für die Rückfahrt gebunkert werden müssen – überhaupt nicht in Frage.

Nach dem Verhör sollten die beiden Soldaten dem Kriegsgericht übergeben werden. Das zuständige Marine-Kriegsgericht in Kopenhagen ließ jedoch dem Flottillenchef melden, daß es seine Tätigkeit mit Beginn der Teilkapitulation eingestellt hat. Die beiden Soldaten mußten deshalb das Boot sofort verlassen und wurden den nach Deutschland zurückmarschierenden Besatzungstruppen zugeteilt. Es fanden also weder ein Kriegsgerichtsprozeß noch Todesurteile statt, ganz zu schweigen, hierbei noch von „Mord" zu sprechen.

Kriegs- und Handelsmarine retteten in den Tagen vom 5. bis 9. Mai 1945 noch weit über hunderttausend Menschen aus Hela und Libau. Das war nur möglich durch Einhaltung der Disziplin. Steuermann und Gefreiter waren Einzelerscheinungen.

Ich war nach der Kapitulation noch zwei Jahre beim Deutschen Minenräumdienst (G. M. S. A.) und kam in dieser Zeit mit Hunderten von Kameraden aller Minensuch-Flottillen zusammen. Ich habe aber nie etwas von einer Meuterei gehört. Außerdem mußten ab 5. Mai 1945 die Funksprüche im Klartext abgesetzt werden, d. h. nicht mehr verschlüsselt. Ich konnte, was bisher nicht möglich war, die Funkkladde der Flottille mehrfach einsehen. Ein meuterndes Boot auf See wäre aufgefallen, auch den Engländern.

Mit freundlichen Grüßen
H. Drutschmann,
Schweinfurt

Was ist er nun?

„Kirchen, Museen, Grabungsplätze ohne ihre anvertrauten Hüter": WELT-Report vom 30. November

Sehr geehrte Herren,

ich bin einigermaßen verwirrt. Sie schreiben ... der Österreicher ... Alfred Prinz zur Lippe ...

Irgendwo ist da der Wurm drinnen! Entweder ist der ehrenwerte Sammler Prinz zur Lippe, oder er ist Österreicher. Beides zusammen geht eigentlich nicht.

Dazu als Nachhilfe in Geschichte zwei Jahreszahlen:

- 1919 wurden in Österreich der Adel und die Adelsprädikate abgeschafft, und
- 1945 wurde zwischen Deutschland und Österreich wieder eine Grenze gezogen.

Seit dieser Zeit gelten in Österreich wieder österreichische Gesetze, und ich würde mir wünschen, daß Sie das in gutnachbarlicher Weise respektieren.

Mit freundlichen Grüßen
A. Damm,
Wien

Personalien

EHRUNGEN

In Würdigung seiner langjährigen, hervorragenden Leistungen auf dem Gebiet der Wildfotografie und der damit in Verbindung stehenden Verdienste um die Förderung der jagdlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde dem „Altmeister der Wildfotografie", **Julius Behnke**, der mit 5000 Mark dotierte Preis für Öffentlichkeitsarbeit 1984 des Deutschen Jagdschutz-Verbandes e. V. verliehen. Julius Behnke, Jahrgang 1919, hat schon zu Zeiten, als die technischen Möglichkeiten noch begrenzt waren, als Meister des Lichtbildes viel Gutes für Wild und Jagd im Bewußtsein der Öffentlichkeit bewirkt. Seit 1965 drehte er drei große Tierfilme in der heimischen Wildbahn mit einer Laufzeit von je 70 Minuten. Die Verleihung erfolgte im großen Burgsaal der Generaloberst-Beck-Kaserne in Sonthofen und war mit einer Fotoausstellung „Dokumentation über den Rothirsch" mit 47 Großfotos des Preisträgers verbunden. Festredner der Veranstaltung, an der rund 1000 Gäste teilnahmen, war Ministerpräsident Dr. **Franz Josef Strauß**.

*

Siegfried Lengl, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ist von der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lubumbashi in der afrikanischen Republik Zaire zum Ehrendoktor ernannt worden. Die Universität würdigte die Verdienste Lengls um die deutsch-zairische Zusammenarbeit. Bis zu seiner Berufung nach Bonn im Oktober 1982 war Siegfried Lengl Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, die sich mit zahlreichen Projekten in Zaire engagiert hat.

*

Für seine Verdienste um die Tiermedizin, insbesondere die tierärztliche Lebensmittelwissenschaft und die Geschichte der Veterinärmedizin, verlieh die tierärztliche Hochschule Hannover anläßlich der feierlichen Promotion von 87 Tierärztinnen und Tierärzten dem Oberfeldveterinär a. D. Dr. med. vet. **Hanns Martin Wens** (Hannover) die Damman-Medaille. Wens ist der tierärztlichen Hochschule Hannover seit Jahrzehnten verbunden. Er hat sich stets darum bemüht, neue wissenschaftliche Erkenntnisse in die praxisbezogene Tätigkeit einzubringen.

*

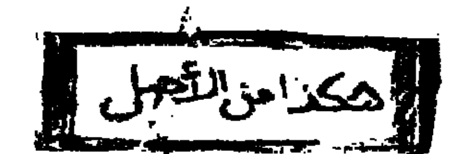
Den mit 15 000 Mark dotierten Preis der Frankfurter Autorenstiftung 1984 erhalten drei Autoren des Kindertheaters und der Kindermedien. Der Preis geht in diesem Jahr zu gleichen Teilen an den Kindertheater-Autor **Wilfrid Grote** (München), den Filmautor **Arend Agthe** (Frankfurt) und die Hörspielautorin **Margarete Jehn** (Worpswede bei Bremen). Mit der Vergabe des Preises möchte die Stiftung nach eigener Darstellung auf einen Kulturbereich aufmerksam machen, der nach einer kurzen Blütezeit Ende der 70er Jahre wieder an öffentlichem Interesse zu verlieren drohe.

*

Heinrich Albertz erhält 1985 für sein autobiographisches Werk „Blumen für Stukenbrock" den mit 3000 Mark dotierten Buchpreis des deutschen Verbandes evangelischer Büchereien (dveb). Vorschläge für diesen Buchpreis machten Leser aus mehr als zweitausend evangelischen öffentlichen Büchereien, die Entscheidung traf der literarische Beirat des Verbandes.

*

Seinen „karnevalistischen Verdienstorden 1985" für Aktivitäten im Bereich der inneren Sicherheit, den sogenannten Bullenorden, verleiht der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) dem langjährigen Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, **Axel Wernitz** (SPD). Auf einer Karnevalssitzung des Bundes am 18. Januar in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg soll die Auszeichnung übergeben werden. Der BDK habe mit Wernitz einen seit vielen Jahren im stillen wirkenden Parlamentarier ausgewählt, der sich durch sachliche Arbeit und Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit hervorgetan habe, heißt es in einer Mitteilung des Bundes am Montag. Die Laudatio wird der Berliner Bürgermeister und Innensenator **Heinrich Lummer** als Ordensträger 1984 halten. Den Scherznamen der Auszeichnung, Bullenorden, hatte im August 1983 das Berliner Kammergericht bei der Beurteilung der Frage herangezogen, ob der Ausdruck „Bulle" für Polizist eine diskriminierende Bezeichnung sei oder nicht.



Peres jetzt für Abzug aller Truppen Israels

AFP, Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat sich erstmals für einen einseitigen vollständigen Truppenrückzug seines Landes aus Südlibanon für den Fall ausgesprochen, daß es bei den gegenwärtigen Militärgesprächen mit Beirut nicht zu einer Einigung kommt. In der Zeitung „Haaretz" sagte Peres gestern, sollte „eine politisch-militärische Einigung mit Libanon, Syrien und den USA" nicht zustande kommen, sei er für „einen totalen Rückzug der israelischen Streitkräfte auf die internationale Grenze". Er ziehe dieses „Risiko Teilmaßnahmen und provisorischen Entscheidungen" vor. Bisher hatte der Regierungschef lediglich einen Truppenabzug aus dem westlichen Sektor Südlibanons bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Militärpräsenz im Ostabschnitt gegenüber den syrischen Streitkräften befürwortet.

Afghanen schossen Sowjetflugzeug ab

dpa/rtr, Neu Delhi/Islamabad

Die afghanischen Widerstandskämpfer haben nach Angaben westlicher Diplomaten erneut ein sowjetisches Transportflugzeug abgeschossen. Dabei sollen über Kabul acht sowjetische Soldaten ums Leben gekommen sein. Bereits Ende Oktober sollen die Mudschahedin ein sowjetisches Flugzeug abgeschossen haben, wobei 240 sowjetische Soldaten umgekommen sein sollen.

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Berichten westlicher Diplomaten seit der vergangenen Woche die Umgebung Kabuls unter Beschuß genommen, um Angriffe der Rebellen zum fünften Jahrestag der sowjetischen Invasion am 27. Dezember zu verhindern. Die Freiheitskämpfer hatten für den Jahrestag mehrere Angriffe auf die Hauptstadt angekündigt.

Iran-Botschaften „Waffen-Schleusen"?

AP, New York

Ein Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Bern soll nach Informationen der amerikanischen Zeitschrift „Reader's Digest" den Sprengstoff besorgt haben, mit dem im Oktober vergangenen Jahres der Anschlag auf die Unterkünfte der US-Marineinfanteristen in Libanon ausgeführt wurde. Der Diplomat habe im Juni 1982 300 Tonnen des hochbrisanten Sprengstoffs Zyklonit in Brüssel erworben, der über Indien nach Libanon gebracht worden sei.

Nach den Angaben des Blattes benutzt Iran seine Botschaften in Bern und Bonn als „Schleusen für Waffen und Sprengstoff" für Terroraktionen. „Reader's Digest" beruft sich auf Gespräche mit Geheimdienst- und Antiterrorexperten in den Vereinigten Staaten, Europa und dem Nahen Osten sowie Exiliranern. Sogar Mitarbeiter des Khomeini-Regimes, die über die Brutalität der Teheraner Führung entsetzt seien, „haben unter Gefährdung ihres eigenen Lebens mit uns gesprochen". Alle Gesprächspartner hätten in der Einschätzung übereingestimmt, daß „die Bedrohung sehr ernst" sei.

Austritt der Schass-Partei stürzt Likud in ein Dilemma

Israels Koalition steckt nach drei Monaten in der Krise

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die drei Monate alte „Nationale Einheitsregierung" steckt in ihrer ersten Krise, nachdem der Minister ohne Geschäftsbereich, Rabbi Yitzhak Peretz, zurückgetreten ist, eben weil er keinen Geschäftsbereich erhalten hatte.

Doch geht es um mehr, und die möglichen Auswirkungen dieses Rücktritts greifen viel tiefer: Die 24 Mitglieder starke Regierung ist eine Große Koalition: Beide Großparteien haben sich auf ein Minimalprogramm geeinigt. Neben den zwei Großblöcken Arbeiterpartei, geführt von Premier Shimon Peres, und Likud, geführt von Außenminister Yitzhak Shamir, sind auch zwei kleine religiöse Parteien vertreten: die national-religiöse Partei an der Seite der Arbeiterpartei und die ultraorthodoxe Partei Schass an der Seite des Likud. Bei den Koalitionsverhandlungen war vereinbart worden, daß eine der beiden Parteien das Innenministerium, die andere das Religionsministerium erhalten soll.

In drei Monaten gelang den beiden jedoch keine Einigung. Sie beriefen sich auch auf Versprechungen der beiden großen Gruppierungen, die zum Teil widersprüchlich waren. So wurde beiden dasselbe versprochen, und es wurde ihnen überlassen, hier Ordnung zu schaffen. Dies gelang nicht.

Zwar könnte die Regierung auch ohne die beiden religiösen Parteien auskommen. Ihre Mehrheit in der Knesset bliebe überwältigend. Doch denken beide Blöcke an künftige Wahlen und an die Wirkung auf die religiöse Wählerschaft, falls eine religiöse Partei klagen sollte, sie sei wegen Nichteinhaltung eines Versprechens aus der Regierung ausgetreten.

Hier hat sich nur der Likud in eine peinliche Lage hineinmanövriert (oder sich von der Arbeiterpartei hineinmanövrieren lassen), indem er sich die Sache seiner Schützlingspartei Schass zu eigen machte und öffentlich erklärte, ein Austritt der Schass aus der Regierung würde auch einen Austritt des Likud zur Folge haben.

Premier Peres ließ es darauf ankommen. Er gab den Forderungen nicht nach. Schass ist jetzt tatsächlich ausgetreten und hat den Likud vor ein Dilemma gestellt: Treten die Likud-Minister zurück, so bleibt die Regierung Peres trotzdem an der Macht und kann vielleicht noch eine – wenn auch sehr kleine – Mehrheit in der Knesset erzielen. Dann würde sich der Likud selbst in die Opposition gestoßen haben. Tritt aber der Likud nicht aus der Regierung aus, erweist er sich vor der Wählerschaft als wortbrüchig und als zu schwach, um einer verbündeten Partei Versprochenes zu sichern. Wie immer der Likud jetzt handelt – er wird verlieren.

Außerdem bildet der Likud keine Einheit. Er besteht aus der von Shamir geführten Cherut und den von Finanzminister Moda'i geführten Liberalen. Ein Teil der letzteren liebäugelt schon längere Zeit mit der Arbeiterpartei. Es wird nun für möglich gehalten, daß sich die Liberalen weigern, die Regierung zu verlassen und eine Koalition mit der Arbeiterpartei eingehen. Es würde eine Koalition entstehen, mit der Peres lieber und leichter regieren würde. (SAD)

„Mehr Realismus in Europa"

In der Einschätzung der sowjetischen Ziele / Shultz mit seiner Reise zufrieden

FRITZ WIRTH, Washington

Der amerikanische Außenminister George Shultz ist hochzufrieden von seiner einwöchigen Europareise zurückgekehrt. Ziel seiner Reise war es, sicherzustellen, daß die Haltung der Alliierten zu den bevorstehenden Genfer Abrüstungsgesprächen zwischen Shultz und Gromyko mit der amerikanischen Regierung identisch ist und zugleich den Bündnispartnern das Gefühl und die Sicherheit zu geben, daß sie indirekt Teilnehmer dieser Gespräche sind.

Dieses Ziel ist offenbar erreicht worden. „Es gab keinen Druck aus dem Bündnis heraus auf Shultz, und niemand unter den Alliierten hat versucht, ihn in Positionen zu drängen, in denen er sich nicht wohlfühlen würde", war von gut informierter Seite zu hören. „Es herrscht heute in Europa ein größerer Realismus über die sowjetischen Ziele als es noch vor einem Jahr der Fall war", sagt man in Washington.

Wegen dieses hohen Maßes an Übereinstimmung hat man am Montag auch Berichte, nach denen sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher kritisch über die „strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) und die „Militarisierung des Weltraums" geäußert haben soll, gelassen zur Kenntnis genommen. Man ist sich in Washington der Loyalität Frau Thatchers in Abrüstungsfragen sicher.

Gäbe es schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten, hätte sie diese während eines Gesprächs mit Shultz bei den Begräbnisfeierlichkeiten für die indische Premierministerin Indira Gandhi zum Ausdruck bringen können. Ebensowenig hat Außenminister Sir Geoffrey Howe während seiner Gespräche mit Shultz in der letzten Woche Bedenken angemeldet.

Auch die kritischen Äußerungen des französischen Präsidenten Mitterrand über die amerikanische Verteidigungsinitiative haben in seiner jüngsten Pressekonferenz ein nachhaltiges Echo gefunden. Derartige Bedenken und Einwände stoßen in Washington nicht nur innerhalb von Regierungskreisen auf beträchtliche Selbstsicherheit.

So ist es wohl auch zu erklären, daß der überaus kritische Beitrag so angesehener Männer wie George Kennan, George Bundy, Robert McNamara und Gerard Smith über das SDI-Programm in der jüngsten Ausgabe von „Foreign Affairs" bisher kaum eine wahrnehmbare öffentliche Diskussion ausgelöst hat, obwohl dieser Beitrag in seiner Schärfe und Entschiedenheit den Charakter eines öffentlichen Aufruhrs und einer Beschwörung hatte.

„Wir haben nicht die Absicht, irgendeines unserer Waffensysteme freiwillig aufzugeben", heißt es übereinstimmend im State Department und im Pentagon. Man sieht beide Systeme in der Reagan-Administration vielmehr als die Hauptmagnete, die die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückgebracht haben.

Man ist im übrigen auf amerikanischer Seite darauf vorbereitet, daß die Sowjets versuchen werden, das SDI-Programm zum Mittelpunkt neuer Abrüstungsgespräche zu machen, es als Instrument zu benutzen, einen Keil in das Atlantische Bündnis zu treiben und die amerikanische Sicherheit von der europäischen zu trennen.

Ein erfahrener amerikanischer Abrüstungs-Verhandler erklärte: „Sie wollen unser SDI-Programm stoppen, wir wollen das nukleare Mittelstrecken-Raketenproblem in Europa lösen. Man wird über alles sprechen müssen. Dabei wird das Problem der Verifizierung eine entscheidende Rolle spielen. Ohne verläßliche Verifizierung keinen Vertrag." Das ist offensichtlich eine Antwort auf Überlegungen, ob nukleare Waffenkontrollen auch ohne „Agreement" möglich sind, die in letzter Zeit wieder häufiger angestellt werden.

Präzise Vorstellungen und Informationen über die sowjetische Verhandlungsstrategie in Genf gibt es in Washington noch nicht. Unklar ist zur Stunde auch noch die endgültige amerikanische Verhandlungsposition. Berichte, nach denen sich die Formulierung dieser Position wegen beträchtlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen State Department und Pentagon verzögert habe und deshalb auch die Beratungen des Präsidenten mit seinen engsten Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat am Montag ergebnislos verliefen, sind jedoch unzutreffend.

Tatsächlich sieht der amerikanische Zeitplan anders aus. Es besteht seit einiger Zeit Übereinstimmung darüber, daß die amerikanische Verhandlungsposition praktisch erst am Vorabend der Abreise der Delegation nach Genf endgültig verabschiedet werden soll. Nicht zuletzt, um zu verhindern, daß Einzelheiten vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangen. Tatsächlich hat es in Washington lange kein Ereignis mehr gegeben, daß von einem so dichten Geheimnisschleier umgeben worden ist, wie der kommende Genfer Dialog.

Papst fordert ein Europa mit einer Sprache

HERBERT SCHÜTTE, Rom

Ein Europa, das im politischen Bereich mehr und mehr eine gemeinsame Sprache spricht und zu einer einheitlichen Willensbildung in den wichtigen Lebensfragen findet, bleibt nach den Worten von Papst Johannes Paul II. ein erstrebenswertes Ziel. Bei einer Audienz für die Teilnehmer des „Bergedorfer Gesprächskreises" sagte der Papst: „Mehr denn je ist die Stimme Europas als Ganzes zur Lösung der aktuellen Weltkrisen gefragt." Es sei an der Zeit, nationale Egoismen abzubauen. „Sie schrumpfen zusammen, wenn man sie ehrlich mit den wahren Problemen der Menschheit vergleicht", betonte das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. „Auf diese muß Europa so bald wie möglich eine gemeinsame, solidarische Antwort geben."

Anlaß für das Gespräch von 30 Politikern, Wirtschaftlern und Theologen aus sechs Ländern mit dem Papst war die Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises" zu dem Thema „Ist die Spaltung Europas das letzte Wort?" An der gestern beendeten Zusammenkunft nahmen auch Bundespräsident Richard von Weiszäcker, Kardinalstaatssekretär Casaroli, der Wiener Kardinal König und Senatspräsident Cossiga teil. Der Papst begrüßte die Beratung, wies aber ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, daß der Einigungsprozeß Europas seinen „Nährboden" in einer geistigen und moralischen Erneuerung der abendländischen Kultur haben müsse. Er fuhr fort: „Hier fühlt sich die Kirche selbst in besonderer Weise unmittelbar gefordert."

*

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Europa als Ganzes und der Ökumenismus standen auch im Mittelpunkt einer dreiviertelstündigen Aussprache, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Papst hatte. Der Präsident wurde von Johannes Paul II. in Privataudienz empfangen.

Hinsichtlich des Meinungsaustausches über ökumenische Fragen wies von Weizsäcker nach der Audienz vor der Presse darauf hin, daß er bis zum Sommer dieses Jahres Mitglied des Rates der EKD gewesen sei und deshalb in das Gespräch mit dem Papst seine eigenen Erfahrungen in kirchlicher Zusammenarbeit habe einbringen können. Im Blick auf die Teilung Europas unterstrich der Bundespräsident vor deutschen Journalisten, daß nach seiner Meinung jeder Lösungsversuch mit der Lösung der Probleme einsetzen müsse, die „jeder bei sich selbst zu Hause" habe. Wenn die einzelnen europäischen Gesellschaften nicht in der Lage seien, mit Problemen, wie etwa der Arbeitslosigkeit, im nationalen Bereich fertig zu werden, werde man auch im gesamteuropäischen Bereich wenig handlungsfähig und attraktiv sein.

Von Weizsäcker war am Montag auch vom italienischen Staatspräsidenten Pertini empfangen worden. Mit diesem hatte er außer über Europa und das Ost-West-Verhältnis vor allem über das Nord-Süd-Problem gesprochen. Beide Präsidenten waren sich im Blick auf den aktuellen Fall Äthiopien einig gewesen, daß man vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Hungersnöten intensivieren müsse.

Londoner Umweltkonferenz hat Fortschritte erzielt

Prinzipien-Katalog deckt alle Gefahrenbereiche ab

WILHELM FURLER, London

Als vollen Erfolg hat der Leiter der deutschen Delegation die erste Umweltkonferenz der westlichen Industrieländer bezeichnet, die in London abgehalten wurde. Es seien beachtliche Fortschritte erzielt worden, an die er vor wenigen Wochen noch nicht zu glauben gewagt habe, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, vor Journalisten. So ist ein Prinzipien-Katalog aufgestellt worden, der alle Bereiche der Umweltgefahren abdeckt und Grundsätze zu ihrer Bekämpfung und Beseitigung formuliert.

Der Katalog wird den Regierungschefs für den Bonner Weltwirtschaftsgipfel im Mai zugeleitet. Hauptsächliches Anliegen des Katalogs ist die Anerkennung des Vorsorge-Prinzips beim Umweltschutz durch die vertretenen sechs Regierungen sowie die Anwendung des Verursacher-Prinzips bei Umwelt-Belastungen, was umweltschützende Maßnahmen an der Entstehungsquelle erfordert. Ebenfalls aufgenommen in die Londoner Deklaration wurde die Verpflichtung zu Umwelt-Verträglichkeitsprüfungen von Produkten, zum Einsatz höchstentwickelter Technologien beim Umweltschutz sowie zur Beseitigung und Vernichtung umweltfeindlicher Gefahren. Im übrigen einigte man sich auf die Formulierung, daß eine marktwirtschaftliche Ausrichtung am besten geeignet sei, sinnvolle Umweltpolitik insbesondere in der Kooperation mit der Technik zu betreiben.

Größten Wert legten die Regierungsvertreter auf die enge Zusammenarbeit mit den übrigen OECD-Ländern und den Ländern der Dritten Welt. Dort müßten gefährliche Entwicklungen wie in Bhopal verhindert, aber auch bedrohliche Symptome wie zunehmende Verstädterung oder Ausweitung der Wüstenregionen gebremst werden.

In London vertreten waren alle Teilnehmer-Länder des Weltwirtschaftsgipfels mit Ausnahme Frankreichs, also neben dem Gastgeberland Großbritannien die Bundesrepublik, Italien, Japan, Kanada, die USA sowie die EG-Kommission. Diese erste Konferenz geht auf eine entsprechende Initiative der Regierungschefs auf dem Londoner Gipfeltreffen zurück. Frankreich hat aus „protokollarischen Gründen" nicht teilgenommen, was aber, wie Spranger betonte, keineswegs auf einen gegensätzlichen Standpunkt der Regierung in Paris bei Umweltfragen schließen lasse.

Fünf Todesurteile in Vietnam verhängt

Angeblich im Dienste Chinas, der USA, Thailands / Hanoi nimmt den Widerstand ernst

AP/AFP, Ho-Chi-Minh-Stadt

Mit fünf Todesurteilen endete gestern in Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon) der größte Spionage-Prozeß in Vietnam seit dem Sturz des antikommunistischen Regimes im Jahre 1975. 16 Angeklagte erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Ihnen allen wird vorgeworfen, der antikommunistischen „Vereinigten Nationalen Front für die Befreiung Vietnams" angehört und im Dienste Chinas, der USA und Thailands gestanden zu haben.

*

Von THOMAS WEST

Die Todesurteile gegen die fünf „Hochverräter" werfen ein Schlaglicht auf die prekäre innere Sicherheit Vietnams, die von zahlreichen Widerstandsgruppen in Frage gestellt wird.

1. Da sind die DEGA/FULRO-Partisanen, die hauptsächlich in den drei (früher südvietnamesischen) Hochlandprovinzen Dac Lac, Lan Dong und Gia Lai-Cong Tum operieren. Bei ihnen handelt es sich um Minoritäten, die gegen die vietnamesische Oberherrschaft jeder politischen Couleur kämpfen.

DEGA ist ein Synonym für den Volksstamm der Rhade, FULRO heißt „Forces Unifiées pour la Libération des Races opprimees". Die FULRO wurde schon 1964 gegründet, gab nach 1975 kaum noch Lebenszeichen von sich, wird aber in der Zwischenzeit von China neu belebt und bringt Unruhe ins Hochland.

2. Am 1. Dezember 1983 wurde die „Vereinigte Nationale Front für die Befreiung Vietnams" ins Leben gerufen, die – im Gegensatz zur FULRO – nicht lokal, sondern gesamtnational ausgerichtet ist und die sogar über einen eigenen Widerstandssender verfügt, der wahrscheinlich von Thailand aus funkt. Eine militärische Infrastruktur ist bis jetzt nicht erkennbar; doch vermuten die Behörden in Hanoi auch hier Kontakte nach China und Thailand – nicht zuletzt aber zum häufig beschworenen US-Geheimdienst CIA. Zwischen 1976 und 1981 habe der CIA versucht, vietnamesische Flüchtlinge in den USA, Australien und Frankreich für ein antikommunistisches Bündnis zu gewinnen, das schließlich unter der Bezeichnung „Overseas Volunteer Forces for the Restoration of Vietnam" Gestalt angenommen habe und dessen Vertreter auch in Thailand wohlwollend geduldet würden.

3. Von der vietnamesischen Armeezeitung werden fünf weitere Gruppierungen als Operationsziele herausgestellt, deren Gemeinsamkeit darin bestehe, daß sie „Subversion mit Hilfe der Religion" betrieben.

– Das ist die Gruppe „Nationale Wiedergeburt", die sich aus Mitgliedern der hauptsächlich in der südvietnamesischen Provinz Tay Ninh konzentrierten Cao Dai-Sekte rekrutiert. Cao Dai ist eine buddhistisch-christliche Mischreligion, die erst 1926 ins Leben gerufen wurde, die über rund eine Million Anhänger verfügt.

– Eine andere Gruppe ist katholischer Provenienz. Als ihr Zentrum wird das Saigoner Dac Lo-Kloster bezeichnet, eine ehemalige Jesuitenanstalt, in der die Sicherheitskräfte im Herbst 1983 angeblich „Hunderte von konterrevolutionären Büchern, reaktionären Dokumenten und Verbindungsbriefen sowie Funkanlagen" ans Tageslicht gefördert haben.

– Im äußersten Süden Vietnams, in der Provinz Thuan Hai, wurde 1963 von der Armee eine „Nationale Rettungsfront" zerschlagen, deren Mitgliederstamm sich hauptsächlich aus Soldaten der früheren Saigoner Armee rekrutiert haben soll.

– In der nordvietnamesischen Quang Ninh-Provinz, die an China angrenzt, besteht eine „Verschwörergruppe, die sich aus reaktionären buddhistischen Mönchen" zusammensetzt und gegen die Armee, Miliz und Sicherheitsgruppen 1983 erfolgreich vorgegangen sein wollen.

Der Widerstand all dieser Gruppen wirkt zwar vorerst noch recht unkoordiniert, doch wird er von der Regierung in Hanoi offensichtlich ernst genommen.

Paul Mommertz' TV-Spiel „Wannseekonferenz"

Die Schreibtischmörder

Ein frostiger Wintertag in Berlin. Der eiskalte Januarwind fegt über den zugefrorenen Wannsee. In einer vornehmen Villenstraße fahren in den frühen Mittagsstunden eine Reihe schwerer Mercedes und Horch-Limousinen vor. Aus dem Regierungsviertel der Reichshauptstadt treffen prominente Vertreter oberster Reichsbehörden ein. Es sind vier Staatssekretär, ein Gauleiter, SS-Generäle, Kommandeure des Sicherheitsdienstes, hohe Polizeibeamte aus Lettland, dem besetzten Polen und Rußland.

Aus der Machtzentrale Großdeutschlands, der Reichskanzlei, ist lediglich der Ministerialdirigent Kritzinger erschienen. Doch das große Hitlerbild an der Kaminwand erscheint geradezu als Symbol für die geistige Präsenz des „Führers". Wenige Tage zuvor erteilte Hitler dem

Die Wannseekonferenz – ARD, 20.15 Uhr

Reichsführer der SS, Himmler, unter vier Augen den Befehl, die Endlösung „Judenfrage" einzuleiten.

Himmlers Stellvertreter, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, eröffnete am 20. Januar 1942 die Konferenz am Wannsee. Der 37jährige Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes begrüßte die Teilnehmer: „Die Lösung des Judenproblems ist in ein aktuelles Stadium getreten. Anstelle der früher erhobenen Auswanderung ergibt sich als Lösungsmöglichkeit die Evakuierung der Juden nach dem Osten . . ."

Die Herren in den silberbestickten Uniformen und jene Regierungsvertreter, die wie Staatssekretär Roland Freisler vom Justizministerium im dunklen Anzug am Konferenztisch sitzen, wissen nichts von Adolf Hitlers Geheimgespräch mit dem Reichsführer Heinrich Himmler. Doch die NS-Politik gegen „jüdisches Untermenschentum" ist ihnen geläufig. Mancher von ihnen, wie der Staatssekretär Stuckart aus dem Innenministerium, hat an der Formulierung der antisemitischen Gesetzgebung persönlich mitgewirkt.

Vor allem aber haben alle Anwesenden Hitlers programmatisches Buch „Mein Kampf" gelesen, in dem bereits ab 1927 im Schlußkapitel „Notwehr als Recht" der verräterische Satz zu lesen war: „Hätte man während des Krieges (gemeint ist der Erste Weltkrieg) einmal 12 000 oder 15 000 dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie 100 000 unserer deutschen Arbeiter es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: 12 000 Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet!"

Mit erhobener Stimme beendete Reichssicherheitschef Heydrich seine Ausführungen: „Die Evakuierungsaktionen der Juden sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeit anzusprechen. Hier werden jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind."

Während einer Pause reichen Ordonanzen Kaffee und Gebäck. Das Feuer im Kamin knistert. Nach den Erfrischungen darf ein den meisten Herren noch unbekannter SS-Obersturmbannführer namens Eichmann über Probedeportationen berichten, die im vergangenen Dezember mit 25 000 Juden nach Lodz, Riga und Minsk unternommen wurden. Anschließend besprechen die Fachleute der Ministerien das Transportproblem. Schließlich ist das Projekt *keine Kleinigkeit – mehr als elf Millio*nen Juden in ganz Europa sind betroffen. Man wird viel Zeit, Umsicht und Energie benötigen . . .

Nach der Konferenz sitzen Heydrich und sein Judenreferent Eichmann noch am Kamin bei Kognak und Zigaretten zusammen. Der Sturmbannführer notierte erstaunt: „Normalerweise rührte Heydrich nichts Alkoholisches an. Wir saßen friedlich und gönnten uns eine wohlverdiente Rast nach so vielen anstrengenden Stunden."

DIETER BORKOWSKI

KRITIK

Solo eines Sechsjährigen

Man faßt es kaum: Da gibt es nun in dem überbürokratisierten Apparat deutscher Fernsehanstalten Instanzen über Instanzen, Gremien von ernsten und verantwortungsbewußten Männern, deren Aufgabe es ist, eine Sendung „abzunehmen", wie der „terminus technicus" lautet. Doch niemand fand sich in der ARD, der gegen Hans Peter **Kerkelings Kinderstunde** Einspruch erhoben hätte.

Man hat die Wandlungsfähigkeit dieses 19jährigen Nachwuchskabarettisten hervorgehoben, der imstande sei, eine ganze Familie einschließlich der Oma mimisch darzustellen. Die ganze Vorstellung läuft aber doch in erster Linie auf die Solonummer eines sich in der Abwandlung von Herrn Jürgen von Mangers Ruhrpottsprache ergehenden Sechsjährigen hinaus, der mit einem total verschmierten Mund mit einigen pädagogischen Problemen aus seiner Sicht vertraut macht.

Allerlei Aufgeschnapptes aus der Erwachsenenwelt vermischt sich mit kindlichem Trotz und wird mit hilflosen, immer gleichförmigen Armbewegungen vorgetragen. Für die Darstellung von Erwachsenen arbeitet der Nachwuchskünstler Kerkeling mit Perücken und einer tieferen Stimmlage. Wandlungsfähig? Na ja!

Zum Beweis, daß manche Leute sich über so etwas amüsieren können, hat man ein paar Sitzreihen mit jugendlichen Zuschauern gefilmt und ihre Lachsalven eingeblendet. Ein wirklich überzeugender Zusammenklang wollte daraus jedoch nicht entstehen.

HELLMUT JAESRICH







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Louis, der Geizkragen
Franz. Spielfilm (1980)
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Fahrt auf dem Wind
Das Abenteuer der ersten Ballonreisen
Film von Michael Stoffregen-Büller
16.55 Der Mann von Button Willow (5)
Amerikanischer Zeichentrickfilm
17.10 Unter einem Himmel
Stinas Sprache
Film von Wolfgang Glück
Nach einem Unfall werden Stinas Eltern in ein Krankenhaus gebracht. Nun kümmern sich Anian und seine Angehörigen um das kleine Mädchen. Doch bald gibt es Schwierigkeiten, da Stina nur dänisch spricht . . .
17.40 Der König und das Gold
Puppentrickfilm von Lubomir Benes
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Wannseekonferenz
Fernsehspiel von Paul Mommertz
Mit Dietrich Mattausch, Friedrich G. Beckhaus, Gerd Böckmann, Harald Dietl u. a.
Am 20. Januar 1942 fand in Berlin die „Wannseekonferenz" statt, bei der die sogenannte Endlösung der Judenfrage geklärt werden sollte. Mommertz Dokumentarspiel über diese makabre Tagung zeigt, mit welcher Perfektion die Nazi-Verwaltungsgenies diesen Völkermord planten.
21.40 Weihnachten im Ersten
Eine Programmvorschau
21.45 Brennpunkt
Radjiv Ghandi vor der Bewährung
Wahlen in Indien
Moderation: Peter Stolsch
22.30 Tagesthemen
23.00 Quincy
Als durch einen Brand in einer Kleinstadt vier Häftlinge ums Leben kommen, glaubt der örtliche Arzt an einen Unfall und unterschreibt die Totenscheine, ohne die Gefangenen zu untersuchen. Quincy, der sich zufällig in der Stadt aufhält, ist allerdings skeptisch, und als er eine Obduktion vornimmt, stellt er tatsächlich eine andere Todesursache fest . . .
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Morgen schon
10. Teil: Die Tür in der Mauer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.55 Von Wölfen gejagt
Ein Traum vom Glück
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
Wie verbringen Jugendliche ihre Freizeit?
20.15 Kennzeichen D
Porträt einer geteilten Stadt: Das deutsch-polnische Görlitz / Zeit-Zeugin: Marion Gräfin Dönhoff zu den deutsch-polnischen Beziehungen / Lehrstellenmarkt – Lehrstellenplan: Die Ausbildungssituation in Ost und West / Wie russisch ist das Russisch Brot?
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Tracy
21.45 heute-journal
22.05 Pfarrer Kuhn antwortet
Themen: Ein 21jähriger: „Wem gehöre ich eigentlich?" / Eine Mutter: „Ist ein neues Kind ein Ersatz für ein verstorbenes?" / Eltern mahnen: „Du kommst doch Weihnachten sicher nach Hause?"
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Der lautlose Makubra
„Skizzen zum Film" nennt Jochen Kuhn seinen Beitrag, der eine Collage ist aus Fotos, Malerei und Filmsequenzen.
23.00 Ein Engel namens Levin
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit Zero Mostel, Harry Belafonte, Eli Wallach u. a.
Regie: Jan Kadar
Als der jüdische Schneider Morris Mishkin in finanzielle Bedrängnis gerät, findet er eines Tages in seiner Küche einen jungen Farbigen, der ihm erzählt, er sei von Gott gesandt, um dem Schneider beizustehen. Das ZDF zeigt den Film in deutscher Erstaufführung.
0.40 heute

Harry Belafonte hilft als „Engel namens Levin" dem in Not geratenen Schneider Mishkin (Zero Mostel). (ZDF, 23.00 Uhr) FOTO: KINDERMANN

3SAT

18.00 Aktion Grün
3. Wie man eine Entscheidung herbeiführt
Merlin
3. Gefährlicher Pakt
19.00 heute
19.30 Wetten, daß . . . ?
Spielereien von und mit Frank Elstner
20.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Telemotor
mit Harry Valérien
Themen: Was bringt der Großversuch zum Tempolimit
Frauen fahren günstiger
Auto-Test: der neue Opel Kadett
23.15 3SAT-Nachrichten

III

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Mönchengladbach
U. a.: Theater, Traumfabrik und Tratsch / Ein ehmaliges Museum – Der Künstler und das Kunstwerk Hans Hollein / Nordrhein-Westfalen und die Schweiz – Erfahrungen des Generalkonsuls Hector F. Graber
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.15 Der Weg in den Süden
Niederländischer Dokumentarfilm (1981)
Buch, Regie und Kamera: Johan van der Keuken
0.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Elefanten – die friedlichen Riesen Afrikas
Dokumentation von Reinhard Künkel über die vom Aussterben bedrohten Tiere
19.15 Antiquitäten in Serie
Die Schätze des Louis Comfort Tiffany
Von Ilona Grundmann und Peter Reichelt
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftsmagazin
Arbeit im Abseits – Selbsthilfe, Schwarzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen / Gebremster Siegeszug – Leercassetten-Abgabe geplant
Leitung: Ingrid Lorenzen
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden?
Der Computer herrscht
21.30 Offerte
21.45 Herzschläge
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Nick Nolte, Sissy Spacek u. a.
Der *Schriftsteller* Jack Kerouac und Neal Cassady, ein ehemaliger Sträfling, verlieben sich in Carolyn. Neal *und Carolyn heiraten* und leben – zur Empörung der Nachbarn – zu dritt mit Jack. Dieser wird eines Tages mit seinem Roman „On the Road" berühmt.
23.30 Thirty minutes
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (13)
19.00 Sport '84 (1)
Olympische Spiele
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Zwang zur Chancengleichheit
Förderstufe und Elternrecht
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Wilsons letzte Chance
Fernsehfilm nach Somerset Maugham
22.50 Ernst Jandl – Vom Öffnen und Schließen des Mundes (5)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der Tanzkurs
20.15 Reisewege zur Kunst: Senegal (2)
21.00 Schwester Maria Bonaventura
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Claudette Colbert u. a.
Regie: Douglas Sirk
22.20 Theater-Talk
Mit Boy Gobert
22.50 Brot mit Munition
Ein Streitgespräch über Waffenexporte in die Dritte Welt
23.50 Letzte Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Ein Münchner in New York
19.45 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Jamaica Inn (3)
22.40 Z. E. N.
22.45 Zu teuer und zuviel?
Wieviel Staat unser Wohnungsmarkt noch braucht
23.30 Ein Mann der Tat
Amerik. Spielfilm (1945)
1.10 Rundschau

Zürich: Entdeckung des Poeten Daniel Charms

Ein Duett wird verhaftet

In Zürich hat eine deutschsprachige Erstaufführung stattgefunden, die vielleicht keine weiteren Aufführungen in anderen Städten oder Ländern nach sich ziehen wird, über die zu berichten sich aber trotzdem lohnt. Es handelt sich um „Fälle" des weithin unbekannten russischen Dichters Daniel Charms.

Zwei Gründe, warum außerhalb der Schweiz kaum über diese Aufführung berichtet worden ist: einmal, weil das Theater, in dem sie stattfand, das Theater an der Winkelwiese, nicht gerade zu den bedeutendsten Zürichs gehört. Zudem gibt es eine Bühne im eigentlichen Sinne gar nicht; die wenigen Zuschauer sind um einen Spielraum herum gruppiert.

Der zweite Grund, daß man nicht viel von diesem Stück hören wird: Es ist überhaupt kein Stück, sondern die Zusammenstellung von vielen Szenen, Erzählungen, Gedichten des russischen Dichters. Man sollte ihn auch bei uns kennen, aber man kennt ihn nicht, trotz der Bemühungen seines Übersetzers Peter Urban und einiger kleiner Verlage. In der Sowjetunion kennt man ihn – neuerdings.

Charms – das ist natürlich ein Pseudonym von einem Dutzend anderer Pseudonyme, der wahre Name des Dichters ist unaussprechbar – wurde 1905 in St. Petersburg geboren. Er sollte Elektroniker werden, brach aber das Studium ab, weil er sich zum Schreiben entschloß. Er war sehr früh bereits der Geheimtip der Literaten von St. Petersburg. Mit *noch nicht 20 Jahren hielt er seine ersten Vorlesungen in Clubs, gründe*te auch ein oder zwei Vereine, hatte Kontakte mit dem Studententheater, veröffentlichte einiges, was auf vernichtende Kritiken stieß, wohl von oben gelenkt.

Er war nicht sonderlich gelitten, obwohl die meisten seiner Arbeiten in Erzählungen für Kinder bestanden, aber er war das, was man damals einen futuristischen Schriftsteller nannte. Er war noch nicht 26 Jahre alt, als er 1931 verhaftet und nach Kursk verbannt wurde. Nicht für lange, denn ein Jahr später war er wieder in St. Petersburg, das damals schon Leningrad hieß. 1941 kam es zu einer zweiten Verhaftung. Was man ihm vorwarf, ist nie bekannt geworden. Diejenigen, die es wissen mußten oder es auch heute noch wissen, schweigen sich darüber aus. Sicher ist, daß er ein Jahr später, also 1942, in der Haft starb.

Und dann war er eine Unperson in der Sowjetunion. Er war öffentlich nicht mehr existent. Aber 1956 begann man ihn wiederzuentdecken. Wie das im einzelnen vor sich ging und warum überhaupt, ist heute nicht mehr auszumachen. Auch darüber haben sich die Wissenden ausgeschwiegen. Jedenfalls wurde er plötzlich wieder genehm, seine Bücher tauchten in den Buchhandlungen auf, freilich vor allem seine Kinderbücher, die den zweiten und bisher andauernden Erfolg zeitigten.

In der „Winkelwiese" nun wird folgendes gezeigt: der Besuch einer jungen Dame bei einem jungen Mann, beide mit vielen Hemmungen, aber wohl beide entschlossen, es miteinander zu treiben. Dazu kommt es allerdings nicht. Denn der Besuch endet ganz abrupt mit der Verhaftung der beiden. Man weiß nicht recht, warum; sie wissen es nicht, der Mann, der sie verhaftet, weiß es nicht. In dieses Duett der beiden, sozusagen „eingeblendet", hört man einige Erzählungen, als Monologe frisiert, oder Erzählungen in Dialoge umgeschrieben, alles sehr lustig, wenn auch eher zynisch, aber *sicher nicht nihilistisch.*

Sehr hübsch wurde das alles mit einem Nichts an Ausstattung und Requisiten von Sabine Dumsch inszeniert. Und sehr ansprechend von den Schauspielern Deborah Gearing und Rainer Homann gespielt. Es war wirklich gutes Theater, das man da zu sehen bekam. Ein kurzer Abend – nicht mehr als eine Stunde. Aber es lohnte sich, man sollte das vielleicht auch anderswo zeigen. Vielleicht in einem Kellertheater oder einem Kabarett. Aber wird man?

CURT RIESS

Schallplatte: Wolfgang Rihms Oper „Jakob Lenz"

Aus Sturm und Drang

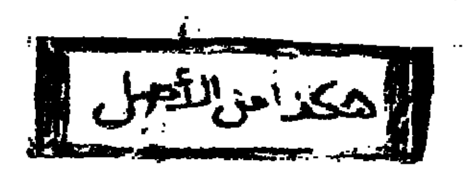
Neue Musik auf Platte ist selten geworden. Neue Opern auf Platte noch seltener: In den vergangenen Jahren wurden lediglich Aribert Reimanns „Lear" und ein Teil von Karlheinz Stockhausens „Licht"-Zyklus veröffentlicht. Umso erstaunlicher und bemerkenswerter deshalb, daß jetzt eine Aufnahme von Wolfgang Rihms Kammeroper „Jakob Lenz" beim rührigen Freiburger Label harmonia mundi erschien – nachdem eine große Plattenfirma ihre Produktions-Zusage wieder zurückgezogen hatte (EMI IC 165-1695223, 2 LPs).

Zugrunde liegt dieser Aufnahme die Aufführung, die 1983 an der Deutschen Oper Berlin ihre Premiere hatte. Die Titelrolle singt Richard Salter, der auch schon bei der Hamburger Uraufführung 1979 als Jakob Lenz zu hören war. Kein anderer Sänger hat soviel Rihm-Erfahrung, kein anderer wohl auch gestaltet den zunehmenden Realitätsverlust des verrückt werdenden Sturm- und Drang-Dichters so hautnah, so ergreifend (und nebenbei: mit solcher stimmlichen Souveränität) wie er.

Ähnlich hochkarätig besetzt sind auch die beiden anderen Hauptrollen: William Dooley ist der gutwillige, aber letztendlich verständnislose Pfarrer Oberlin, Ernst-August Steinhoff singt den mit Lenz angeblich befreundeten Kaufmann. Der Dirigent Arturo Tamayo verleiht der Aufnahme ihre auch orchestrale Intensität: Die brodelnde Untergründigkeit von Rihms Musik kommt bei ihm ebenso überzeugend zum Ausdruck wie ihre könnerhafte stilistische Vielschichtigkeit.

An der Qualität dieser Edition hat schließlich auch das Textheft maßgeblichen Anteil: Einmal, weil in ihm Rihms Arbeitsexemplar von Michael Fröhlings Libretto faksimiliert und abgedruckt wurde. Und das enthält außer Kritzeleien eine ganze Reihe von Anmerkungen, die mehr Aufschluß über Rihms Opernarbeit geben als mancher Kommentar.

STEPHAN HOFFMANN





EISHOCKEY

Gegen die Schweden war der Erfolg greifbar nahe

sid/dpa, Moskau

„Das hätte für uns ganz böse ausgehen können", gestand der schwedische Eishockey-Nationaltrainer Leif Borg nach dem knappen 2:1-Sieg seiner Mannschaft über Deutschland. Und auch Bundestrainer Xaver Unsinn trauerte immer noch den verpaßten Chancen nach: „Diesmal hätten wir gewinnen können, ja müssen."

Nach der 0:6-Niederlage gegen Weltmeister UdSSR zum Auftakt blieb das deutsche Team im zweiten Spiel beim Turnier um den Iswestija-Pokal in Moskau gegen die Skandinavier erneut ohne Sieg. Nachdem die Finnen in den letzten drei Jahren zuerst eingeholt, dann überholt wurden, will es mit dem Anschluß an die Schweden nicht klappen. In Sarajevo gab es beim Olympia-Turnier ein 1:1, beim Canada-Cup ein 2:4, jetzt ein 1:2.

Dabei hatte die deutsche Mannschaft den Erfolg diesmal zum Greifen nahe. Doch die deutschen Stürmer ließen gegen die stark verjüngten Schweden sogar die besten Torchancen aus. Vor allem der Kölner Marcus Kuhl und Kaufbeurens Dieter Hegen versagten immer wieder vor dem gegnerischen Tor. Für die mäßige Vorstellung von Kapitän Erich Kühnhackl hatte der Bundestrainer eine einfache Erklärung: „Ihm fehlt der verletzte Helmut Steiger an allen Ekken und Enden."

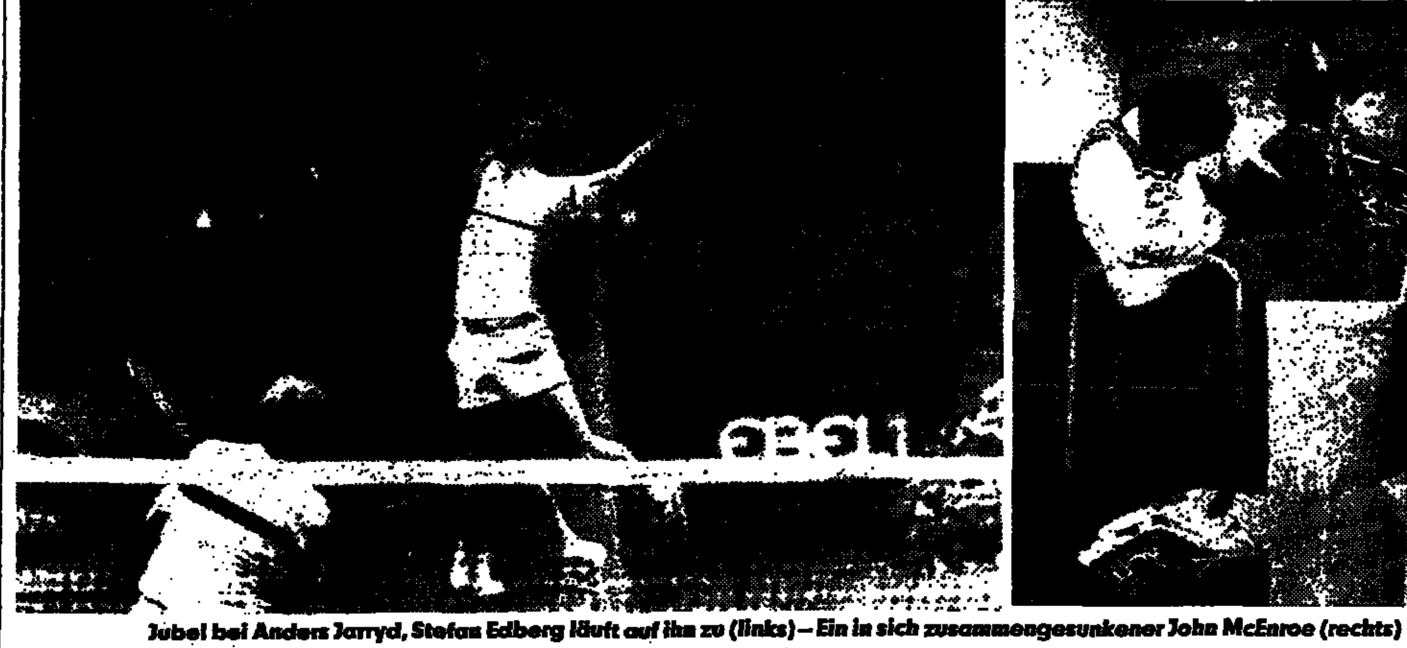
Trotzdem ist Xaver Unsinn bei Halbzeit des Turniers – es stehen noch die beiden Spiele gegen die CSSR und Finnland aus – mit den Leistungen seiner Schützlinge ganz zufrieden. Der Augsburger will das Turnier weiter mit vier Blöcken bestreiten. Es geht ihm darum, junge Leute wie den Rosenheimer Axel Kammerer international zu testen. Außerdem werden noch „Fahrkarten für die Weltmeisterschaft in Prag vergeben" (Unsinn).

Für das heutige Spiel gegen die CSSR (13.30 Uhr) ist das Ansporn genug. Aber die deutsche Mannschaft will auch beim morgigen Antrittsbesuch in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Punktgewinn erscheinen. Der Mannheimer Manfred Wolf versprach: „Wir wollen uns für die Schlappe gegen Schweden rehabilitieren. Und außerdem sind wir gegen die CSSR immer besonders motiviert."

Tatsächlich wurden die Deutschen in den letzten Jahren zum Angstgegner der Tschechoslowaken. Lange Zeit galten sie dort nur als Prügelknabe, doch mit guten Leistungen und Ergebnissen haben Xaver Unsinn und seine Schützlinge für einen Stimmungswandel im Land des fünfmaligen Weltmeisters gesorgt. Der sensationelle 4:2-Sieg bei der Weltmeisterschaft 1982 in Finnland, der von der CSSR als Betriebsunfall hingestellt wurde, blieb keine Eintagsfliege. Bei der WM ein Jahr später in Deutschland folgte in München ein 3:3, und vor drei Monaten noch reichte es für die Tschechen beim Canada-Cup ebenfalls nur zu einem Unentschieden (4:4).

„Früher hat in der CSSR das deutsche Eishockey nicht interessiert. Nach dem Aufschwung der letzten Jahre fürchten sie aber um ihre Position", sagt Kölns Trainer Jozef Golonka, der zum Saisonende wahrscheinlich in die CSSR zurückkehren muß. Und wie Golonka werden auch die tschechoslowakischen Trainer in Rosenheim (Pavel Wohl) und Kaufbeuren (Florian Strida) zurückbeordert. Vielleicht leisten sie bei den deutschen Spielern zu gute Arbeit.

TENNIS / Schwedens Sieg im Davis-Cup stand bereits nach dem Doppel fest – Amerikas Team der Wimbledonsieger war eine einzige Enttäuschung





Jubel bei Anders Jarryd, Stefan Edberg läuft auf ihn zu (links) – Ein in sich zusammengesunkener John McEnroe (rechts) FOTO: UPI/AP

Kaum vorstellbar, aber selbst der berühmte John McEnroe hatte diesmal Hilfe bitter nötig

sid/dpa, Göteborg

Den letzten Punkt, den entscheidenden für ihren Sieg im Finale um den Davis-Cup, bekamen die Schweden geschenkt. Es war ein Doppelfehler des Amerikaners Peter Flemming, sein achter in diesem Match, das er zusammen mit John McEnroe gegen Stefan Edberg und Anders Jarryd mit 5:7, 7:5, 2:6, 5:7 verlor.

Schon nach zwei Tagen und insgesamt nur sieben Stunden und zehn Minuten Spielzeit lagen die Skandinavier damit 3:0 in Führung – uneinholbar. Die letzten beiden Einzel interessierten nur noch die Statistiker. *Bei der 73. Austragung gab es damit* nach 1975, als Björn Borg mitspielte, den zweiten Sieg für Schweden.

Nach den beiden Niederlagen in den Einzeln des ersten Tages hatten die Amerikaner den Pokal noch nicht verloren gegeben. Mit ihrem Super-Doppel, das in 14 Davis-Cup-Spielen seit 1979 ungeschlagen blieb, wollten sie auf 1:2 verkürzen und die letzten beiden Einzel zum Gesamtsieg nutzen. 24 Stunden durften sie noch hoffen, eben bis zu diesem Dopppel. Doch dem 29maligen Cupsieger fehlte es nicht nur an der Einstellung, die Stars hatten auch die Courage in den Vereinigten Staaten zurückgelassen.

Stefan Edberg und Anders Jarryd brachen den Widerstand des amerikanischen Doppels bereits im ersten Satz. Der 29 Jahre alte Flemming, der schon seit Jahren von John McEnroe mit- und durchgezogen wird, konnte diesmal nicht mit der gewohnten Unterstützung rechnen. McEnroe hatte selbst Hilfe nötig. Das Ende des Spiels mit einem Doppelfehler erschien logisch. Er war nichts anderes als die Folge der immer stärker werdenden Unsicherheit der beiden Amerikaner.

Auf der anschließenden Pressekonferenz saß McEnroe zunächst nur verstört auf einem Stuhl und wetterte: „Der Platz war schlecht, die Bälle sprangen nicht richtig, das Licht war auch nicht in Ordnung, man sollte ein Finale auf Asche verbieten."

Doch die Skandinavier hatten lediglich nach dem Reglement gehandelt und jenen Untergrund ausgewählt, der auch erlaubt ist. In diesem Fall war es ein Aschenplatz.

„Wir haben in diesem Jahr große Erfolge gefeiert, aber der Davis-Cup ist die Krönung", jubelte Schwedens Trainer Hans Ohlsson nach dem Sieg. Der Coach konnte es sich angesichts der vielen schwedischen Weltklassespieler *sogar leisten, auf den* Weltranglisten-Achten Joakim Nyström zu verzichten.

Hauptgrund für den Erfolg war aber wohl nicht so sehr die Einzelleistung der Schweden, sondern ihre mannschaftliche Geschlossenheit. Während die Amerikaner mehr einer Zweckvereinigung glichen, spricht man beim Davis-Cup-Sieger von einem richtigen Team. Stefan Edberg drückt das so aus: „Man fühlt sich großartig, wenn jeder dazu beitragen kann, daß die Mannschaft gewinnt."

Die schwedische Presse feierte den Erfolg entsprechend. „Wir erlebten vielleicht den Beginn einer neuen Epoche", jubelte „Svenska Dagbladet". Und das Stockholmer „Aftonbladet" schrieb: „Schweden ist Weltmeister. Es schwindelt einem, wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt."

In der Tat könnten die Schweden *mit ihrem jungen Team in den nächsten* Jahren das beherrschende Land im Tennis werden. Mats Wilander und Henrik Sundström, die mit ihren Einzel-Siegen die Weichen auf Erfolg gestellt hatten, sind erst 20 Jahre alt. Stefan Edberg ist 18 und Anders Jarryd mit 23 Jahren schon der Senior der Mannschaft.

Auch Dollar-Millionäre können mal nervös werden

Sprachlos saß der Fernsehzuschauer in der Nacht vom Montag zum Dienstag vor dem Fernseher. Zu unwahrscheinlich erschien eine Niederlage der US-Wimbledonsieger John McEnroe und Peter Flemming im Doppel gegen Anders Jarryd und Stefan Edberg. Irgendwann mußte doch die Wende eintreten, nachdem ja schon die ersten beiden Einzel von McEnroe und Jimmy Connors gegen Henrik Sundström beziehungsweise Mats Wilander verloren wurden. Doch den Tennisfans wurde eine Sensation präsentiert.

Was war nur mit den Amerikanern los, die, mit insgesamt 29 Siegen Davis-Cup-Rekordsieger, als haushohe Favoriten nach Göteborg reisten? Lag es an ihrer typischen schnoddrigen Überheblichkeit? Oder war gar der für 300 000 DM speziell gebaute teure Sandplatz schuld? Spielten die Nachfolger von Björn Borg so gut? Oder wurden die Dollar-Millionäre plötzlich nervös, die ansonsten nur für sich spielen und kassieren?

STAND ● PUNKT

Unter dem Strich haben wohl alle diese Fakten zu dieser sensationellen Niederlage geführt. Zusammenaddiert findet sich darin die Lösung für den überraschenden Ausgang des Davis-Cup-Finales. Vielleicht erinnerten sich die Amerikaner noch an das Finale von 1982 in Grenoble. Damals versuchten die Franzosen, den übermächtigen US-Gegner ebenfalls mit einem Hallensandplatz zu überraschen. Das Ergebnis war frustrierend. Denn McEnroe und sein Team siegten 5:0, was also sollte ihnen nun in Schweden passieren? Sandplatz ist Sandplatz, dachten sie sich und spulten lediglich in drei Tagen ihr Trainingsprogramm herunter. Doch den schwedischen Sandplatz-Herstellern gelang für ihre Zwecke ein geradezu grandioser Belag. *Bestens geeignet für die skandi*navischen Topspin-Spieler schien eine Bremse in die Sandmischung eingebaut zu sein, und zudem sprang der Ball nach jedem Vorwärtsdrall unproportional hoch weg. Gift für die Angriffsmaschinen McEnroe und Connors, die niemals ihr Power-Tennis produzieren konnten.

Andererseits: Die mit ganzem Engagement spielenden schwedischen Himmelsstürmer boten, von den 14 000 Zuschauern angefeuert, eine *begeisternde Vorstellung. Von* Mats Wilander, dem Sieger der Australian Open, hatte man vielleicht noch einen Sieg erwartet. Was jedoch Henrik Sundström gegen McEnroe demonstrierte, war sehr mutig. Ohne Angst erdrückte er seinen prominenten Gegner mit aggressiven Grundschlägen, wobei er besonders mit seiner Vorhandschleuder zahlreiche direkte Punkte erzielte. Auch das Doppel Jarryd/Edberg wirkte wie eine Einheit auf dem Platz. Sie ließen sich auch nach einem schwächeren zweiten Satz nicht aus der Ruhe bringen. Die Quittung für die sieggewohnten Amerikaner hätte nicht schlimmer sein können. Letztmalig verlor man ähnlich 1973 in Cleveland gegen Australien (mit Laver und Rosevall). Lediglich ein Satzgewinn nach den ersten drei Spielen ist fast peinlich. Da darf es angesichts der Namen auch keine Rolle spielen, daß McEnroe und Connors jeweils eine vierwöchige Wettkampfpause hinter sich hatten.

Mag es in der Tat ein anderes Gefühl sein, auf einmal als Einzelspieler in einem Team aufzutreten – McEnroe und auch der 32jährige Jimmy Conn0rs, der am Wendepunkt seiner Karriere angelangt ist, haben in diesem Davis-Cup-Finale versagt.

H. J. POHMANN

SKI / Vreni Schneider – Sieg einer Unbekannten

Katrin Stotz: Mit Nummer 77 noch auf Platz acht

PETER LAND, Santa Catarina

Ein Überraschungssieg der bisher allenfalls Schweizer Fachleuten bekannten Schweizerin Vreni Schneider (22) und hervorragende Placie*rungen der deutschen Läuferinnen* prägten das Ergebnis des Weltcup-Riesentorlaufs auf der Weltmeisterschaftspiste von Santa Catarina in Italien: Maria Epple-Beck schob sich mit der zweitbesten Zeit im zweiten Lauf auf den dritten Platz vor, Marina Kiehl wurde Fünfte und baute damit ihre Führung in der Weltcup-Gesamtwertung aus, die 18jährige Katrin Stotz fuhr mit der hohen Startnummer 77 sensationell auf den achten Rang vor (!), und Michaela Gerg wurde Zehnte.

Die Schweizerin Vreni Schneider aus Elm im Glarner Land hatte schon im ersten Durchgang Laufbestzeit erzielt. Als dies geschah, saßen daheim ihre Geschwister und ihre Eltern vor dem *Bildschirm* und *dachten sich* dies: Die Vreni wird niemals die Nerven haben, um einen solchen Vorsprung auch im zweiten Durchgang verteidigen zu können. Die Familie Schneider irrte, Vreni hatte die Nerven! Bereits in ihrem ersten Weltcup-Winter gewann die nur zur zweiten Schweizer Kader-Gruppe gehörende Vreni Schneider ihr erstes Weltcup-Rennen, nachdem sie schon mit dem neunten Platz im Spezialslalom von Madonna di Campiglio verblüfft hatte.

Noch im letzten Winter bestritt Vreni Schneider hauptsächlich Rennen im Europacup, hatte damit allerdings zum Ende der Saison 1983/84 gute Ergebnisse aufzuweisen. Als sie aus den Trainingslagern im Herbst nach Hause kam, wußte sie von überaus guten Resultaten zu berichten. Die Familie vernahm es staunend und kopfschüttelnd zugleich...

Vreni Schneiders Sieg und die Erfolge der deutschen Mannschaft – das waren die Überraschungen beim Riesenslalom auf dem Weltmeisterschaftshang von Santa Catarina. Am erstaunlichsten dabei war der Vorstoß der erst 18jährigen Katrin Stotz *aus Wildbad* vom *Ski-Gymnasium* Berchtesgaden. Mit Startnummer 77 auf Platz acht – dieses Ergebnis ist kaum mehr erklärbar, es ist wohl nur noch staunend zu registrieren. Marina Kiehl scheint indes eine ernsthafte Anwärterin auf den Sieg im Gesamt-Weltcup geworden zu sein.

SPORT-NACHRICHTEN

Gaby Seyfert im Lido

Budapest (dpa) – Die ehemalige Eiskunstlauf-Weltmeisterin Gaby Seyfert („DDR") ist der neue Star im Budapester Lido. Die 36jährige Trainerin aus Karl-Marx-Stadt tritt bis Mitte Januar in zwei Shows auf.

Größter Sport-Etat

Bonn (sid) – Mit rund 24 Millionen Mark will der Bund im kommenden Jahr den Spitzensport in Deutschland fördern. Der Sport-Etat ist damit höher als je zuvor und überschreitet die Summe des Vorjahres um rund 800 000 Mark.

Abfahrt abgesagt

Bormio (sid) – Die für Samstag geplante dritte Weltcup-Abfahrt der Herren kann wegen Schneemangels nicht stattfinden. Abgesagt wurde auch der ebenfalls für Samstag geplante Riesenslalom der Damen in Altenmark.

George Best in Haft

London (dpa) – Wegen Trunkenheit am Steuer und Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde der ehemalige nordirische Fußballnationalspieler George Best zu drei Monaten Haft verurteilt. Außerdem wurde ihm der Führerschein für fünf Jahre entzogen.

Freigabe für Fuchs

Offenbach (dpa) – Neuer Trainer beim vom Abstieg bedrohten Fußball-Zweitligaklub SSV Ulm wird Fritz Fuchs (41), der bis zum 27. Dezember noch bei den Offenbacher Kickers unter Vertrag steht. Fuchs, der einen Vertrag bis zum 30. Juni 1985 erhält, löst Hannes Baldauf ab.

ZAHLEN

TENNIS

Davis-Cup-Finale in Göteborg: Schweden – USA 3:0, Doppel: Edberg/Jarryd – McEnroe/Fleming 7:5, 5:7, 6:2, 7:5.

EISHOCKEY

Iswestija-Turnier in Moskau, Zweiter Spieltag: Schweden – Deutschland 2:1, Finnland – UdSSR 1:8. – Tabelle: 1. UdSSR (14:1 Tore/4:0 Punkte), 2. CSSR (3:1/2:0), 3. Schweden (3:4/2:2), 4. Finnland (1:8/0:2), 5. Deutschland (1:8/0:4).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 028 531 Mark, 2: 234 061,20, 3: 8660,70, 4: 152,70, 5: 10,90. – **Elferwette:** Klasse 1: 5672,70, 2: 290,60, 3: 29,70. – **„6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt – Jackpot: 213 694,80, 2: 35 615,80, 3: 5254,70, 4: 84,70, 5: 6,50. – **Rennquintett,** Rennen A: Klasse 1: 467,30, 2: 172,70. – Rennen B: Klasse 1: 761,50, 2: 156,90. (Ohne Gewähr).

SCHACH / Das 27. Remis in der 33. WM-Partie

Kasparow überraschte im 7. Zug mit einer Neuerung

LUDEK PACHMAN, Bonn

Es scheint, daß Kasparow seine theoretischen Vorbereitungen intensiv nachholt. In der 33. Partie des Titelkampfes wählte er im 7. Zug eine Neuerung. Er opferte einen Bauern, und Karpow verteidigte diese Beute nicht, um seinem Gegner nicht Chancen im guten Figurenspiel zu geben. Nach der ruhigen Fortsetzung des Weltmeisters aber wieder ein Remis – Karpow führt 5:1.

Die Notation (Damengambit, Weiß: Karpow):

1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 c6, 5.e3 Sbd7, 6.Dc2 ...

Wenig erreichte Karpow in der 29. Partie mit der häufigsten Fortsetzung *6.Ld3* dxc4, 7.Lxc4 b5 – er wählte allerdings den passiveren Rückzug 8.Le2 statt der „Meraner Variante" 8.Ld3 a6, 9.e4 c5 usw.

6. ... Ld6, 7.e4 ...

Eine gute Alternative ist die positionelle Folge 7.b3 0-0, 8.Le2 usw.

7. ... e5 (!?)

Bisher wurde ausschließlich dxe4, 8. Sxe4 Sxe4, 9.Dxe4 gespielt, wonach eine interessante Möglichkeit 9. ... e5, 10.dxe5 0-0, 11.exd6 (!) Te8, 12.Dxe8 Dxe8+, 13.Le3 in vielen Partien ausprobiert worden ist.

8.cxd5 cxd5, 9.exd5 exd4, 10.Sxd4 0-0, 11.Le7 ...

Offenbar wollte Karpow ohne eine ausführlichere Prüfung der neuen Spielweise kein Risiko eingehen. Die Verteidigung des Bauern d5 wäre nur mit 11.Lg5 möglich. Zum Beispiel: Te8+, 12.Le2 h6, 13.Lxf6 Sxf6, 14.0-0-0 Da5, 15.Sb3 Db6, oder: 13.Lh4 Sb6, 14.0-0-0 Ld7 nebst Tc8 – in beiden Fällen mit Gegenspiel für den geopferten Bauern.

11. ... Sb6, 12.0-0 ...

Danach wird es schon ziemlich ruhig sein, aber 12.Lg5 könnte jetzt mit Lb4 wirksam beantwortet werden.

12. ... Sbxd5, 13.Sxd5 Sxd5, 14.Td1 De7, 15.Lf3 Te8 (!), 16.g3 Lh3 (!) ...

Droht wiederholt De1+ nebst Matt – Weiß muß sich bescheiden entwikkeln.

17.Ld2 Lc5, 18.Lxd5 ...

Mit Recht gibt sich Karpow mit Vereinfachung und Remis zufrieden, denn 18.Sf5 (?) wäre ein ernster taktischer Fehler: Lxf5, 19.Dxf5 Lxf2+(!), 20.Kxf2 Dc5+, 21.Le3 (21.Kg2 ?? verliert nach Se3+! die Dame!) Dxe3+, 22.Kg2 Sf6, mit Vorteil für Schwarz.

18. ... Lxd4, 19.Lc3 Lxc3, 20.Dxc3 Remis.

Kritik der Kirche an „Heilbronner Erklärung"

DW. Bonn

In einem „Votum zu Fragen von Recht und Ethik der Verteidigung" hat der Beirat für die evangelische Militärseelsorge unter Vorsitz von Bischof Hans-Gernot Jung jetzt auf die im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte „Heilbronner Erklärung" von Schriftstellern aus beiden deutschen Staaten mit scharfer Kritik reagiert. Die „Heilbronner Erklärung" hatte zum Widerstand gegen die Nachrüstung und zur „Verweigerung" des Wehrdienstes aufgerufen, bis die Bundesrepublik „frei" von allen sogenannten „Angriffswaffen" eines „Offensivkonzepts" sei, das zugleich eine „Enthauptungsstrategie" verfolge.

Das in den Mitteilungen aus der Evangelischen Militärseelsorge „Standort" im Dezember in Bonn veröffentlichte Votum führt aus: „Die Kirche ist aus ihrer Mitverantwortung im politischen Leben aufgefordert, Diffamierungen im Stil der ‚Heilbronner Erklärung' entgegenzutreten", die mit „Verallgemeinerungen, Übertreibungen und Beleidigungen" den Versuch mache, sich aus der Vielzahl vorausgegangener Verlautbarungen herauszuheben.

Der Aufruf zu massenhafter Verweigerung des Wehrdienstes nehme bewußt strafbare Handlungen in Kauf und leiste damit der „allgemeinen Radikalisierung" Vorschub. So wenig wie einem glaubensüberzeugten Kriegsdienstverweigerer nicht unterstellt werden darf, es ginge ihm um etwas anderes als um den Frieden, dürfe dem Soldaten unterstellt werden, es ginge ihm um etwas anderes als Verteidigung und Friedenssicherung. Die „Heilbronner Erklärung", die, wie das Votum sagt, „gleichermaßen aus politischen und theologischen Gründen zurückgewiesen" werden müsse, habe die Grenze überschritten. „Mit der Unterstellung menschenverachtender Absichten und Handlungsweisen lassen die Unterzeichner ein realitätsfernes Menschenbild erkennen, das mit dem Gebot der Nächsten- und Feindesliebe nicht in Einklang zu bringen ist."

Stoltenberg: Chancen für dauerhaften Aufschwung

Arbeitsmarkt könnte vor einer Trendwende stehen

tb. Berlin

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern vor der Industrie- und Handelskammer in Berlin ein grundsätzlich positives Bild der wirtschaftlichen Zukunft aufgezeigt und dabei den Pessimismus „bestimmter Kräfte" kritisiert. Stoltenberg betonte, daß 97 Prozent der Rekordzahl von 750 000 Lehrstellenbewerbern entgegen anderslautenden Prognosen in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Auch sei nicht ausgeschlossen, daß sich eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt abzeichnen werde.

Die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung bezeichnete der Minister als gut. Der Wachstumstrend festige sich jetzt weiter. Gegenwärtig wachse die Wirtschaft mit einer Rate von drei Prozent ins nächste Jahr hinein. Und es gebe keine Anhaltspunkte für ein Abbrechen des Wachstumspfades. Stoltenberg wies darauf hin, daß die Konjunktur nicht immer zyklisch verlaufen muß. Auf zwei gute Jahre müßten nicht immer zwei schlechte folgen. Er verwies dabei auf Japan, wo es bereits seit sechs Jahren aufwärts gehe. Die Konjunktur in der Bundesrepublik stehe gegenwärtig auf zwei klassischen Säulen, den Investitionen und dem Export. Die Investitionsplanungen der Wirtschaft ließen hoffen, daß jetzt auch die Investitionslücke der siebziger Jahre allmählich geschlossen werde.

Der Geldwertstabilität werde die Bundesregierung auch weiterhin Priorität einräumen. Und die auf Konsolidierung ausgerichtete Haushaltspolitik wird die konjunkturelle Erholung auch nicht „kaputtsparen", wie das von mancher Seite immer wieder behauptet wird, betonte Stoltenberg. Er unterstrich dabei, daß gerade das harmonische Zusammenwirken der Bonner Haushaltspolitik und der ebenfalls auf Wiedergewinnung der Stabilität gerichteten Geldpolitik der Bundesbank die günstigen Rahmenbedingungen zur Überwindung der langjährigen Stagnation geschaffen habe. Im übrigen bedeute Geldwertstabilität auch den Wegfall der Besteuerung inflationärer Scheingewinne und ein Ende der Auszehrung der Ersparnisse breiter Bevölkerungskreise.

Daß es in einzelnen Branchen noch Schwierigkeiten gibt, verkennt Stoltenberg nicht. Vor allem in der Bauwirtschaft wirkten sich unter anderem Sättigungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt aus. Sowohl die Bauwirtschaft als auch einige andere Branchen müßten sich aber dem Strukturwandel stellen.

Als große Herausforderung an die Wirtschaftspolitik bezeichnete der Minister die Lage am Arbeitsmarkt. Hier sei der Durchbruch zwar noch nicht gelungen, aber für das nächste Jahr erwarte er eine Trendwende. Schon jetzt gebe es positive Anzeichen. Stoltenberg wies auf den Rückgang der Kurzarbeit sowie der Jugendarbeitslosigkeit und auf die Erfolge beim Ausbildungsplatz-Angebot hin. Allerdings sei eine völlige Lösung des Problems am Arbeitsmarkt nicht in zwei bis drei Jahren zu erwarten – nach zehn Jahren Fehlentwicklung. Wenn es gelinge, die Zahl der Beschäftigten im nächsten Jahr um 250 000 zu steigern, werde wieder Hoffnung und Zuversicht einkehren, und die pessimistische Stimmung werde korrigiert. Eine solche Wende wäre von großer Tragweite. Mit einem neuen Arbeitsförderungsgesetz sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Kritik übte der Finanzminister an der Ausgabenfreudigkeit der Europäischen Gemeinschaft. In einer Zeit, da die nationalen Haushalte sparten, könnten die EG-Behörden ihre Ausgaben nicht um 17 bis 20 Prozent steigern. Der Minister wies dabei auf die nur noch geringe Steigerung der öffentlichen Ausgaben in der Bundesrepublik hin, die in den vergangenen zwei Jahren nur noch um weniger als 1,5 Prozent gewachsen seien, nach jährlich zehn Prozent zur Zeit der sozialliberalen Koalition. Die Neuverschuldung werde dieses Jahr bei 30 Milliarden Mark liegen, 1985 unter 25 Milliarden Mark.

FDP sucht die Konfrontation mit den Grünen

hey. Bonn

Die Freien Demokraten wollen jetzt, rechtzeitig vor den 1985 anstehenden Landtagswahlen, in eine „ganz entschiedene und sehr harte Auseinandersetzung" mit den Grünen eintreten. Mit einer „gemeinsamen Strategie und Sprache" soll die FDP, nach den Worten ihres Generalsekretärs Helmut Haussmann, auf den Widerspruch zwischen dem Wunsch der Grünen nach Sanftheit und Dezentralisierung und ihrem tatsächlichen Verhalten, auf ihr „gestörtes Verhältnis" zu den USA und auf die wirtschaftspolitische Forderung nach einem „neuen Nationalismus" mit dem Ziel der Selbstversorgung der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Zur Verschärfung dieses Kampfes gehöre „auch das Bewußtsein", daß die FDP weiter dritte Partei sei und „sich nicht selbst zur vierten Partei machen" dürfe.

Haussmann hielt den Grünen gestern vor, sie versuchten, vermeintliche Fehler bei den anderen Parteien aufzuspüren oder Stimmungen in der Bevölkerung für sich auszunutzen. Sie würden dann aber „bei einem bestimmten Punkt aussteigen" und sich vor „politischer Mitverantwortung drücken". Sie müßten jetzt ihre Konsens- und Demokratiefähigkeit beweisen.

Nach Ansicht Haussmanns erhöht sich aufgrund der Entwicklung der SPD und deren Haltung gegenüber den Grünen der politische Spielraum der FDP. Die Liberalen müßten sich deshalb stärker bei den „früheren Schmidt- und Schiller-Wählern profilieren" und sich an das „progressive Bürgertum" wenden. Es sei nicht sinnvoll, daß sich Union und FDP gegenseitig Stimmen abjagten.

Für das traditionelle Dreikönigs-Treffen am 6. Januar in Stuttgart kündigte Haussmann konkrete Aussagen über den künftigen Führungsstil der Partei an. Schon jetzt werde Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der Ende Februar Nachfolger von Parteichef Hans-Dietrich Genscher werden soll, an allen Entscheidungen „zunehmend" beteiligt.

Ali Agca: Der Papst ist wie ein Bruder

● Fortsetzung von Seite 1

Calabro: Welche Bedeutung hatte die Begegnung mit dem Papst für Sie, sein Besuch im Gefängnis vor genau einem Jahr?

Ali Agca: Ich hatte schon vorher mit meiner Selbstkritik begonnen. Die Begegnung mit Johannes Paul II. hat noch mehr dazu beigetragen, meine terroristischen Ideen aufzugeben.

Calabro: Sie sagen, daß Sie ein anderer Mensch geworden seien. Und vor kurzem haben Sie einen Brief geschrieben, in dem Sie behaupten: „Jene, die vergessen, daß der Mensch frei geschaffen wurde, um Fortschritte zu machen, haben von Agca gesagt, daß er sich nicht weiterentwickelt."

Ali Agca: ... aber ich habe in meinem neuen Leben und in meiner Verteidigung einen legalen Weg gewählt, und ich komme voran. Ich mache Fortschritte im Licht der Wirklichkeit.

Calabro: Können Sie uns denn sagen, wer Ali Agca vorher war?

Bei dieser Frage sieht man ihm an, daß ihn schwere Erinnerungen bewegen. Er hebt seine Hand, als wolle er sich abschirmen.

Ali Agca: Es war die Zeit des Abenteuers, lassen wir das ...

Calabro: War der Papst für Sie nicht eine Zeitlang eine Zielscheibe? (Bei dem Wort „Zielscheibe" schaudert Ali Agca.) Ich meine, eine Zeitlang haben Sie an den Papst gedacht wie an eine Zielscheibe, die man treffen *muß*. Wer ist Johannes Paul II. jetzt für Sie?

Ali Agca: Er ist wie ein Bruder: Er ist so gut und sensibel. Das kann ich wohl sagen, der ich ihn von Angesicht zu Angesicht gesehen habe.

Die Zeit des Gesprächs zwischen uns vergeht ohne Hast. Ali Agca sitzt an der anderen Seite des Tisches in dem großen Raum des Überwachungsrichters im ersten Stock des Gefängnisses von Rebibbia. Oft verschränkt er seine Hände, richtet den Blick nach oben, um die richtigen Worte, den richtigen Ton zu finden. Der stellvertretende Direktor des Gefängnisses, der mich begleitet, bietet ihm eine Zigarette an. Wünschen sich Gefangene nicht immer sehnlichst eine Zigarette?

Ali Agca: Ich brauche keine.

Calabro: Als Johannes Paul II. sich Ihnen vor einem Jahr näherte, haben Sie gesagt: „Ich warte schon lange auf Dich." Was wollten Sie damit sagen?

Ali Agca: Dieses Wort hatte eine religiöse Bedeutung. Ich bin Moslem, und doch hat sich der Papst mir zugewandt wie ein Hirte. Ein Hirte hat das Recht zu warten, zu verlangen, Wahrheit zu verbreiten, an die er glaubt. Ich habe großen Respekt davor.

Calabro: Wie sehen Sie jetzt die Zukunft?

Ali Agca: Ich habe mit der Justiz ohne Vorbedingungen zusammengearbeitet. Ohne irgend etwas zu verlangen. Das wissen alle. Für mich gilt nicht das Recht derjenigen, die bereuen. Meine Zukunft? Vielleicht könnte sie sich nach dem Prozeß ändern.

Es stimmt, Agca erwartet eine unwiderrufliche Strafe. Es ist nicht möglich, bei ihm Strafnachlaß aufgrund des „Gesetzes für die Reuigen" zu erwirken.

Calabro: Was erwarten Sie also von diesem Prozeß? Wird der Prozeß




Der Papst-Attentäter Ali Agca
FOTO: CAMERA-PRESS

die Verurteilung oder die Bestätigung Ihrer Wahrheit sein?

Ali Agca: Der Prozeß wird sicherlich entscheidend für die juristische Lage sein.

Calabro: *Haben Sie den Papst um nichts gebeten?*

Ali Agca: Nein, ich habe ihn um nichts gebeten. Es wäre also nicht recht, wenn ich Ihnen jetzt sagte, ich hätte ihn um etwas gebeten. Aber ich *bitte den italienischen Staat um Begnadigung. Aus humanitären Gründen.*

Calabro: Wann haben Sie den Antrag gestellt?

Ali Agca: Ich stelle ihn jetzt, in diesem Interview.

Calabro: Aber außer dem Gnadengesuch, setzt nicht Agca vielleicht seine Freiheitshoffnung auf andere Initiativen, ungerechte, illegale; man sagt, das sei das Ziel des „Caso Orlandi".

Ali Agca: Der italienische Staat würde dergleichen nie dulden. Ich möchte dies hinzufügen: Eine mögliche Begnadigung wäre nur ein Akt der Menschlichkeit. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Prozeß in diesem Sinne verliefe. Ich wiederhole: Ich habe nicht nur den Terrorismus hinter mir gelassen sondern auch jegliche Gewalt-Idee.

Calabro: Was werden Sie tun, wenn Sie frei sein sollten?

Ali Agca: Daran denke ich noch nicht.

Wir haben uns ungefähr anderthalb Stunden unterhalten. Er will, daß ich ihm Punkt für Punkt seine Antworten vorlese, um sicherzugehen, daß er nur gesagt hat, was zu seinen Gunsten und nicht zu seinem Schaden gereicht. Er ist zu clever, zu intelligent, um nicht zu wissen, daß seine Aussagen provozieren könnten. Er korrigiert, schwächt ab, fragt zweimal, ob der Text, den ich vorlege, zensiert wird. Er ist froh, daß das nicht der Fall ist.

Zum Schluß überlegt er und fragt mich, ob dieses Interview vor Weihnachten erscheint. Ich sage ja, und er scheint wieder glücklich. Schließlich geben wir uns die Hand. Überraschenderweise kommt er mit einem „Ich danke dir" heraus.

Kohl handelte korrekt bei Nachrüstung

■ Fortsetzung von Seite 1

Fall sei diesem Erfordernis bereits durch die „Zustimmungsgesetze zum Nordatlantik-Vertrag" von 1955 und zum Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland genügt, betont das Bundesverfassungsgericht. Im übrigen fehlten jegliche „Anhaltspunkte dafür, daß mit der Zustimmung zur Stationierung Angriffsabsichten verbunden" wären, erklärte das BVG.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zeigte sich „glücklich" über den Ausgang des Verfahrens. Nach seiner Meinung hat das höchste deutsche Gericht der Bundesregierung bescheinigt, verfassungsgerecht gehandelt zu haben. Das Urteil sei eine „klare Absage an das Demokratieverständnis der Grünen". Schließlich habe das Gericht auch eine deutliche Aussage zur Gewaltenteilung in der Bundesrepublik gemacht. Darüber hinaus habe es im sicherheitspolitischen Bereich die Handlungsfähigkeit der Regierung gestärkt. Auch für das Bündnis seien die klaren Aussagen der Richter von Bedeutung.

Nach Ansicht der SPD muß die Raketenstationierung auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts weiter politisch bekämpft werden. Die SPD werde auch in Zukunft ihre Kraft darauf konzentrieren, die politischen Voraussetzungen für eine Beseitigung der Raketen zu schaffen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich.

Brandt: Zum 8. Mai Sitzung des Bundestages

rtr, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich für eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages zum Gedenken an den 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 ausgesprochen. Eine solche Sitzung mit einer Rede des Bundespräsidenten wäre dem Tag angemessen, sagte Brandt. Gleichzeitig wies er auf die von seiner Partei zum 40. Jahrestag geplante Veranstaltung am 7. Mai in Nürnberg hin, bei der ein „Nürnberger Manifest" veröffentlicht werden soll. Zu diesem Gespräch sind unter anderem Bürgermeister von im Zweiten Weltkrieg besonders stark zerstörten Städten aus Ost und West eingeladen.

Brandt betonte, der Gedenktag würde nicht nur Anlaß für eine Rückschau sein. Man müsse auch über die Lehren aus der Vergangenheit sprechen. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte dazu aufgerufen, den 40. Jahrestag des Kriegsendes in stillem Gedenken zu begehen, wie Regierungssprecher Peter Boenisch am Montag erklärte.

Attacke gegen Rasch aus der FDP-Mitte

hrk, Berlin

Der Widerstand gegen die Berliner FDP-Landesspitze greift nun auch in Mitte-Rechts-Kreise der Partei über. Mehrere Funktionäre und Wahlkreis-Kandidaten drohen mit einem Wahlkampf-Boykott, falls nicht eine für den 20. Dezember geplante Abwahl eines bereits nominierten FDP-Spitzenkandidaten im Bezirk Steglitz verhindert werde. Sie werfen dem Parteivorsitzenden Walter Rasch vor, diesen Versuch nicht verhindert zu haben.

Griechen und Italiener lenken in Brüssel ein

dpa, Brüssel

Griechen und Italiener haben gestern in Brüssel bei den Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals eingelenkt, so daß über die Kapitel „Wein" und „Fischerei" nun gesprochen werden kann. Die Griechen gingen jedoch nicht von ihrem generellen Vorbehalt gegen den Beitritt der beiden Staaten ab, den sie nach wie vor von der Verabschiedung eines Programms zur strukturellen Entwicklung rückständiger Mittelmeerregionen abhängig machen.

Nachdem die Spanier bereits am Vortag das Angebot der Zehn auf dem Agrarsektor als völlig unzureichend abgelehnt hatten, äußerte sich der spanische Außenminister Fernando Moran gestern schon vor dem Treffen mit seinen EG-Kollegen skeptisch über die Fischerei-Offerte der Gemeinschaft. Danach würde die Übergangsfrist bis zur vollen Integration der spanischen Fischer erst Ende des Jahrhunderts ablaufen, was Madrid als diskriminierend ansieht.

Trotz der nach wie vor äußerst schwierigen Verhandlungen und des Zeitdrucks halten beide Seiten an dem geplanten Beitrittstermin zum 1. Januar 1986 fest. Die Deutschen haben noch einmal nachdrücklich klargestellt, daß sie einer Aufstockung der EG-Finanzmittel von einem auf 1,4 Prozent des Mehrwertsteuer-Aufkommens nur dann zustimmen werden, wenn die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft sichergestellt sei.

DGB will Verhältnis zur Bundesregierung entkrampfen

Treffen mit dem Kanzler? / Vorbehalte gegenüber Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

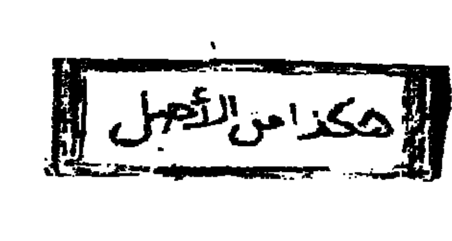
Das gespannte Verhältnis zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wird sich nach Einschätzung von dessen stellvertretendem Vorsitzenden, Gustav Fehrenbach, in absehbarer Zeit entkrampfen. Die Bundesregierung, so meinte Fehrenbach vor Journalisten in Bonn, sei „nach erheblichen Anfangsschwierigkeiten offensichtlich an einer Normalisierung der Beziehungen zum DGB interessiert". Er rechne damit, daß es Anfang nächsten Jahres zu einem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl kommen werde. Allerdings hätten Gespräche mit der Regierung und den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP nur dann einen Sinn, wenn gewerkschaftliche Vorstellungen und Positionen in praktische Politik umgesetzt würden. Fehrenbach, der CDU-Mitglied ist, sagte: „Für Talkshows und Fototermine wäre die Zeit zu schade."

Gleichzeitig kündigte er an, daß der DGB seine Kritik an der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Bonner Regierung fortsetzen werde. Für den DGB bleibe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der die Bundesregierung zu wenig Aufmerksamkeit widme, weiter „das Hauptproblem und die gewerkschaftspolitische Forderung Nummer eins". Es dürfe nicht auf die „Selbstheilung des Marktes" gewartet werden. Vielmehr müßten beschäftigungspolitische Initiativen, zum Beispiel durch Umweltschutzaktivitäten, innerhalb eines Beschäftigungsförderungsprogramms und Arbeitszeitverkürzungen gestartet werden, um einen Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosenzahlen zu leisten.

Ausdrücklich gewürdigt wurde von Fehrenbach, der beim DGB auch für den Bereich des Öffentlichen Dienstes zuständig ist, das am 6. Dezember vom Bundestag verabschiedete Gesetz über die Neuregelung der Nebentätigkeit von Beamten. Die verschärften Vorschriften, die unter anderem eine Reduzierung bezahlter Nebentätigkeiten vorsehen, könnten dazu beitragen, daß Beschäftigungslose Arbeit fänden.

Dagegen wandte er sich scharf gegen das Vorhaben der Bundesregierung, nach dem zum Abbau des Verwendungsstaus und zur Verbesserung der Personalstruktur in der Bundeswehr Berufsoffiziere vom 45. Lebensjahr an im Truppendienst nicht mehr voll verwendungsfähig sein sollen und ausscheiden können. Dieses Gesamtkonzept „paßt arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch in die Landschaft wie die Faust aufs Auge".

Weiter machte der stellvertretende DGB-Chef deutlich, daß seine Organisation nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegenüber den Grünen hat. Der DGB sei „im Grunde gar nicht daran interessiert", mit der Partei zu sprechen. Allerdings werde man „in absehbarer Zeit" mit der Bundestagsfraktion der Grünen zusammentreffen, die an den DGB mit einem entsprechenden Wunsch herangetreten sei. Dahinter stehe die Auffassung, daß deren Fraktion ein Teil des Bonner Parlaments sei. Auch wegen der Wahlergebnisse der Grünen könne sich der DGB nicht verweigern.



Endlich mit Erfolg

hg – Nun geht es also doch – nach jahrelangem Widerstand hat die deutsche Bauindustrie zwei ihrer Landesverbände in einen Musterprozeß gegen das Bundeskartellamt geschickt, um die Zulässigkeit von Angebotsmeldeverfahren gerichtlich klären zu lassen. Immer wieder hatte Behördenchef Kartte der Branche ein solches Prozedere nahegelegt – endlich mit Erfolg.

Solche Meldestellen, die dem Bieter bei einer Ausschreibung vor der Abgabe des Angebots die Namen seiner ebenfalls interessierten Konkurrenten mitteilen, waren 1976 vom Amt als „Vehikel für Preisabsprachen" untersagt worden. Seither führt die Branche bewegte Klage über die „mangelnde Transparenz des Baumarktes", Wurzel des als „desolate Lage am Bau" hinlänglich bekannten Übels. Nicht die Überkapazitäten in diesem Wirtschaftszweig sind schuld, sondern die Kartellbeamten.

Der Prozeß, der demnächst vor dem Kammergricht beginnen wird, basiert auf einer neuerlichen Untersagung durch das Amt, diesmal wegen Verstoßes gegen das Kartellverbot. In der Tat ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß ein Bauunternehmer, wenn er bei einer Ausschreibung die Namen seiner Mitbewerber kennt, deren Auftragslage zur Basis seiner Kalkulation macht. Im Unterbewußtsein ist dies auch der Bauindustrie geläufig, denn die unter ihrer Mitwirkung entstandene Verdingungsordnung *für Bauleistungen* schreibt vor, daß der Kreis der Bieter geheim zu sein hat. So kann durchaus alles beim alten bleiben, bis auf dies: Die Branche wird sich neue Klagen einfallen lassen müssen.

Zurückhaltung

Mk. – Es gehört zum Ritual, daß der Bauernverband klagt. Sicher, die Einkommenssituation der Landwirte hat sich verschlechtert und auch für die jetzige Periode steht kein großer Sprung nach vorn ins Haus, aber eine deutliche Verbesserung. Immerhin hat allein der Bund in einem Umfang zu Hilfsmaßnahmen gegriffen, der nicht erwartet werden konnte. Jetzt fordert der Verband höhere Preise für Marktordnungswaren. Das Schlagwort von der aktiven Preispolitik reizt die Gemüter. Und dieses kann gefährlich werden, selbst für den Zusammenhalt im Verband. Denn hier werden Erwartungen geweckt, die sich zumindest im nächsten Jahr kaum erfüllen lassen. Die Gemeinschaft hat kein Geld für höhere *Preise. Die Überschüsse und die gewaltigen* Vorräte stellen eine Belastung dar, deren Finanzierung für 1985 noch gar nicht gesichert ist. Und das bei den geltenden Preisen. Etwas mehr Zurückhaltung und Augenmaß des Verbandes wäre daher am Platz. Sonst kann es ihm so wie dem Zauberlehrling ergehen.

Weniger, aber teurer

Von HARALD POSNY

Jetzt kaufen sie wieder. Würde man dieses vorweihnachtliche Konsumurteil an vollen Parkhäusern, chaotischen Innenstadt-Verhältnissen und dem lebensgefährlichen Gedränge an Tischen und Regalen des Einzelhandels ausrichten, es wäre bestimmt nicht richtig. Eine hohe Frequenz in den Warenhäusern wurde bereits Ende November beklagt. „Beklagt", weil das Publikum überwiegend erst sondierte, abwägte, Preis und Qualität verglich.

Billigen Tinnef haben sich die Deutschen zu Weihnachten nie geschenkt. Nicht einmal in weniger rosigen Zeiten. Doch dann brach die mühsam von Sparsinn und Abwarten gezügelte Kaufwut durch, das Erstehen eines Gegenstandes um (fast) jeden Preis, das in den letzten Tagen vor dem Fest dann in Verlegenheits-Präsentchen, in panikartigen Käufen von Nichtigkeiten und allemal unpraktischen Scheußlichkeiten endet. Dennoch haben die Deutschen das Kaufen nicht verlernt.

An dieser Stelle soll nun keineswegs einer Miesmacherei zum Weihnachtsfest das Wort geredet werden. Aber in gewisser Weise hebt sich das Weihnachtsgeschäft 1984 – wenn auch in der Entwicklung über Jahre hinweg – vom Weihnachtsgeschäft früherer Jahre ab.

Im Kreislauf des Jahres war Ostern die Zeit für den neuen Anzug. Weihnachten wurde eine neue Stereo-Anlage oder ein Fernsehgerät gekauft. Heute sind dies Dinge, die man sich unabhängig von Fest und Jahreszeit kauft, wenn sie nötig sind. Daß Qualität und Preis zu Weihnachten stimmen müssen, steht außer Frage, wenn auch bei größeren Anschaffungen nicht auf einen Hunderter geschaut wird. Mehr und mehr wird vom Käufer nach dem Gebrauchsnutzen gefragt. Es zählen nicht mehr Funktionen, die man schon längst kennt; neue, ins Prestigedenken wirkende Aspekte kommen hinzu.

So ist in diesem Jahr der Elektronik-Boom zu erklären. Die „Kleinen" daheim begnügen sich schon nicht mehr mit dem für das Telespiel ausgerüsteten Computer, er muß mehrere Möglichkeiten für neue Aktivitäten in sich haben, vielleicht auch schon für Schule und Beruf. Und da diese Geräte ungleich teurer sind, nicht selten über 2000 Mark, wird insgesamt weniger, aber teurer, sicher auch Besseres an Gegenwert eingekauft. Im Warenhausbereich hat man das schon erkannt, ist auf die volle Kasse in dieser Abteilung und die leere nebenan nicht sauer. Diese gelassene Haltung mag natürlich der Fachhändler nebenan nicht teilen. Er fürchtet, am *günstigenfalls 19-Milliarden-Mark*-Kuchen des Weihnachtsgeschäfts 1984 nur bedingt beteiligt zu werden.

Vielleicht spürt man den Wandel bei den Wunsch- und Geschenkideen auch nur deshalb, weil der technische Wandel derzeit besonders stark ist. Video *ist fast nicht mehr „in"*, Compact Disc, Videobänder und Kassetten haben das Schallplattengeschäft stark geschwächt. Dafür tendieren die Jüngeren zu besonders hochwertigen Autoradios. Ähnliches ist im Fotobereich nicht zu übersehen: Super-8-Filmkameras und Projektoren wurden von Spiegelreflex-Kameras (als Zweitkamera) und Videokameras abgelöst.

Besonders rasant hat sich im Spielwarenbereich die Umkehr von Bedarf und Wünschen gezeigt: Computer, Tele- und Elektronikspiele, Taschenrechner, aber *immer stärker* – gleichsam als häusliches Kontrastprogramm – statt der früheren Puzzles zum Teil hochintelligente Denk- und Ratespiele. Neue Häuslichkeit dokumentiert sich in Neuauflagen von Omas Kochbüchern, neue Innerlichkeit kommt in der neuen Generation von Kuschelpuppen à la Krautkopf zum Vorschein. Die gute alte Puppe, wo ist sie geblieben? Besonders schöne alte Exemplare werden schon im Antikladen gehandelt.

Bei soviel Bedarfs-, Verlegenheits- und Trendorientierung, wo bleibt denn da der Prestigegedanke? Er ist weitgehend abhanden gekommen, und die Händler wissen nicht so recht, wie sie das beurteilen sollen. An seine Stelle ist jedoch der Markengedanke, lange totgesagt, neu getreten: die (besondere) Marke als neues Symbol für Qualität, Design und Mode. Nach Marken werden vor allem Kameras, Computer und Video gekauft. Dabei fällt die Kaufentscheidung heute schon zu 80 Prozent zu Hause, ein Zeichen dafür, wie stark man sich in den eigenen vier Wänden mit Produkt und Marke vertraut gemacht hat und dann als „Wissender" die Funktion des beratenden Handels unterläuft.

ELEKTROHANDWERK / Markt übersättigt – Sorgen über schwache Baukonjunktur

Die Betriebe haben sich auf ein „schweres Jahr" 1985 eingestellt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Das deutsche Elektrohandwerk hat sich auf ein „schweres Jahr" 1985 eingestellt. AnLaß zur Sorge gibt vor allem der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen (im September 1984 um 25 Prozent), der den Zentralverband der Deutschen Elektrohandwerke (ZVEH) eine „stark rezessive Entwicklung" befürchten läßt. Auch im Bereich der öffentlichen Hände rechnet Geschäftsführer Heinz-Werner Schult mit einem Umsatzrückgang um etwa zehn Prozent.

Auch das für viele Elektrohandwerksbetriebe wichtige Handelsgeschäft mit elektrotechnischen Produkten *verspricht wenig Entlastung*. Das gilt speziell für den Zweig der Rundfunk- und Fernsehgerätetechniker, in dem das Materialgeschäft 80 Prozent Umsatzanteil erreicht: „Zweistellige Umsatzsteigerungen, etwa beim Videorecorder, dürften hier endgültig der Vergangenheit angehören", meint Schult.

Größere Hoffnungen für weite Teile der Branche bietet nur noch das Geschäft mit den gewerblichen Kunden. Die stärkere Investitionsneigung, aber auch die allmähliche Umstellung auf neue Techniken – zum Beispiel die digitale Steuerung auch der Starkstrom-Schalttechnik – verheißen hier noch ein gewisses Umsatzpotential. So verspricht der gewerbliche Bereich auch den Ausweg aus einer anderen Klemme: „Ernsthafte Elektroinstallationsfirmen konzentrieren sich zunehmend auf den *Gewerbebau, weil im privaten* Ein- und Zweifamilienhausbau keine müde Mark mehr zu verdienen ist", stellt Schult fest.

Für diese Misere sieht der ZVEH-Geschäftsführer zwei Gründe:

- Der „graue Markt" ist besonders im Elektrohandwerk sehr ausgeprägt. Zunehmend gebe es auch angestellte Meister und Gesellen – nicht selten aus öffentlichen Betrieben wie Post, Bahn oder Bundeswehr –, die am Wochenende den eigenen, häufig sogar angemeldeten Ein-Mann-Betrieb laufen ließen.
- Gerade in beschäftigungsarmen *Zeiten*, die auch jungen *Meistern* nicht immer adäquate Anstellungsmöglichkeiten böten, bestehe eine besondere Neigung zur „Flucht in die Selbständigkeit". Mangelhafte kaufmännische Kenntnisse führten dazu, daß jeder zweite Jungunternehmer schon nach zwei Jahren wieder aufgebe: „Die meisten stolpern über die erste Steuernachforderung."

Gleichwohl sei der Markt mit 41 600 Betrieben eindeutig übersättigt. Und die Preisstrategien sowohl der „grauen" Anbieter als auch der Einsteiger hätten zu einem Preisverfall *geführt*, der in *einzelnen Regionen* ruinöse Ausmaße erreicht habe. So liege die Rendite der Handwerksunternehmen derzeit bei kümmerlichen zwei bis höchstens fünf Prozent vom Umsatz vor Steuern: „Die Masse der Betriebe lebt augenblicklich von der Substanz." Gleichwohl ist die Zahl der Beschäftigten im Elektrohandwerk 1984 nach zwei Jahren des Rückgangs erstmals wieder leicht – um 0,7 Prozent auf 235 600 (233 900) Mitarbeiter – gestiegen. Schult führt dieses Jahresend-Ergebnis auf einen Kurzfrist-„Boom" im dritten Quartal zurück, in dem die Branchenumsätze um runde zehn Prozent über dem Vorjahresniveau lagen. Dieser Boom folgte mit dem üblichen zeitlichen Abstand einem Zwischenhoch im Baugewerbe im Frühjahr 1984.

Nur dieser Herbstspitze ist es auch zu verdanken, daß der Handwerkszweig im Gesamtjahr noch einmal *recht glimpflich davongekommen ist.* Nominal stiegen seine Umsätze sogar um 1,5 Prozent auf 20,46 (20,17) Milliarden Mark. Preisbereinigt ergab sich indessen ein Rückgang um ein Prozent. Die Aussicht auf Besserung ist gering: „Nur mit äußerster Anstrengung werden wir 1985 zu ähnlichen Ergebnissen kommen können", prophezeit Schult.

Enttäuscht wurden bislang auch die Hoffnungen auf Impulse von den neuen Medien. Das Bildschirmtext-Geschäft scheine „sich in der allgemeinen Akzeptanz bei weitem nicht *so zu entwickeln wie erhofft*". Und auch beim Kabelfernsehen, das den Elektrobetrieben den Ersatz fürs Antennengeschäft bringen sollte, läuft offenbar nicht alles nach Wunsch.

AUF EIN WORT

„1985 kann wieder zur Wende in der Lohnstückkostenentwicklung werden. Nämlich dann, wenn die mit der Arbeitszeitverkürzung einhergehenden Lohnerhöhungen in Höhe von 5,9 Prozent nicht wenigstens teilweise durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeit aufgefangen werden können."

Dr. Wolf Hartmut Prellwitz, Vorsitzender des Vorstandes Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AK, Karlsruhe
FOTO: JUPP DARCHINGER

Werkzeugindustrie im Aufwärtstrend

VWD, Remscheid

Einen „anhaltenden Aufwärtstrend nach drei schwächeren Jahren" meldet die deutsche Werkzeugindustrie. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sei der Absatz um 6,5 Prozent gestiegen, berichtete der Fachverband Werkzeugindustrie (FWI) in Remscheid. Rund 90 Prozent der Firmen rechneten damit, daß die Situation auch in den nächsten drei Monaten „günstig bis befriedigend" bleibe. Etwa 80 Prozent erwarteten ein Anhalten der derzeigen Absatzlage. Die Aufträge aus dem Ausland lagen Ende September um 13,2 Prozent und die aus dem Inland um 8,2 Prozent über den Vorjahreszahlen.

BUNDESVERSCHULDUNG

Zinsen vom Staat übertreffen die Netto-Kreditaufnahme

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Bund, der den Kapitalmarkt zur Finanzierung des Haushalts 1984 mit brutto knapp 75 Mrd. DM in Anspruch genommen hat, wird 1985 mit einem Bruttokreditbedarf von 70,7 Mrd. DM auskommen. Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bundesfinanzministerium rechnet mit einem Rückgang der Nettokreditaufnahme des Bundes von etwa unter 30 Mrd. – der Haushaltsausschuß-Berichterstatter Dietrich Austermann erwartet etwa 28 Mrd. DM – auf 25 Mrd. DM, und mit einem leichten Anstieg der Anschlußfinanzierung für Tilgungen von *45,2 Mrd. DM in diesem Jahr*, worin schon 1,7 Mrd. DM Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe enthalten ist, auf 45,7 Mrd. DM.

Für die Jahre 1986 und 1987 zeichnet sich allerdings ein Anstieg der Bruttoneuverschuldung auf jeweils 87 Mrd. DM ab, die 1988 wieder in *Richtung auf 70 Mrd. DM zurückgeht.* Darin spiegelt sich das erhebliche Gewicht der jeweils rund 62 Mrd. DM Tilgungen 1986 und 1987, eine Hypothek aus der kurzfristigen Finanzierung der Bundesschulden 1981/82.

Die staatliche Kreditaufnahme *werde jedoch*, wie Tietmeyer sagte, keine Belastung für den Kapitalmarkt sein, da gezahlten Zinsen 1985 bereits um 15 Mrd. DM höher seien als die gleichzeitige Nettokreditaufnahme; in diesem Jahr sind die Zinszahlungen bereits um drei Mrd. DM höher und nach 1985 steigt dieses *Plus auf über 30 Mrd. DM.* Für den Bundeshaushalt seien die Zinsen, die von 28,3 Mrd. DM (11,1 Prozent der Gesamtausgaben) im nächsten Jahr auf 29,5 Mrd. DM bis 1988 auf mehr als 37 Mrd. DM (13 Prozent) steigen, allerdings eine erhebliche Belastung.

LANDWIRTSCHAFT

Heereman erwartet kaum Einkommensverbesserung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Düsterer als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle schätzt der Bauernverband die aktuelle Einkommensentwicklung auf dem Lande ein. Der Verband geht, wie sein Präsident Constantin Freiherr Heereman gestern in Bonn erklärte, davon aus, daß sich die Einkommen trotz des nationalen Ausgleichsprogramms, das sich alles in allem auf mehr als drei Milliarden Mark im Jahr summiert, im laufenden Wirtschaftsjahr stabilisieren oder „vielleicht um ei*nige Prozent" steigern könnten.* Dagegen sagt Kiechle für die am 30. Juni endende Periode „spürbare Einkommensverbesserungen" voraus.

Nach den Berechnungen des Bauernverbandes ist der Gewinn je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 um 14 Prozent auf 22 400 gesunken. Tendenziell deckt sich dies mit der Vorausschätzung Kiechles, der von einem Rückgang um 22 Prozent gesprochen hatte. Allerdings liegen die Einkommensangaben des Ministeriums im Niveau höher als die des Verbandes. Der Abstand zum gewerblichen Vergleichslohn beträgt nach Angaben des Verbandes 12 000 Mark. Er fordert daher die Einführung steuerfreier Rücklagen und vor allem eine „aktive Preispolitik", also höhere Marktordnungspreise in der EG im Frühjahr. Notwendig seien auch Korrekturen in der Milchpolitik, so die Abschaffung der Mitverantwortungsabgabe. „Wir brauchen eine Politik, die wieder berechenbar ist und die auch den Bauern wieder etwas mehr Zuversicht vermittelt", sagte Heereman. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat in einem Interview angesichts der Haushaltslage der Gemeinschaft auf die Grenzen der Preispolitik hingewiesen.

EG-STAHLINDUSTRIE

Subventionen müssen zum Jahresende eingestellt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat sich mit ihren Plänen für eine Änderung des Beihilfenkodex in der europäischen *Stahlindustrie vorerst nicht durchsetzen* können. Die Folge ist, daß die Mitgliedstaaten gehalten sind, Subventionen für den laufenden Betrieb von Unternehmen – wie vorgesehen – am Jahresende einzustellen.

Auch in der letzten Sitzung vor Ablauf dieser Frist trafen im Ministerrat *die Meinungen* wieder hart *aufeinander*. Eine Verlängerung des Auszahlungszeitraums für die bereits im September 1983 bedingt genehmigten Beträge scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs und Italiens.

Beide Länder sind mit der Umstrukturierung ihrer Stahlindustrie noch im Rückstand. Die Kommission will ihnen daher nicht nur die Möglichkeit einräumen, Betriebsbeihilfen zu strecken, sondern darüber hinaus auch zugestehen, nachträglich zusätzliche Investitionsbeihilfen zu beantragen. Hinter diesem Vorschlag steht die Besorgnis, daß ohne ein derartiges Entgegenkommen der gesamte Zeitplan für den Abbau der Subventionen gefährdet wäre. Nach dem EG-Kodex müssen die letzten Beihilfen Ende 1985 auslaufen.

Während Bonn (mit Rücksicht auf den Finanzbedarf von Arbed-Saar*stahl) die Fristverlängerung für die* Betriebsbeihilfen eher begrüßt, stellte sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in der Frage der Aufstockung des zulässigen Beihilfevolumens ganz hinter die Forderungen der deutschen Stahlindustrie. Frankreich und Italien verknüpften jedoch beide Entscheidungen. So fand sich für die Fristverlängerung nicht die geforderte Einstimmigkeit.

Nach Meinung der Bundesregierung kann eine Aufstockung der Subventionsbeträge nur für den Fall in Betracht kommen, daß sich die betroffenen Unternehmen zu weitergehenden Kapazitätsstillegungen bereit erklären oder den weniger stark subventionierten Betrieben zusätzliche Produktionsquoten eingeräumt werden. Dieser Bedingung widersprach auch der sonst durchaus marktwirtschaftlich orientierte Brüsseler Wettbewerbskommissar Frans Andriessen. Für ihn ist allein ausschlaggebend, *daß* durch etwaige zusätzliche Beihilfen die industrielle Effizienz und finanzielle Lebensfähigkeit der Unternehmen bis Ende 1985 gewährleistet wird.

Im Rat fand Bangemann die Unterstützung Hollands, Dänemarks und Griechenlands, während sich die Belgier und Luxemburger, die ebenfalls zusätzliche Beihilfen wünschen, auf die andere Seite schlugen. Unwidersprochen konnte der irische Präsident dagegen feststellen, daß kein Antrag auf Verlängerung des endgültigen Termins für den Abbau der Bei*hilfen gestellt wurde.* Bangemann hält dieses Einvernehmen für das wichtigste Ergebnis der Ratssitzung. Nach seiner Meinung hat sich Bonn in Brüssel bislang voll durchgesetzt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA verlassen Gatt-Milchabkommen

Washington/Genf (AFP/dpa/VWD) – Der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block hat in Washington offiziell den Austritt der USA aus dem Milchwirtschaftsabkommen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) angekündigt. Die USA nehmen Anstoß an den stark subventionierten Butterverkäufen der EG. Block versicherte, diese Entscheidung bedeute keinen Handelskrieg gegen die anderen Erzeugerländer. Sie sei die logische Anwendung des Wirtschaftsdenkens der Reagan-Regierung, die sich von der Rückkehr zum freien Markt mehr verspricht als von einer *Preisreglementierung*.

Wieder Silvesteranleihe

Frankfurt (cd.) – Der Bund plant wieder eine Silvesteranleihe, die ein Volumen von mindestens zwei Mrd. DM haben wird. Die Konditionen werden am kommenden Montag festgelegt. An längere Laufzeiten als zehn Jahre ist im Bundesfinanzministerium nach Auskunft von Staatssekretär Tietmeyer bisher nicht gedacht worden.

Meldeverfahren untersagt

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt, Berlin, hat der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie, Düsseldorf, und dem Verband industrieller Bauunternehmungen Mittelrhein, Koblenz, die für Anfang 1985 geplante Einführung eines Angebotsmeldeverfahrens untersagt. Das geplante Verfahren sah nach Angaben des Kartellamts vor, daß Bauunternehmen bei einer Ausschreibung dem Verband ihr Interesse mitteilen und noch vor ihrer Angebotsabgabe vom Verband die Namen der an der Ausschreibung interessierten Wettbewerber erhalten.

Post investiert mehr

Bonn (dpa) – Die Bundespost erwartet auch für 1985 einen Milliarden-Gewinn. Wie das Postministerium gestern mitteilte, steigert die Post deshalb im nächsten Jahr ihr Investitionsvolumen nochmals um *1,9 Mrd.* DM oder 13,2 Prozent auf 16,7 Mrd. DM. Der am Montag beschlossene Haushaltsvoranschlag der Bundespost für 1985 sieht mit einem Gesamtvolumen von 70,8 Mrd. DM eine Steigerung gegenüber 1984 um sechs Prozent vor. Sein Umfang beträgt damit mehr als ein Viertel des Bundeshaushalts.

Keine Einwände

Washington (AFP) – Die USA haben ihre Einwände gegen den Wiedereintritt Polens in den *Internationalen* Währungsfonds (IWF) aufgegeben und die Warschauer Regierung offiziell davon unterrichtet, wie der Sprecher des Außenministeriums, Alan Romberg, in Washington mitteilte. Die Entscheidung wurde nach Angaben des Sprechers auf Grund der Freilassung politischer Häftlinge in Polen getroffen. Damit hat Washington eine der wichtigen Sanktionen aufgehoben, die es im Dezember 1981 nach der Ausrufung des Kriegsrechts und des Verbots der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" gegen Warschau verhängt hatte.

Marktmiete gefordert

Bonn (VWD) – Die Aufgabe des starren Kostenmieten-Prinzips zu Gunsten der Marktmiete hat der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, gefordert. Es sei dringend erforderlich, die durch „Unternehmensmieten" oder „Wohnwertmieten" drohende Marktspaltung zu verhindern. Für alle Mietwohnungen sollte künftig die Marktmiete als einheitlicher Mietbegriff gelten. Gäbe man die Mietpreise heute frei, würde sich nach Überzeugung Pauls schnell zeigen, daß manche der jetzt noch geforderten und gezahlten Mieten nicht mehr erzielbar seien, daß die Sozialmieten sinken und andere Mieten steigen würden.

Prime-Rate gesenkt

New York (dpa/VWD) – Die US-Großbank Manufacturers Hanover Trust hat ihre Prime-Rate von 11,25 auf 10,75 Prozent gesenkt. In den USA steht nach Ansicht von New Yorker Geldmarktexperten eine allgemeine Senkung dieses Zinssatzes für Kredite an erste Adressen bevor.

US-AGRARPOLITIK / Abbau der Einkommenshilfe

Stärker marktorientiert

H.-A. SIEBERT, Washington

Wenn der Kongreß mitzieht, wird sich Amerikas Agrarpolitik schon bald noch stärker von der europäischen unterscheiden. Wie Landwirtschaftsminister John Block in einem Gespräch mit ausländischen Journalisten erklärte, plant die Reagan-Administration eine völlige Abkehr von der nun 50 Jahre alten Unterstützungspraxis, die während der Großen Depression eingeführt worden ist. „Unsere Farmer sollen das Geld vom Markt und nicht von der Regierung erhalten", sagte er. Der gesamte Sektor werde auf eine wirtschaftlich gesunde Basis gestellt.

Erreichen will die Administration dieses kühne Ziel durch Programme, die marktorientierter sind. Darunter versteht sie laut Block den Verzicht auf Anbaubeschränkungen, die in den vergangenen Jahren Unsummen verschlungen haben, sowie auf Preisstützungen. Gekappt werden außerdem die Subventionen für eine lange Reihe von Agrarerzeugnissen, darunter auch so politisierte Produkte wie Reis und Tabak. In Kauf genommen werden höhere Preise als Folge stark zurückgeschraubter Interventionen.

Der Legislative wird Präsident Reagan die „neue Philosophie" mit seinem Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1986 unterbreiten, der Anfang Februar fällig ist. Folgt man Block, dann soll die Einkommenshilfe für die amerikanischen Farmer, die im laufenden Budgetjahr rund 14 Mrd. Dollar (etwa 43 Mrd. Mark) ausmacht, in vier Jahren auf vier Mrd. Dollar sinken. Das wären jährlich 2,5 Mrd. Dollar – ein Betrag, der auf dem Kapitol nur schwer durchzusetzen ist, und zwar trotz der riesigen Defizite. Für Block waren die Anbaubeschränkungen auch deshalb ein großer Fehler, weil die USA dadurch Märkte an die ausländische Konkurrenz verloren haben.

Nach Angaben des Ministers haben die amerikanischen Farmer die Talsohle im Export durchschritten. Im Finanzjahr 1984, das am 30. September endete, schlugen die Ausfuhren mit 38 (1983: 34) Mrd. Dollar zu Buch. Im Handelsjahr 1984/85 steigen die Getreideausfuhren von 95 auf 103 Mill. Tonnen. Als hilfreich erweisen sich wieder die Russenkäufe, die mit elf bis 15 (1983/84: 14) Mill. Tonnen kalkuliert sind. Trotz der Trockenheit sind die übernommenen Lagerbestände immer noch hoch. Bei Weizen machen sie 36,1 (Vorjahr: 41,2), bei Mais 18,3 (79,3) und bei Sojabohnen 4,8 (9,4) Mill. Tonnen aus.

Block bestätigte, daß sich die USA aus dem Molkerei-Abkommen mit der EG, Neuseeland und Australien zurückziehen werden. Das bedeute aber keinen Handelskrieg. In Amerika seien die Butterberge erheblich geschrumpft, Sorgen bereite nur die nicht absetzbare Trockenmagermilch. Der Minister sprach sich gegen Agrarexport-Subventionen aus, „die nur Geld kosten und nicht funktionieren".

OPEC / In Genf beraten die Öl-Förderländer über Maßnahmen gegen den Preisverfall

Eine Konferenz mit viel Zündstoff

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) wird auf der heute in Genf beginnenden Opec-Konferenz versuchen, einen neuen Konsensus zu finden, um den fortschreitenden Verfall der Ölpreise aufzuhalten.

Für leichte Erdöle sind die Preise zur Zeit sehr schwach: „Arabien Light" wurde in den letzten Tagen auf dem Spotmarkt für 26,95 Dollar verkauft, statt dem vorgeschriebenen Richtpreis von 29 Dollar je Faß; „Bonny Light" sollte 28,02 Dollar erbringen, dafür wurden jedoch nur 27 Dollar gelöst. Einzig bei schweren Ölen ist die Situation besser. Auf dem Spotmarkt erlöste zum Beispiel „Bonny Medium" 27,65 Dollar, während der offizielle Preis bei 27,02 Dollar liegt. Gemäß Vorhersagen internationaler Erdölunternehmen geht der Erdölpreisverfall weltweit voran.

Daran sind die 13 Opec-Länder sowie die beiden Konferenzbeobachter Mexiko und Ägypten nicht unschuldig. Außer Saudi-Arabien, Kuwait sowie Iran und Irak, haben alle anderen die Beschlüsse der Opec-Sonderkonferenz von Ende Oktober in den Wind geschlagen. Weder die vereinbarten Produktionsquoten noch die Preise werden respektiert. Zur Zeit produziert die Opec rund 16,7 Mill. Faß pro Tag, statt des vereinbarten Produktionsschnitts von 16 Mill. Barrel.

Dazu kommt, daß große Erdölgesellschaften Lager aufgelöst haben und wegen des milden Winters bis jetzt weniger Öl verbraucht worden ist, als nach der Opec-Hochrechnung von Ende Oktober. Um überhaupt verkaufen zu können, setzt auch die Opec sehr viel Öl auf dem Spotmarkt zu Tiefpreisen ab.

Das große Problem der Opec ist die noch nicht klar definierte Preispolitik von Norwegen und England. Ab Februar oder März 1985 wird beim Nordseeöl nicht mehr mit dem offiziellen Preis gearbeitet, sondern auf Spotmarkt-Basis. Doch wenn sich das Nordseeöl am Durchschnittspreis des Spotmarkts orientiert und diesen als „offiziellen" Preis für den kommenden Monat erklären sollte, müßte auch Nigeria nachziehen und anschließend Libyen und Algerien.

Als Gegenmaßnahme wird hinter verschlossenen Opec-Türen eine Formel diskutiert, wonach übergangsweise auch die Opec auf der Spotmarktpreis-Basis arbeiten.

Als ersten Schritt, die Preise nach außen so lange wie möglich zu halten, wird die Opec versuchen, die abtrünnigen Mitglieder auf Produktions- und Preisdisziplin zu verpflichten.

Zudem wird das auf der Sonderkonferenz gegründete ministerielle Komitee für Preisunterschiede (Differentials), den Mitgliedern seinen Vorschlag zur Diskussion unterbreiten. Danach soll der Opec-Preis für Rohöl „Extra Light" um rund 25 Cents je Faß fallen und die Qualität „Arabien Heavy" um etwa 50 Cents angehoben werden, während für „Arabien Light" am Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel festgehalten werden soll. Die Komiteemitglieder Saudi-Arabien und Libyen haben sich auf diese „Zauberformel" geeinigt, während der Dritte im Bund, die Vereinigten Arabischen Emirate, für „Light" und extra Light" eine größere Preisanpassung fordert. Darin liegt erheblicher Zündstoff.

GROSSBRITANNIEN / Zu Weihnachten Rekordumsätze

Kaufhäuser öffnen sonntags

WILHELM FURLER, London

Die große Mehrheit der britischen Einzelhändler rechnet mit einem glänzenden Weihnachtsgeschäft. „Es wird sogar noch besser als das Rekord-Geschäft zu Weihnachten letzten Jahres", erklärte der Sprecher einer großen Ladenkette für Elektro-Haushaltsgeräte, Rumbelows.

Renner im diesjährigen Weihnachtsgeschäft sind insbesondere Video-Recorder, Heim-Computer und, zur allgemeinen Überraschung, Mikrowellen-Herde. Jüngsten Erhebungen zufolge sind im November rund 120 000 dieser hochtechnologischen Küchengeräte verkauft worden, während es im Sommer im Monatsdurchschnitt gerade 50 000 waren. Im Dezember, so erwartet der Fachhandel, dürften in Großbritannien mehr als 150 000 Mikrowellen-Herde verkauft werden.

Nach Ansicht führender Verkäufer dieser Spezial-Herde lassen sich Hausfrauen und Familienväter nicht mehr vom Technologie-Image abschrecken. Am besten laufen japanische Mikrowellen-Herde. Heim- oder Mikro-Computer werden mit Blick auf Weihnachten so gut verkauft, daß in einigen Geschäften bestimmte Marken ausverkauft sind. Dies gilt vor allem für Heim-Computer von Sinclair und Commodore. Wie es aussieht, liegen Sinclair-Mikro-Computer in Großbritannien der Verkaufszahl nach an erster Stelle. Insgesamt dürften mindestens 150 000 Heim-Computer im direkten Weihnachtsgeschäft verkauft worden sein.

Nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie hat das überdurchschnittlich gute Vor-Weihnachtsgeschäft bereits im November zu Rekord-Einzelhandelsverkäufen geführt. So stiegen die Verkäufe volumenmäßig um 1,7 Prozent und lagen damit um vier Prozent über dem Niveau von November 1983 – damals ebenfalls ein Rekord-Monat. Das glänzende Vor-Weihnachtsgeschäft überrascht insofern, als mit einer Beeinträchtigung sowohl durch den anhaltenden Kohle-Streik als auch durch das bislang ausgesprochen milde Wetter gerechnet wurde, das den Verkauf von Winter-Bekleidung beeinträchtigt.

Der Nachfrage-Sog vor Weihnachten hat inzwischen einige große Kaufhaus-Ketten veranlaßt, ihre Häuser auch an Sonntagen zu öffnen, obwohl dies gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt. Doch die Überwachung dieser Vorschriften ist Aufgabe der Kommunal-Behörden, die sehr häufig ein Auge zudrücken und nur dann reagieren, wenn offizielle Beschwerden etwa von kleinen Einzelhandelsgeschäften eingehen, denen der Sonntags-Handel gestattet ist und die Verdrängungs-Wettbewerb befürchten. Im übrigen liegt die Höchststrafe für ein Vergehen gegen das Sonntag-Geschäftsverbot bei lediglich 3700 Mark. Was ist das schon, gemessen an einem Haus voller kauflustiger Weihnachtseinkäufer?

SCHWÄBISCHE HÜTTENWERKE / Mehr Aufträge

Weiter auf Wachstumskurs

MANFRED FUCHS, Aalen

Die Schwäbische Hüttenwerke GmbH (SHW), Aalen-Wasseralfingen, profitiert von der guten Konjunktur der Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Papiermaschinenindustrie. Aufgrund eines hohen Auftragseingangs wird das je zur Hälfte der Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, und dem Land Baden-Württemberg gehörende Unternehmen im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) die Umsatzmarke von 300 Mill. DM deutlich überschreiten und erneut ein verbessertes Ergebnis vorweisen.

Wie SHW-Geschäftsführer Jürgen Harnisch erkärte, stieg der Auftragseingang in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres 1984/85 um 47 Prozent auf 155,6 Mill. DM. Dabei erhöhten sich die Ordereingänge aus dem Inland um 33 Prozent und aus dem Ausland sogar um 100 Prozent. Der Auftragsbestand stieg um 59 Prozent auf 132 Mill. DM. Damit ist das Unternehmen bis weit in das Jahr 1985 hinein beschäftigt. Nachdem die Mitarbeiterzahl in den fünf SHW-Werken 1983/84 nochmals um sieben Prozent auf 1892 Mitarbeiter reduziert wurde, wird jetzt der Personalbestand wieder aufgebaut.

Im Geschäftsjahr 1983/84 wuchs der Auftragseingang um 9,9 Prozent auf 302,0 Mill. DM, der Nettoumsatz arbeitskampfbedingt aber nur um 1,2 Prozent auf 272,7 Mill. DM. Aufgrund guter Auslastung und Kostensenkungsmaßnahmen wurde 1983/84 ein um 50 Prozent verbessertes Betriebsergebnis erzielt. Nach Reservebildung und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und betrieblicher Altersversorgung wird ein Bilanzgewinn von 4,6 (2,7) Mill. DM ausgewiesen. Daraus werden erstmals seit zwölf Jahren acht Prozent Dividende auf 20 Mill. DM Stammkapital verteilt und zwei Mill. DM der freien Rücklage zugeführt.

Im laufenden Geschäftsjahr sollen rund 16 Mill. DM in Sachanlagen investiert werden nach einem Investitionsvolumen von 7,5 Mill. DM plus 3,9 Mill. DM per Leasing im Vorjahr. Investititonsschwerpunkt ist unter anderem ein Bearbeitungszentrum für Hartgußwalzen im Wert von mehreren Mill. DM im Werk Königsbronn. Dieser Produktionsbereich von SHW profitiert vom derzeitigen weltweiten Papiermaschinen-Boom und hat zur Zeit bis zu zwölf Jahre Lieferzeit. Ständig steigende Umsätze verzeichnet auch die Produktion von Schmierölpumpen, die jetzt fast alle europäischen Autohersteller verwenden, sowie die Herstellung von Bremsscheiben und von Sinter- und Schmiedeformteilen für die Autoindustrie.

Maximilian Hackl wird 60 Jahre alt



Wer ihn als Chef oder Boß der Bayerischen Vereinsbank AG, München, bezeichnet, holt sich eine Abfuhr. Auch der Vorstandssprecher ist für Maximilian Hackl, der am Donnerstag seinen 60. Geburtstag feiert, nur ein Primus inter pares. Im Gesamtvorstand sieht er Gremium von Gleichberechtigten, in dem über Probleme diskutiert wird, bis eine einstimmige Lösung gefunden wird.

Mit diesem Führungsprinzip baute die Bayerische Vereinsbank ihre Präsenz in der Bundesrepublik beachtlich aus. Das Auslandsnetz erhielt wichtige Ergänzungen. Ohne dabei der Hektik den Vorzug vor stetigem Wachstum zu geben, gelang es Hackl, seit seinem Amtsantritt im Frühjahr 1976, das Institut in der Spitzengruppe der deutschen Banken zu etablieren. Dank wohlüberlegter und bedachter geschäftspolitischer Zielsetzungen erzielt die Bank auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren immer gute Ergebnisse.

Die Kenntnisse und Erfahrungen des studierten Juristen geben seinem Wort heute weit über das eigene Unternehmen hinaus Gewicht. Als entschiedener Verfechter der Marktwirtschaft und einer stabilen Währung hat er sich im gesamten Wirtschaftsleben hohe Achtung erworben. (sz.)

BORSIG / Neue Fabrik in Berlin geplant

Hohe Investitionen

tb. Berlin

Rund 50 Mill. DM will die Borsig GmbH in den nächsten beiden Jahren in Berlin investieren. Das teilte der Vorsitzende der Geschäftsführung Heinrich Berger vor Journalisten in Berlin mit. Borsig setzt dabei auf die Zukunft und will eine Fabrik errichten, die auch im Jahr 2000 noch Gewinne macht. Mit dem Bau möchte man bereits im Frühjahr nächsten Jahres beginnen und bis Ende 1986 alles unter Dach und Fach haben. Seit 1980 hat diese Tochter der Deutschen Babcock AG in Berlin durchschnittlich 17,6 Mill. DM investiert.

Mit dem Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) ist die Geschäftsleitung zufrieden, obwohl „uns der Wind ins Gesicht geblasen hat". Das Jahresergebnis fiel mit 5,2 Mill. DM wiederum höher aus als im Vorjahr mit 3,5 Mill. DM, und für das laufende Jahr wird eine weitere Verbesserung angepeilt. Die Rationalisierungsmaßnahmen beginnen zu greifen; so sind die Einzelkosten 1983/84 um 20,8 Prozent zurückgegangen.

Im laufenden Jahr rechnet Berger mit einem Auftragseingang etwa auf der Höhe des Vorjahres von 312 Mill. DM, da es im Kraftwerksbau im Inland nur ein und im Ausland kaum konkrete Projekte gebe. Auch in den Bereichen Chemie und Petrochemie sei nicht mit einem Investitionsstoß zu rechnen. Der Umsatz wird nach Bergers Ansicht etwas steigen, nachdem der 1983/84 um fast 18 Prozent auf 327 Mill. DM zurückgegangen war.

In den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres nahm der Umsatz um 15 Prozent zu, wobei im Auslandsgeschäft ein Plus von zwölf Prozent erzielt wurde. Der Auftragseingang war insgesamt rückläufig, doch wurden vom Ausland zehn Prozent mehr bestellt. Mitte Dezember hatte Borsig nach diesen Angaben einen Aufragsbestand von 576 Mill. – davon stammten 361,1 Mill. DM von ausländischen Kunden.

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich von 2291 auf 2108 verringert und wird durch den Bau der neuen Fabrik noch etwas zurückgehen. Dabei will man aber die Fluktuation ausnutzen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Reinhold Moosmann, Fleischermeister; **Brühl:** Meul GmbH, Hürth; **Delmenhorst:** Nachl. d. Heinrich Meyer, Ganderkesee; Nachl. d. Christa Meyer geb. Dannemann, Ganderkesee; **Düren:** Tip Top Verglasung GmbH, Jülich; **Euskirchen:** b.d.-plan Bert Düsterhus Bauplanungsges. mbH, Mekkenheim; Paul Bungarten Bauunternehmung GmbH & Co. KG; **Heilbronn (Neckar):** Energie-Technik Staiger GmbH; **Herford:** Nachl. d. Günther Schiermeyer, Bad Oeynhausen; **Hochheim:** dino-computer-systeme GmbH, Hochheim (Main); **Mönchengladbach:** EBS-Bausatzhaus GmbH; ALL-BAU Bauunternehmung GmbH & Co. KG; **Regensburg:** Saaler Bau Ges. mbH & Co. Hochbau KG, Saal/Donau; **Remscheid:** ANKA Wohnbau GmbH, Solingen-Gräfrath; **Stolzenau:** Dieter Hoffmann GmbH, Steyerberg; **Trier:** Rendenbach GmbH; **Tübingen:** E. Gehring GmbH u. Co., Bodelshausen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Albert Ziegel in Konkurs

Hannover (dos) – Die Albert Ziegelwerke GmbH & Co. Wellie, hat beim Amtsgericht Stolzenau Konkurs beantragt. Betroffen davon ist nach den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters, Uwe Troje, das Verblender- und Klinkerwerk, nicht aber das rechtlich selbständige Dachziegelwerk in Algermissen, das voll ausgelastet ist und für 1984 einen Umsatz von 13 Mill. DM erwartet. Das Verblenderwerk beschäftigte 75 Mitarbeiter; der Umsatz lag 1983 bei 12 Mill. DM. Derzeit würden Verhandlungen mit Interessenten geführt. Troje rechnet damit, daß bereits Anfang 1985 die Fertigung in Wellie wieder aufgenommen wird.

Kapitalerhöhung

Essen (dpa/VWD) – Die Veba Oel AG, Gelsenkirchen, hat das Grundkapital ihrer Essener Mineralölvertriebs- und Handelstochter Raab Karcher AG zum 23. Oktober um 20 Mill. auf 140 Mill. DM aufgestockt. Ferner ist die Beteiligung von Raab Karcher an der Kohlenhandelsgesellschaft Hansen Neuerburg im Inland auf 75 Prozent erhöht worden. In England wurde die im Mineralölbereich tätige Hudson-Gruppe erworben. Der Verlauf des Geschäftsjahres 1984 wird bei Raab Karcher als befriedigend bezeichnet. Der Jahresumsatz wird 10 Mrd. DM deutlich überschreiten.

Minus bei Landmaschinen

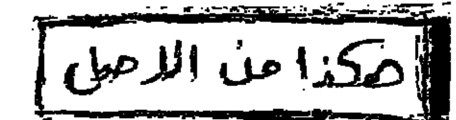
Oelde (hdt.) – Schwache Investitionsbereitschaft der Landwirtschaft wird als Ursache für Umsatzrückgänge bei der Westfalia Separator AG, Oelde, genannt. Das Unternehmen (Umsatz 1983: 416 Mill. DM) verzeichnete in den ersten zehn Monaten 1984 im Sektor Landmaschinen ein Minus von rund 25 Prozent. Das Umsatzplus von 3,7 Prozent im Bereich Zentrifugen konnte nicht für den erforderlichen Ausgleich sorgen. Trotzdem ist die Ausschüttung „einer angemessenen Dividende" (1983: 6 Prozent) vorgesehen.

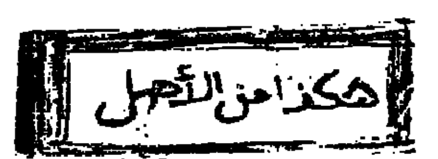
Claas beteiligt Mitarbeiter

Harsewinkel (hdt.) – Die Claas oHG, Harsewinkel, größter Erntemaschinenhersteller Europas, bietet ihren inländischen Mitarbeitern eine Kapitalbeteiligung auf der Basis des Vermögensbildungsgesetzes an. Je 312 DM Eigenleistung werden dabei neben der Sparprämie durch eine abgabefreie Zuwendung des Unternehmens in Höhe von 100 DM aufgestockt, für den Gesamtbetrag erfolgt eine gewinnabhängige Verzinsung. Bei einer Gewinnsituation wie im Vorjahr würde die Verzinsung der Eigenleistung 20,4 Prozent betragen.

Herta-Wurst und Nestlé

Frankfurt (dpa/VWD) – Der schweizerische Nestlé-Konzern, Vevey, wird sich mit 26 Prozent an dem Fleisch- und Wurstwarenhersteller Herta, Herten, beteiligen. Wie die Nestlé Deutschland, Frankfurt, bestätigte, werde die Familie Schweisfurth die beiden Unternehmen Herta KG Karl Schweisfurth mit Tochtergesellschaften in Frankreich und Belgien sowie Artland Dörffler KG (Badbergen/Osnabrück) mit Töchtern zum 1. Januar 1985 in die Herta AG einbringen.





FERINEL

Schlüsselposition bei Boussac

VWD, Paris

Die französische Immobiliengruppe Ferret-Savinel (Ferinel) übernimmt die Schlüsselposition in der 1981 in Konkurs gegangenen Textilgruppe Boussac. Die französische Regierung entschied sich jetzt für die Übernahmepläne von Ferinel, die de facto die Reprivatisierung des staatlichen Nachfolgeunternehmens der BSF, der Compagnie Boussac Saint-Frères (CBSF), bedeutet. Die Ferinel-Pläne sehen eine Beteiligung von 55 Prozent an der Société Financière et Foncière Agache Willot (SFFAW) vor, der Holding der Gruppe Agache-Willot, zu der bis 1981 auch die BSF gehörte. Ferinel will in den nächsten sechs Monaten 400 Mill. F in das Unternehmen einbringen und verlangt vom Staat die gleiche Summe. Banken werden rund 200 Mill. F zuschießen. Die Brüder Willot werden an der SFFAW nur noch einen Anteil von 16,5 Prozent nach jetzt knapp 42 Prozent halten.

VW / Dividendenfrage ist noch offen – Verläßliche Prognosen für 1985 nicht möglich – Sorgenkind bleibt Triumph-Adler

Nach zwei Verlustjahren wieder positives Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Endgültige Zahlen für das Geschäftsjahr 1984 kann der Vorstand der Volkswagenwerk AG zwar noch nicht präsentieren. Bei allen Vorbehalten aber steht fest, daß der Wolfsburger Automobil-Konzern nach zwei Verlustjahren wieder ein positives Ergebnis ausweisen wird. Die Verbesserung der Ertragssituation, die bereits im dritten Quartal sichtbar wurde, hat sich in den vergangenen Wochen in verstärktem Maße fortgesetzt.

Maßgeblichen Anteil daran hat das florierende Exportgeschäft und der starke Dollar, der bei der US-Tochter VW of America den Jahresüberschuß in ungewöhnliche Höhen trieb. VW-Vorstandschef Carl H. Hahn verweist aber zugleich auf die positiven Ergebnisse der Volkswagenwerk AG und der Audi AG. Die Anstrengungen zur Überwindung der Streikfolgen – rund ein Drittel der Ausfälle konnten wettgemacht werden – machten sich bezahlt.

Nach der Definition von VW-Finanzchef Rolf Selowsky bedeutet die Aussage „positives Ergebnis", daß der Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 59 Mill. DM im Konzern deutlich überkompensiert wird. Dies, obwohl auch 1984 wieder Abschreibungen in zum Teil unerwarteter Höhe erforderlich werden. Selowsky nennt vor allem die Nürnberger Büromaschinen-Tochter Triumph-Adler, für die ursprünglich ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet worden war, die aber statt dessen einen „deutlich höheren" Verlust als 1983 (50 Mill. DM) ausweisen wird. Mit roten Zahlen arbeiten ferner die Gesellschaften in Argentinien und Mexiko, wenngleich die Verluste dort erheblich verringert wurden. Das bislang größte Sorgenkind, VW do Brasil, scheint dagegen über den Berg zu sein.

Unbeantwortet läßt der VW-Vorstand die Frage, ob 1984 bereits ein ausschüttungsfähiges Ergebnis erwirtschaftet wird. Offenbar soll zunächst die weitere Entwicklung in den ersten Monaten 1985 abgewartet werden, bevor in der Aufsichtsratssitzung Anfang April die Dividendenfrage entschieden wird. Das nicht abzuschätzende Verhalten der Autokäufer beginnt nämlich auch bei VW Wirkung zu hinterlassen.

Die anhaltende Diskussion über die Umstellung auf schadstoffärmere Fahrzeuge läßt nach den Worten Hahns verläßliche Aussagen zu den weiteren Absatzaussichten nicht zu. Es müsse davon ausgegangen werden, daß zumindest im ersten Quartal 1985 die Zulassungen im Inland zurückgehen.

Die aktuelle Entwicklung der Auftragseingänge weise deutliche Bremsspuren auf. So verringerten sich die hereingenommenen Bestellungen im November um eine zweistellige Prozentzahl. Lediglich der hohe Auftragsbestand habe bislang Schlimmeres verhindert. Vor diesem Hintergrund spreche derzeit wenig dafür, daß das Zulassungsergebnis des Jahres 1984 von rund 2,4 Millionen Wagen im kommenden Jahr wieder erreicht werden kann. Trotz dieser skeptischen Einschätzung, so Hahn, beurteile VW die Aussichten für das eigene Geschäft zuversichtlich, wenngleich „überschwenglicher Optimismus" fehl am Platze sei.

Im jetzt zu Ende gehenden Jahr 1984 werden die weltweiten Auslieferungen von VW- und Audi-Modellen an Kunden um 2,6 Prozent auf 2,16 (2,13) Millionen Wagen zunehmen. Wesentlich stärker, nämlich um 12 Prozent auf rund 45 (40,1) Mrd. DM, dürfte der Umsatz steigen. Die zweimalige Anhebung der Preise hat daran nur einen geringen Anteil; wesentlich kräftiger schlage die Produkt-Mix-Verbesserung zu Buche.

Auf deutlich über 30 Mrd. DM (plus 15 Prozent) wuchs der Umsatz der AG, während Audi ein Plus von 9 Prozent auf rund 9 Mrd. DM verzeichnet. Auch die Umsätze der südamerikanischen Töchter zeigten einen positiven Trend. Begünstigt von der Stärke des Dollars überschritt der Umsatz in den USA die 10-Mrd.-DM-Marke. Der Auslandsanteil an den Konzernverkäufen erhöhte sich wieder auf rund 67 (64) Prozent. Innerhalb der AG stieg der Auslandsumsatz auf 58 (51) Prozent.

In der Bundesrepublik erreichen die Auslieferungen von VW- und Audi-Modellen 1984 mit 722 000 Fahrzeugen annähernd das Vorjahresniveau; das entspricht einem Marktanteil von 27,8 Prozent. Das erfolgreichste Modell ist mit einem Anteil von 11 (9,5) Prozent der Golf. Der im Frühjahr eingeführte neue Jetta befindet sich weiter im Aufwind. Ähnliches gelte für die Audi-Modelle mit einem nunmehr vervollständigten Allrad-Angebot.

Zufrieden ist VW mit den westeuropäischen Auslandsmärkten; dort wurden die Konzern-Auslieferungen um 2,7 Prozent auf 625 000 Wagen erhöht. Auf dem neu erschlossenen spanischen Markt wurden 1984 bereits 28 500 Fahrzeuge verkauft. In den USA nahmen die Verkäufe um 16,4 Prozent auf 250 000 Wagen zu. Der geringeren US-Eigenproduktion stehen höhere Lieferungen von Audi (plus 50 Prozent auf 71 000 Pkw) und VW-Exportmodelle (plus 35 Prozent auf 103 400 Einheiten) gegenüber.

MBB / „Fall Krauss-Maffei noch lange nicht erledigt"

Vor lebhafterer Nachfrage

DANKWARD SEITZ, München

Wer in welcher Gruppierung auch immer letztendlich bei den Übernahmeverhandlungen um die zum Flick-Konzern gehörende Krauss-Maffei AG, München, zum Zuge kommen wird, eines kann nach dem derzeitigen Stand der Dinge jedenfalls ausgeschlossen werden: Ein Schulterschluß der beiden Hauptrivalen IWKA und MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn bei München. „Von der Konzeption der IWKA, soweit wir sie kennen, halten wir gar nichts und sie paßt nicht zu unserer", meinte MBB-Chef Hanns Arnt Vogels in einem Gespräch mit dem Münchner Club Wirtschaftspresse.

Das war mehr oder weniger auch schon die einzige konkrete Aussage von Vogels zu diesem ganzen Komplex, um den seit Wochen sich heftig die Spekulationen ranken. Verständlich in einer Phase, in der sich die Übernahme für MBB – eigentlich wollte Vogels sie schon im Herbst über die Bühne gebracht haben – zunehmend schwieriger gestaltet. Der Fall ist für ihn „noch lange nicht erledigt", doch absolut sicher ist er sich der Sache nicht mehr. Mit „Jein" antwortete er auf die Frage, ob MBB im Gerangel um Krauss-Maffei vielleicht schon ausgeschieden ist.

Da besteht nämlich zum einen, wie Vogels einräumte, noch keine Einigung unter den MBB-Gesellschaftern selbst, weshalb auch dem Aufsichtsrat bisher noch keine Beschlußvorlage unterbreitet worden ist. Zum anderen ist MBB nicht mehr uneingeschränkt der Wunschkandidat des Bundesverteidigungsministeriums. Und dies, obwohl es im Frühjahr MBB noch um eine Alternativ-Lösung gebeten hatte, als die britische Vickers-Gruppe Interesse an Krauss-Maffei zeigte.

Als „unbedeutend und nicht relevant" beurteilt Vogels mögliche kartellrechtliche Bedenken. Wenn überhaupt träfen diese lediglich für die Verkehrstechnik zu und könnten bei Überlegungen bezüglich der Ressourcen-Theorie und Anbieter-Macht eine gewisse Rolle spielen. Mit einem Anteil zwischen 25 und 50 Prozent strebe MBB auch keinen Beherrschungsvertrag und nicht die industrielle Führung bei Krauss-Maffei an. Letzteres steht allerdings in Widerspruch zu früheren Äußerungen, daß eine Beteiligung für MBB nur dann einen Sinn habe, wenn die Führungsrolle übernommen werden kann. Ein Antrag beim Bundeskartellamt wurde von MBB, wie Vogels mitteilte, noch nicht gestellt.

Der Luft- und Raumfahrtkonzern selbst kann nach Ansicht von Vogels mit „gesundem Optimismus" den nächsten Jahren entgegensehen. Bereits heute seien Anzeichen für eine Belebung der Nachfrage nach den Hauptprodukten ab 1986 erkennbar, was auch wieder zu einer verstärkten Ausweitung des Geschäftsvolumens führen werde. Dabei werde zunächst eine deutliche Zunahme der Entwicklungsaktivitäten im Vordergrund stehen, ausgelöst durch die Großprogramme Panzerabwehrhubschrauber PAH 2, den geplanten „Jäger 90" und den Airbus A320 sowie großer Raumfahrtvorhaben.

Vogels räumte dabei ein, daß sich zwar aus dem Auslaufen der jetzigen Fertigungsprogramme beim Tornado ab 1989 Beschäftigungslücken ergeben, doch hofft man, diese durch die Entwicklung eines Tornado-Aufklärers und Exporterfolge schließen zu können. Personalanpassungen aber seien hier wie auch im gesamten Konzern langfristig nicht geplant. Kurzgearbeitet werden muß allerdings schon im Bereich Wehrtechnik. Hier wird der Umsatz 1984 um 20 Prozent zurückfallen, was auch auf das Unternehmensergebnis durchschlagen wird.

Für das Airbus-Programm rechnet Vogels mit einer Nachfragebelebung ab 1986. Unter anderem sei jetzt mit China ein erster Vorvertrag über die Lieferung von drei A310 unterzeichnet worden. Und wenn das PanAm-Geschäft läuft – in Kürze soll der erste endgültige Vertrag unterschrieben werden – stünden nur noch 12 Airbusse auf Halde. Deutlich auf 90 bis 100 (200) Mill. DM werden sich die Belastungen für MBB 1984 aus dem Airbus-Programm reduzieren.

Insgesamt hofft man bei MBB für 1984 ein ähnliches Ergebnis wie im Vorjahr präsentieren zu können. Der Außenumsatz wird allerdings bei einer um 10,9 Prozent auf rund 6,4 Mrd. DM gestiegenen Gesamtleistung abrechnungsbedingt auf 5,6 (5,9) Mrd. DM zurückgehen.

NAMEN

Gerd C. Kade wird auf eigenen Wunsch den Vorstand der Horten AG verlassen. Er wird dem Unternehmen aber durch einen Beratungsvertrag weiterhin verbunden bleiben.

Rüdiger Dobin, bisher Vertriebschef der Professional Video Division bei der Sony Deutschland GmbH, Köln, ist zum Marketing- und Vertriebsdirektor ernannt worden.

Günter Nemec, seit 1972 Vorstandsmitglied der Allgemeine Kreditversicherung AG, Mainz, tritt zum Jahresende in den Ruhestand.

Armin Schaefer (60), Geschäftsführer der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, tritt zum 31. 12. aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand.

Dr. **Hans-Erich Forster** wird am 1. Januar Vorstandsvorsitzender von Thyssen Henschel, Kassel, als Nachfolger von **Hans U. Wolf**, der zur neugegründeten Thyssen-Tochter Transit America Inc., Philadelphia, wechselt.

Dr. **K. Kornemann** wird am 1. Januar 1985 zum Verbandsdirektor des Verbandes rheinischer Wohnungsunternehmen, Düsseldorf, berufen.

Ludwig Schwarz, Vorstandsmitglied der Sparkassen-Versicherung AG und der Zentraleuropäischen Versicherung AG, Stuttgart, tritt am 31. Dezember in den Ruhestand.

Dr. **Chrysanth Marnet**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Düsseldorf AG, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE), gewählt worden.

Hans Wiebe wurde zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Berliner Mode-Messe-Gesellschaft mbH, Berlin, gewählt.

UNIONZEISS-GRUPPE / Die Büros werden moderner

Hoher Auftragsbestand

adh. Frankfurt

Zweistellige Zuwachsraten verzeichnet die Unionzeiss-Gruppe, einer der größten Anbieter für Bürobedarf im Rhein-Main-Raum. Hintergrund für die positive Entwicklung, die den Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) an die 100-Millionen-Mark-Schwelle bringen soll, ist die schnell fortschreitende Elektronisierung in den Büros, die nicht nur das Geschäft mit elektronischen Schreibmaschinen, Computern und Software belebt, sondern auch auf Büromöbel durchschlägt, denn die elektronischen Arbeitsplätze müssen entsprechend neu gestaltet werden.

Der Computerauftragsbestand ist so hoch wie noch nie, heißt es bei dem Unternehmen, das als Generalvertreter für Triumph-Adler fungiert. Bei Schreibmaschinen sei es sogar zu einem Lieferstau gekommen. (Triumph-Adler wird in diesem Jahr 525 000 elektronische Schreibmaschinen fertigen, etwa ein Drittel mehr als im Vorjahr).

Im vergangenen Geschäftsjahr legte die Unionzeiss-Gruppe beim Umsatz sechs Prozent auf 91 Mill. DM zu. Etwa die Hälfte der 422 Mitarbeiter arbeitet in der Produktion (Druckerei), die rund ein Drittel zum Umsatz beiträgt. Überproportional stieg nach mehreren schwächeren Jahren der Cash-flow (Abschreibung und Gewinn nach Steuern, aber vor Einkommensteuer der Gesellschafter) auf 3,8 (3) Prozent vom Umsatz; für 1985 werden fünf Prozent angepeilt.

In einem Rechtsstreit zwischen der S. A. T. Fluggesellschaft mbH, Köln, gegen

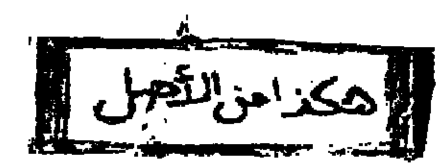
1. **Jetair Luftverkehrs Aktiengesellschaft, München,** und
2. **Kapital & Wert Genossenschaft für Vermittlung privater Geldanlagen e. G., Mainz,**

in dem es um irreführende Angaben in einem Emissionsprospekt der Jetair Luftverkehrs AG ging, hat das Landgericht Hamburg (Kammer 16 für Handelssachen) am 30. November 1984 im einstweiligen Verfügungsverfahren ein noch nicht rechtskräftiges Urteil verkündet. Die S.A.T. Fluggesellschaft mbH ist in diesem Urteil ausdrücklich befugt worden, den nachfolgenden Teil des Urteils auf Kosten der Antragsgegner zu veröffentlichen. Danach sind die Jetair Luftverkehrs AG und die Kapital & Wert Genossenschaft für Vermittlung privater Geldanlagen e. G. verurteilt worden,

„es zu unterlassen,
im Geschäftsverkehr das der Formel anliegende Emissionsangebot 1984 der Antragsgegnerin zu 1. weiter zu vertreiben oder in sonstiger Weise zu Werbezwecken inhaltlich zu verwenden, soweit in ihm für das Geschäftsjahr 1984 folgende Ausgaben enthalten sind:

a) Die Antragsgegnerin zu 1. werde über zwei Flugzeuge verfügen;
b) die Antragsgegnerin zu 1. werde 3000 Blockstunden und 2800 Flugstunden erzielen;
c) es werden Erträge aus dem Flugbetrieb in Höhe von DM 28 570 000,– erzielt werden;
d) die Antragsgegnerin zu 1. erwarte einen Gewinn von DM 729 000,–."

Axel Springer-Ullstein Unterstützungseinrichtung Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.
Berlin, den 23. Oktober 1984
Der Liquidator
Günther Klenke
Kaiser-Wilhelm-Str. 6
2000 Hamburg 36



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Die Stimmung hat sich verbessert

Wenn sich auch an der verbreiteten Geschäftslosigkeit auf dem Rentenmarkt nicht viel geändert hat, so setzte sich dennoch, ausgehend von einer Prime-Rate-Senkung in den USA und der dort besseren Tendenz für Bonds, eine freundlichere Stimmung durch. Sie schlug sich bei den öffentlichen Anleihen in Kursanhebungen bis zu einem Viertelpunkt in der Spitze nieder. Die am Vortag eingeführte siebenprozentige Bundesobligation Serie 51 stellte sich auf 100,25 (plus 0,05). Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft verhalten.

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Spitzenaktien waren gesucht

Günstige Börsenprognosen lösten Vorkäufe aus

DW. – Nach einigen Tagen der Stagnation setzte sich auf dem Aktienmarkt trotz der bevorstehenden langen Feiertagspause eine verbreitet freundliche Tendenz durch. Ausgelöst wurde sie durch Fondskäufe, die sich im wesentlichen auf erstklassige deutsche Standardaktien konzentrierten. In Börsenkreisen vermutet man, daß die günstigen Börsenprognosen in Verbindung mit den positiven Ausführungen im neuen Monatsbericht der Bundesbank spekulative Kreise zu Vorkäufen auf das Börsenjahr 1985 ermutigt haben.

Von der besseren Tendenz profitierten zunächst Aktien wie BASF, Bayer, Schering, Siemens, Daimler, Mercedes, Linde und Deutsche Bank. Im späteren Verlauf wurden aber auch Werte mit engeren Marken, wie PKI, deutlich heraufgesetzt. Im Bankenbereich zogen die Papiere der Bayern-Hypo noch einmal kräftig an und liegen mit denen der Bayerischen Vereinsbank jetzt nahezu gleich. Der neuerliche Dividendenausfall bei Thyssen entspricht zwar nicht den Erwartungen aller Börsianer, hatte auf die Kursbildung der Aktie jedoch keinen Einfluß. Im Versicherungsbereich hat der Druck auf die Allianz-Aktien aufgehört. Im Zusammenhang mit dem weiteren Rückgang des Goldpreises wurden etliche an den deutschen Börsen handelbare Goldminenaktien kräftig zurückgesetzt.

Düsseldorf: AEG Kabel erhöhten um 10 DM und Dahlbusch VA um 5 DM. Keramag stockten um 3 DM und Scheidemandel um 2 DM auf. Köln Düsseldorf verbesserten sich um 4 DM und VDN um 5,50 DM. Nachgegeben haben Dyckerhoff um 2 DM und Leffers um 1,50 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 35 DM und Victoria 30 DM.

Frankfurt: Augsburger Kammgarn erhöhten um 2,80 DM, Ceag um 3,50 DM und Deutsche Texaco um 5 DM. Linde stockten um 9,80 DM und MAB um 13 DM auf. Seitz Enzinger Union schlossen um 4 DM fester. Steigenberger gaben um 100 DM nach.

Hamburg: Reichelt konnten sich um 2 DM auf 98 DM erholen. HEW waren mit 84 DM und NWK-Vz. mit 167 DM knapp gehalten. Triton wurden mit 107 DM gehandelt. Beiersdorf schwächten sich weiter um 4 DM ab. Bavaria Brauerei wurden mit 193 DM (plus 3 DM) bezahlt. Vereins- und Westbank gingen zu 295 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. verminderten um 2,80 DM und Bayer. Lloyd um 5 DM. Aufstocken konnten Brauhaus Coburg um 25 DM, Spinnerei Kolbermoor um 10 DM und Leonische Draht um 1 DM. Patrizier verbesserten sich um 4 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 8 DM an. Orenstein und Schering konnten sich um je 3 DM, DeTeWe um 2 DM, Berliner Elektro um 1,90 DM und Bekula um 1,80 DM verbessern. Berliner Bank lagen um 1 DM freundlicher. Berthold büßten 8 DM ein.

Nachbörse: Freundlich

WELT-Aktienindex: 158,1 (157,7)
WELT-Umsatzindex: 1558 (1670)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	18. 12.	17. 12.
AEG	101,5-1-100,5-101G	100,5
BASF	177,8-8-8,5-8,3G	177,2G
Bayer	186,5-6,7-7,5-7,3G	187,2G
Bayer. Hypo	321-3-3G	318G
Bayer. Vbk.	326-6G	325G
BMW	366,5-9-8G	364,5G
Commerzb.	168-9-8,5-9,5	167G
Conti Gummi	112,7-4-3,5G	115
Daimler	572,5-4G	569G
Dt. Bank	379,5-81-81G	376,5G
Dresdner Bk.	189,2-90-90G	189,2G
DUB	218G-20G	218,5G
GHH	145-7,5-7,5G	147G
Harpener	277G-8-8G	276
Hoechst	183-3,7-3,3-3,5G	182,5
Hoesch	96,2-7-6,5-7,5G	96,5G
Holzmann	385-7G	383
Horten	175-6-5,5G	178
Kali + Salz	238,8-40-40G	237G
Karstadt	42,5-3,5-3,5G	243
Kaufhof	224-4G	223G
KHD	252-2-1,5G	250G
Klöckner-W.	68-8,5-8,5G	68G
Linde	385-8-9,5	379
Lufthansa St.	180-80G	178G
Lufthansa VA	178,5-80-80,3	177G
Mannesmann	144-4,5-5-5G	143,2G
MAN	143G-5G	143G
Mercedes-H.	496,5-8-8G	495G
Metallges.	216G	216G
Nixdorf	518-7-9,5-9,5G	517G
Porsche	–	–
Preussag*	250G-4-3-3G	250G
RWE St.	161,5-1-1,5G	162G
RWE VA	160,2-61,5-61,5G	161
Schering	425-7-4-7	421G
Siemens	453,5-4-6-6,5	452,3
Thyssen	80-80,5G	79,8
Veba	169-9,8-9,8G	168,8
VEW	122-2G	122G
VW	199-200-199,5-200G	198,5G
Philips**	48,4-8,5-8,3-8,4	47,5
Royal D.**	148,5bG-9,8	148,5bG
Unilever**	265G-5,5G	265,5G

Kurswert in 1000 DM

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	226	227
Gösser-Brauerei	329	327
Länderbank Vz.	227	228
Österr. Brau AG	506	–
Perlmooser	356	356
Reininghaus	424	423
Schwechater Br.	168	163
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	162
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	245	243
Index	58,99	58,84

Kopenhagen

Den Danske Bank	280	282
Jyske Bank	499	500
Kopenh. Handelsbk.	280	282
Novo Industri	265	267
Privatbanken	238	243
Ostasiat. Komp.	150	157
Dan. Sukkerfabr.	505	506
For. Bryggerier St.	765	780
Kgl. Porc. Fabr.	257	250

Brüssel

Arbed	1605	1610
Brux. Lambert	2075	2080
Cockerill Ougrée	270	270
Ebes	2865	2855
Gevaert	3450	3560
Kredietbank	–	7570
Petrofina	7000	7020
Soc. Gén. d. Belg.	1855	1845
Sofina	7650	7700
Solvay	4175	4120
UCB	4945	5010
Index	–	157,74

Hongkong

China Light + P.	11,90	11,90
Hongkong Land	3,92	3,92
Hongk. + Sh. Bk.	7,65	7,70
Hongk. Teleph.	48,50	48,50
Hutch. Whampoa	17,20	17,30
Jard. Matheson	8,65	8,65
Swire Pac. + A +	21,30	21,30
Wheelock + A +	3,97	3,92

Singapur

Cycle + Car.	2,70	2,78
Cold Storage	2,51	2,57
Dev. Bk. of Sing.	5,80	5,80
Fraser + Neave	4,86	4,96
Kl. Kepong	2,75	2,34
Mal. Banking	5,50	–
Nat. Iron	3,55	–
OCBC	8,90	8,95
Sime Darby	1,85	1,85
Singapur Land	2,66	2,74
Un. Overs. Bank	4,14	4,20

Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 1-85/22,8, 1-95/7, 1-100/4, 4-110/3,4, 7-110/8,4, BASF 1-150/27, 1-160/17, 1-163/13,5, 1-170/7, 1-180/2,2, 4-170/15, 4-180/8, 4-190/4,5, 4-200/2, 7-170/22,4, 7-180/15, 7-190/10, 7-200/6,4, Bayer 1-160/26,6, 1-163/24, 1-170/16,5, 1-173/14, 1-180/7,5, 1-183/4,5, 4-170/21, 4-180/15, 4-190/8,8, 4-200/2, 7-190/14,6, 7-200/8,3, 7-210/5,6, Bay.Hypo 7-330/17, BMW 4-380/14, 4-390/7, Commerzbk 1-160/8, 1-170/3,1, 4-180/5,6, 4-190/3, 7-170/15, 7-180/8, 7-190/4,9, Conti 4-120/4,5, 4-130/2,9, 7-120/9,9, 7-130/8,5, Daimler 4-600/19, Dt. Babcock St. 4-160/7, 7-170/5, Deutsche Bk 1-370/9, 1-380/4, 7-410/11, Dresdner Bk 1-180/27,8, 1-170/19, 1-180/9,15, 1-184/4,5, 1-190/3,1, 4-190/10,5, 4-200/8, 7-210/8,9, Hoechst 1-170/13,95, 1-180/4,9, 1-190/1,5, 4-190/6,5, Hoesch 1-100/2,9, 4-100/7,90, 4-110/3,1, 7-100/11, 7-110/6,2, 7-120/3, Klöckner 1-60/9,6, 1-70/1, 4-65/8,85, 4-70/5, 4-75/3,9, 4-90/1,2, 7-75/5,9, Lufthansa St. 1-170/8,6, Lufthansa Vz. 1-160/17, Mannesmann 4-140/15, 4-150/6,6, 4-160/2,9, 7-180/6,5, 7-170/3,5, Preussag 7-270/9,35, RWE St. 1-160/5, Kali + Salz 4-250/10, Siemens 1-410/44, 1-420/35, 1-480/7, 4-480/9,8, 4-500/5,4, Thyssen 1-80/2,4, 4-75/2, 4-80/6,9, 4-90/2, 7-80/9,1, 7-85/6,1, 7-90/3,5, Varta 7-180/6, Veba 1-170/3, 4-180/2,8, 7-180/6,4, VW 1-180/20, 1-200/4,3, 1-210/3,1, 4-190/20, 4-220/5, 7-190/24, 7-200/19, 7-310/12, Chrysler 1-65/28, 1-75/19, 1-80/14, 1-85/9, 7-95/6,5, IBM 1-320/45, Norsk Hydro 1-35/2, 4-35/3,7, 4-40/2, 7-40/3, Philips 1-40/8, 1-44,5/3,5, Royal Dutch 4-136,4/11, Sperry 1-110/10,6, Xerox 1-110/9, **Verkaufoptionen:** AEG 1-110/7,9, 4-95/1,05, 7-95/2,1-2,80, BASF 1-180/5, 7-170/2, 7-180/7, Bayer 4-180/1,1, 7-180/2,5, BBC 4-190/2,2, BMW 1-360/2,5, 1-370/3, Commerzbk 1-170/3,3, 4-160/2,4, 4-170/4,9, 7-170/5,4, Conti 4-110/2, 4-120/7,5, Dresdner Bk 1-190/2,4, 4-190/4, 7-190/7,5, Klöckner 4-70/3,9, Lufthansa St. 7-170/5, RWE St. 4-160/2,2, RWE Vz. 4-160/2,5, Schering 7-420/16, Siemens 7-440/7,5, VW 4-190/1,9, 4-200/4,8, 7-190/5, Chrysler 4-90/3,7, 4-95/5,6, Elf 4-75/5, IBM 4-370/10,9, Sony 4-50/3,9, Xerox 4-120/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¼– 8½	5½–5¼	5¼–5½
3 Monate	8½– 8¾	5⅝–5⅞	5 –5¼
6 Monate	9 – 9¼	5⅝–5⅞	4⅞–5⅛
12 Monate	9¾–10	5½–5¾	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1841,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1439,15
5 US-Dollar (Liberty)		
1 £ Sovereign alt	218,00	271,32
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,00	266,76
20 belgische Franken	167,00	217,74
10 Rubel Tscherwonez	227,00	286,14
2 südafrikanische Rand	213,00	265,62
Krüger Rand, neu	968,00	1143,42
Maple Leaf	968,00	1143,42
Platin Noble Man	939,00	1110,36
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	232,00	291,84
20 schweiz Franken „Vreneli"	175,00	223,44
20 franz. Franken „Napoléon"	176,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	892,00	1080,72
20 österr. Kronen (Neuprägung)	177,00	224,58
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,00	123,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	413,00	510,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,00	134,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3]	3,0904	3,0984	3,0632	3,04	3,13
London[1]	3,649	3,663	3,628	3,60	3,75
Dublin[1]	3,116	3,130	3,057	3,19	3,29
Montreal[3]	2,3408	2,3488	2,3120	2,29	2,39
Amsterd.	88,485	88,705	88,555	87,50	89,50
Zürich	121,200	121,400	121,180	120,00	122,75
Brüssel	4,972	4,982	4,920	4,85	5,05
Paris	32,545	32,705	32,190	31,75	33,50
Kopenh.	27,870	27,990	27,520	26,75	28,50
Oslo	34,490	34,610	33,910	33,50	35,25
Stockh.**)	34,885	35,045	34,425	34,00	35,75
Mailand[2] **)	1,618	1,628	1,587	1,58	1,68
Wien	14,221	14,261	14,169	14,14	14,36
Madrid**)	1,804	1,814	1,775	1,75	1,87
Lissabon**)	1,855	1,875	1,742	1,43	2,25
Tokio	1,2510	1,2540	–	1,21	1,27
Helsinki	47,910	48,110	47,900	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,41	2,464	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,575	2,594	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,5865	1,6055	–	1,45	1,70

Alles in Hundert, [1] 1 Pfund; [2] 1000 Lire, [3] 1 Dollar; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

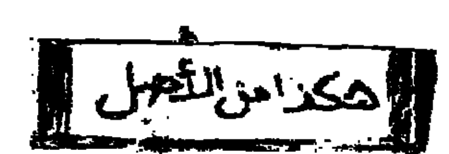
Optisch betrachtet bot der Dollarkurs am 18. 12. keinen Anlaß zum Nachdenken. Die amtliche Notiz wurde mit 3,0944 21 Punkte unter Vortag festgestellt, und die Bundesbank glich dort die Nachfrage mit 8,05 Mill. Dollar aus. Im Gegensatz zum Vortag gab es jedoch sehr früh zu Beginn des Handels einen kräftigen Rückgang des Kurses auf 3,08. Auslösender Faktor waren die Erwartungen auf eine neue Zinssenkungsrunde in den USA, FED Funds fielen dort gestern auf 7½ Prozent und eine der großen Geschäftsbanken ermäßigte ihre Primerate um ½ Prozent auf 7¾ Prozent. Auch die Bundesbank schien zu Beginn des Handels mit Terminverkäufen im Markt zu sein. Trotz dieser Faktoren kletterte der Dollar zur Notiz wieder auf das oben erwähnte Niveau. Unter starkem Druck lag im Vorfeld der Opec-Tagung das englische Pfund, das einen Rückgang um 9,2 Promille auf 3,656 hinnehmen mußte. Die übrigen „großen" Währungen waren wenig verändert. US-Dollar in: Amsterdam 3,4985; Brüssel 62,10; Paris 9,4870; Mailand 1906,60; Wien 21,7110; Zürich 2,5510; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/Dollar 1,1815; Pfund/DM 3,656.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 18. Dezember: In D-Mark 2,22967 (Parität 2,24184); in Dollar 0,721109 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 18. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Montag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Nur zu leichten Abschlägen kam es dagegen bei Kupfer. Während Kaffee erheblich zulegen konnte, kam es bei Kakao lediglich zu kleinen Verbesserungen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17. 12.	14. 12.
Dez.	343,25	345,00
März	340,75	340,00
Mai	338,75	338,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	17. 12.	14. 12.
St. Lawrence 1 CW	240,86	286,84
Amber Durum	251,34	251,34

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,00	143,00
März	148,50-	149,00-
Mai	153,00	153,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,50	125,50
März	126,90	127,10
Mai	128,10	128,30

Hafer Chicago (c/bush)	17. 12.	14. 12.
Dez.	183,25	183,50
März	178,25	178,00
Mai	173,75	174,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	258,00	255,50
März	269,50	267,75
Mai	276,50	274,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	17. 12.	14. 12.
Dez.	140,00	140,00
März	136,30	136,50
Mai	136,80	136,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Terminkontr. Dez.	146,00	142,75
März	141,25	139,00
Mai	138,80	136,90

Kakao New York ($/t)	17. 12.	14. 12.
Terminkontr. Dez.	2050	2049
März	2071	2062
Mai	2071	2072
Umsatz	–	2233

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11		
Jan.	3,70	3,85
März	4,37	4,51
Mai	4,75	4,84
Juli	5,04	5,18
Sept.	5,32	5,46
Umsatz	8556	4500

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	17. 12.	14. 12.
	3,56	3,55

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	17. 12.	14. 12.
Jan.	2232–2234	2241–2242
März	2226–2228	2228–
Mai	2216–2219	2216–2218
Umsatz	1099	723

Kakao London (£/t) Terminkontrakt		
Dez.	1826–1827	1838–1838
März	1821–1822	1826–1827
Mai	1829–1830	1830–1831
Umsatz	2835	6002

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	124,80–125,00	128,20–128,40
Mai	132,40–132,60	135,20–135,40
Aug.	142,80–143,00	145,80–146,20
Umsatz	1925	4760

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	17. 12.	14. 12.
schw. Sarawak spez.	427,50	427,50
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00

Orangensaft New York (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Jan.	160,20	160,65
März	163,20	163,70
Mai	163,60	164,15
Juli	163,90	164,30
Sept.	161,50	162,00
Umsatz	300	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Südstaaten fob Werk	39,00	41,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	30,00

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Dez.	27,35	27,20
Jan.	25,83	25,75
März	25,05	24,90
Mai	24,80	24,60
Juli	24,50	24,40
Aug.	24,10	24,00
Sept.	23,80	23,80

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	28,00	28,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	26,00	–
Choise white hog 4% fr. F.	20,25	–

Talg New York (c/lb)		
top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	53,40	52,90
Febr.	52,25	51,85
März	48,30	47,95

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	74,05	72,75
März	73,90	72,70
Mai	74,35	73,25

Rinder Chicago (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Ochsen einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Kühe einh. schwere River Northern	49,00	45,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	590,00	592,00
März	602,50	605,00
Mai	616,00	617,25
Juli	626,00	627,00
Aug.	627,50	628,50
Sept.	618,00	619,50
Nov.	618,00	619,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	144,50	145,60
Jan.	145,80	147,10
März	151,80	153,00
Mai	157,40	158,50
Juli	161,80	163,30
Aug.	163,50	165,10
Sep.	165,00	166,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	17. 12.	14. 12.
Dez.	349,20	350,50
März	359,40	359,00
Mai	367,30	366,60

Kokosöl New York (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Westküste fob Werk	46,00	46,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 12.	17. 12.
jegl. Herk. cif	910,00	910,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	705,00	700,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	610,00	595,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	222,50	226,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	950,00	960,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	296,00	299,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	17.12.	14. 12.
März	65,35	65,90
Mai	67,10	66,70
Juli	68,00	67,80
Okt.	68,40	68,20
Dez.	68,50	68,50
März	69,70	69,70

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,00	–

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	17. 12.	14. 12.
Dez.	502-507	500-507
Jan.	502-509	508-509
März	516-518	516-517
Umsatz	44	184

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	17. 12.	14. 12.
Dez.	52,45	52,45
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	17. 12.	14. 12.
Dez.	571,00-574,00	571,00-574,00
März	–	581,00-582,00
Juli	595,00-598,50	–
Umsatz	5	20

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	17. 12.	14. 12.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	17. 12.	14. 12.
Dez.	12 541	12 560
Jan.	12 432	12 450

Kautschuk London (p/kg)	17. 12.	14. 12.
Nr. 1 RSS loco	61,00–65,00	61,00–65,00
Jan.	60,00–63,50	60,00–63,50
Febr.	61,00	–
März	–	66,00-–

Tendenz: nominell

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	17. 12.	14. 12.
Jan	192,50–192,75	192,50–193,00
JFebr.	197,50–192,75	187,50–188,00
Nr. 2 RSS Jan.	184,50–185,50	184,50–185,50
Nr. 3 RSS Jan.	181,00–182,00	181,00–182,00
Nr. 4 RSS Jan.	174,00–175,00	174,00–175,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	17. 12.	14. 12.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	18. 12.	17. 12.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	339,38–339,74	343,45–343,64
drittfolg. Monat	347,62–347,80	351,95–352,14
Blei: Basis London		
laufend. Monat	128,02–128,21	129,21–129,40
drittfolg. Monat	122,16–122,34	122,93–123,11
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1510,89–1512,82	1571,23–1574,92
drittfolg. Monat	1518,68–1520,15	1547,19–1550,89
Zink: Basis London		
laufend. Monat	248,72–248,90	249,92–250,66
drittfolg. Monat	248,50–248,72	248,62–248,72
Produz.-Preis	278,66	279,05
Reinzinn 99,9%	4109–4150	4125–4165

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 12.	17. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	415,21–417,04	415,92–417,76
Blei in Kabeln	135,75–136,75	137,00–138,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–454,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 12.	17. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	398-399	399,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	437–439	437–339
MS 63	425–430	425–431

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	17. 12.	14. 12.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 12.	17. 12.
Leg. 225	390–400	390–400
Leg. 226	392–402	392–402
Leg. 231	425–432	425–432
Leg 233	435–442	435–442

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 12.	17. 12.
Platin (DM je g)	31,908	32,50
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr	31 100	32 000
Rücknahmepr	30 350	31 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 310	32 200
Rücknahmepr.	30 530	31 400
verarbeitet	32 840	33 780
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30 745	31 620
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	645,30	670,80
Rücknahmepr.	626,40	651,10
verarbeitet	673,80	720,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 12.	17. 12.
10.30	308,25	316,85
15.00	309,00	315,00
Zürich mittags	307,60–308,10	316,30–316,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 300	96 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	534,50	550,50
3 Monate	546,90	563,20
6 Monate	560,80	577,65
12 Monate	586,80	604,60

Platin (£-Feinunze) London	17. 12.	14. 12.
fr. Markt	251,25	259,10
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	111,35	113,45

New Yorker Preise	17. 12.	14. 12.
Gold H & H Ankauf	315,00	322,50
Silber H & H Ankauf	654,50	673,50
Platin fr. Händlerpr.	306,00–314,00	308,00–314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	132,50–133,50	135,00–136,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez	642,00	671,20
Jan	644,00	673,80
Febr.	648,30	678,10
März	651,00	682,50
Mai	661,00	692,50
Juli	672,00	703,50
Sept.	685,00	715,90
Umsatz	25 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	17. 12.	14. 12.
Dez.	58,45	58,80
Jan.	58,60	58,80
März	59,40	59,55
Mai	60,10	60,25
Juli	00,90	61,10
Sept.	61,60	61,85
Dez.	62,75	63,00
Umsatz	11000	16000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	18. 12.	17. 12.
Kasse	926,50–927,50	932,00–933,50
3 Monate	949,00–949,50	954,50–955,00
Blei (£/t) Kasse	349,50–350,00	348,00–349,00
3 Monate	333,50–334,00	333,50–333,70
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1121,0–1121,5	1112,5–1113,0
3 Monate	1135,0–1135,5	1127,0–1128,0
abends Kasse	–	1119,0–1120,0
3 Monate	–	1133,5–1134,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1128,0–1130,0	1127,0–1129,0
3 Monate	1141,0–1142,0	1140,0–1142,0
Zink (£/t) Kasse	679,00–679,00	673,00–674,00
3 Monate	678,50–679,00	671,00–672,00
Zinn (£/t) Kasse	9906–9910	9920–9930
3 Monate	9853–9865	9892–9893
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80

Wir trauern um Herrn

Dr. jur. Werner Siebourg

Vorstand der Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft

der am 16. Dezember 1984 verstorben ist.

Herr Dr. Siebourg war über 21 Jahre Vorsitzender des Aufsichtsrats und seit 1983 Vorstand unserer Gesellschaft.

Sein erfahrener Rat, mit dem er unsere Gesellschaft in vielen Jahren begleitet hat, wird uns sehr fehlen.

Aufsichtsrat
der
Braunkohle-Benzin Aktiengesellschaft

5047 Wesseling, Ludwigshafener Straße

Der Beerdigungsgottesdienst findet statt am Freitag, dem 21. Dezember 1984, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche Herz Jesu, Bad Godesberg, Beethovenallee. Die Beisetzung ist anschließend auf dem Burgfriedhof.

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser ehemaliges Vorstandsmitglied Herr

Dr. jur. Werner Siebourg

am 16. Dezember 1984 im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Siebourg hat mit beispielhafter Tatkraft und großem persönlichem Einsatz 35 Jahre für unser Unternehmen gewirkt und dabei die Union Kraftstoff in 25jähriger Vorstandstätigkeit entscheidend mitgeprägt.

Das Wohl der Mitarbeiter und ihrer Familien lag ihm besonders am Herzen.

Wir haben ihm viel zu verdanken und werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff
Aktiengesellschaft

5047 Wesseling, Ludwigshafener Straße, den 16. Dezember 1984

Der Beerdigungsgottesdienst findet statt am Freitag, dem 21. Dezember 1984, um 10.30 Uhr in der Pfarrkirche Herz Jesu, Bad Godesberg, Beethovenallee. Die Beisetzung ist anschließend auf dem Burgfriedhof.

Anstelle von Blumen und Kränzen wird um eine Spende für „Essen auf Rädern, Bad Godesberg", Konto 20 107 983, Sparkasse Bonn, gebeten.

Am 11. 12. 1984 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Emil Hahnemann

geboren am 4. 8. 1908

Herr Hahnemann war 21 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1973 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. 12. 1984, um 10.00 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Kapelle 12, statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prochalt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

HOHE STEUERVORTEILE
EIGENTUMSWOHNUNGEN IN HAMBURG
Abwicklung noch 1984 möglich



HH-Eimsbüttel, 1-3 Zimmer-Wohnungen
Gesamtaufwand für 38 m² DM 91 900
Eigeng. fällig 30. 6. 85 DM 9.190
Werb'ko/Disagio '84! DM 21.600
ruhige zentrale Lage in verkehrsberuhigter Zone in U-Bahn-Nähe.

HH-Winterhude, 3-4 Zi.-Wohnungen
Gesamtaufwand für 97 m² DM 245.000
Eigeng. fällig 30.6.85 DM 24.500
Werb'ko/Disagio '84! DM 54.200
beste zentrale Lage.

FINANZIERUNG zu 4,5% Zinsen,
90,5% Ausz., 5 Jahre Mietgarantie, komplett modernisierte Altbauten. Keine Käufercourtage.

cellarius
RDM · ☎ 040/45 35 59 · Gegr. 1925
Magdalenenstr 22 · 2000 Hamburg 13
Btx ★ 222 40 3333 #

Unser Ziel: „Real-Gewinn statt Verlustzuweisung"!

Beteiligen Sie sich an der Gründung der Unternehmer & Privatbank AG

als Kommanditist der dazu errichteten Holding-Gesellschaft! Ihre Mitunternehmereigenschaft kann auf Ihren Wunsch auch über die Kapitalbeteiligung hinaus in die aktive Geschäftstätigkeit der Bank hinein erweitert werden.

Bitte nehmen Sie vertraulichen Kontakt unter Z 11 982 auf. (Zusammenarbeit mit seriösen Kapitalanlageberatern ist erwünscht.)

EIGENTUM IN ÖSTERREICH
Gesicherte Grundbucheintragung

bei Eigentumswohnungen in den schönsten Winter- und Sommerferiengebieten des Salzburger Landes.

Teilweise **kurzfristig beziehbare** 1- bis 5-Zi.-Wohnungen ab 33 m².

Ideal für
KURZURLAUBE – SAISONUNABHÄNGIG

»DEIN HEIM« Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, I.-Rieder-Kai 13a ☎ 00 43 662 23 5 06-0

Norderney
72-m²-Fewo., 3 Zi., Kü., Bad, ab 1. 1. 85 zu vermieten.
Auskunft: **Carstens-Immobilien Service GmbH**
Pf. 11 40, 2982 Norderney
Tel. 0 49 32 / 38 20

SPANIEN
Costa Dorada: **Waldgrundstück,** 13 000 m², 2 km v. Meer, DM 39 000.
Rover, Hertenl. 31 D
Den Dolder (Holland)
00 31-30 78 15 15

Konstruktionsunternehmen
interessiert an Kontakt mit seriöser Organisation für Verkauf verschiedenartiger Ferienwohnungen im Residenzkomplex direkt am Meer an der italienischen Riviera (Lavagna–Liguria).
Zuschr. erb. an:
Edilmare, Via Palermo 9
Sestri Levante (Genova)
Italien

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Düsseldorf
Nähe Regierungsviertel
Büroflächen mit guter Ausstattung von 175 m² bis max. 1500 m² von Privat günstig zu vermieten (auch langfristig). Eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen kann zusätzlich angemietet werden.
Tel. (02 11) 3 01 52 40

Costa Rica
Die Schweiz in Mittelamerika! Seit 1948 kein Militär, immer Frühling, keine Doppelbesteuerung. Sichern Sie sich Ihren zweiten Wohnsitz oder optimale Geschäftsverbindungen.
Zuschr. erb. u. C 11677 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Schweizerische Finanzgesellschaft
sucht Kapital zur Realisierung eines Freizeitparkes in bekanntem Touristikgebiet. Grundstück und Projekt vorhanden. Beteiligung nicht ausgeschlossen.
Offerten bitte an Chiffre 44–130 798, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Norderney
Ladenlokal, 1a Lage, Grundstück 20 m², ab 1. 1. 85 zu verpachten.
Auskunft: **Carstens Immobilien Service GmbH**
Pf. 11 40, 2982 Norderney
Tel. 0 49 32 / 38 20

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Connexion-Pool
soll erweitert werden

Ideal für alle, die Geschäfte machen oder machen möchten und gute Kontakte zu Gleichgesinnten suchen. Fast alle Branchen sind vertreten, mit ständiger qualitativer und quantitativer Verbesserung.

Nähere Informationen erhalten Sie unter Angabe Ihrer genauen Anschrift, Branche und eigener Möglichkeit, dem Pool mit neuen Kontakten zu dienen, von:

M + S c/o. Connexion-Pool · Postfach 8 53, Lange Straße 94
757 Baden-Baden

Intern. luxemb. Treuhand- und Verwaltung A. G. sucht
Repräsentanten/Kontakter
aus dem Bereich Unternehmensberatung, steuerberatende Berufe, Wirtschaftsberater für hochinteressante konzeptionelle Ideen, Industriebeteiligung, Unternehmensfragen.
Vertrauliche Anfr. unter H 12094 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

D · CH · A
Handelsvertreter / Möbelhandel
Wir haben eine exklusive Collection, gutes Katalog- und Displaymaterial. Wir zahlen attraktive Provisionen und geben Gebietsschutz.
Zuschr. erb. u. D 12162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing., Architekt, seit ca. 25 Jahren als Sachverständiger im Bauwesen tätig, übernimmt ab sofort
GENERALVERTRETUNG
für die BRD bzw. für den norddeutschen Raum, möglichst für Artikel des Bauhaupt- und -nebengewerbes, aber auch andere Artikel technischer Art. Ausreichendes Eigenkapital und entsprechende Lagermöglichkeit mit Betriebsorganisation sind verfügbar. Ihre freundliche Zuschrift erbitte ich unter 7920 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Standortvorteil Hamburg
Handelsvertretung, aktiv, kostenbewußt, ideenreich, nebenberufl., su. Kontakt zu interessierten Unternehmen. Angeb. erb. u. W 12 155 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Wir verkaufen Fitneß,
genauer gesagt, elektronisch gesteuerte Heimtrainer. Zu unseren Kunden zählt der Sport- und Sanitärfachhandel sowie kommerzielle Anwender wie Fitneßstudios und ähnliches.

Wir expandieren,
deshalb suchen wir sofort einen
Handelsvertreter
für Norddeutschland.

Wir erwarten professionelle Verkäufer mit überdurchschnittlichem Willen zum Erfolg und der Fähigkeit, sich auf unterschiedliche Gesprächspartner einzustellen.

Unser Angebot:
Die Chance, mit marktgerechten Produkten Erfolg zu haben und das persönliche Einkommen deutlich zu steigern. Rufen Sie an! Sprechen Sie mit Herrn Heinz! 06 31/4 50 92

Keiper Dynavit GmbH & Co.
Mannheimer Straße 234-236, 6750 Kaiserslautern
dynavit

Modernes Dienstleistungsunternehmen
für Industrie u. Handel in nordwestlicher Großstadt mit interessantem Kundenstamm u. modernem Maschinenpark aus gesundheitl. Gründen kurzfristig zu verkaufen. Steuerlich interessantes Vortragskonto u. GmbH-Mantel vorhanden. Finanzierungssumme ca. 800 000,– DM. Seriöse Interessenten melden sich bitte unter V 12 154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schreiner-Montageteam
mit „1a" Werkstattwagen
führt Schreinermontagen im Bundesgebiet und im Ausland aus.
Fa. JURO-MONT
Talstraße 33
7253 Malmsheim-Renningen
Telefon 0 71 59 / 61 22

Interessenvertretung in Bonn
Übernimmt erfahrener Wirtschaftsfachmann mit hervorragenden Kontakten zu Bundesbehörden und Parlament.
Angebote unter G 12083 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gebiets-Manager
für neue Golfsportart gesucht.
SPORTPROMOTION, Winterweg 6
2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 7 24 68

Ihre Adresse in der Schweiz
mit Telefon, Telex, Postanschrift, täglicher Postzustelldienst.
Tel. 00 41 / 91 / 68 85 21
Telex CH 7 9 073
J. Richter, CH-6825 Capolago, P.-Box 58

Telex-Nr. 857624
Tel. 0201/450024
DM 4,70!
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr.49 - 43 ESSEN 15

Firmengründungen
weltweit – Steuerdomizile.
J. Richter, P.-Box, CH-6825 Capolago

Gerichtsvollzieher sucht freie Mitarbeit
Zuschriften unter C 12 117 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE





Leitender Angestellter
(Allround-Kaufmann/Praktiker)
Ende 30, über 20 J. Berufspraxis in Verwaltung, Industrie und Handel; besondere Kenntnisse und Erfahrungen im Finanz- und Personalwesen, externe und interne Revision, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Vertragswesen und Arbeitsrecht; ausgeprägter Kostenspezialist (Kosten-Nutzen-Analysen insbes. in den Bereichen Medizintechnik und Organisationsmittel), Verständnis für techn. Zusammenhänge, EDV-Kenntnisse; Referenzen und Veröffentlichungen vorhanden; sucht selbständige und verantw. Position in Verwaltung, Verbänden oder Wirtschaft.
Auskünfte erteilt: Frau Schön
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-270, FS 183529

Professionelles Exportmarketing in Europa und Übersee
Leiter Export/Sales-Manager
38 Jahre, Studium Chemische Verfahrenstechnik, systematischer Berufsweg in Vertrieb sowie produktspezifischer und verfahrenstechnischer Kundenberatung (Technologie/Produktvorbereitung/Anlagentechnik). Auslandserfahrung in West- und Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Middle East. Erfolgsgewohnt in Leitung von Vertriebsorganisationen – Durchsetzung von Marktstrategien – sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe. Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Portugiesisch.
Zuschriften erbeten unter D 12 030 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportfachmann

Pers. Daten:	44 Jahre, geschieden, nicht ortsgebunden.
Spezialgebiete:	Trouble Shooting, Gründung Tochtergesellschaften, Einstellung ausländischer Mitarbeiter.
Erfahrungen:	Verkauf und Verkaufswesen in Europa, Kanada und USA, techn. Übersetzungen, gute techn. Eignung, gewohnt, 8 Monate im Jahr zu reisen, Umgang mit Export Papierwesen.
Fremdsprachen:	Englisch, Französisch, Malayisch und Grundkenntnisse in anderen Sprachen.

Angebote erbeten unter Y 12 157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
39 Jahre alt, gutes Allgemeinwissen, sicheres Auftreten, flexibel, selbständig handelnd und einsatzfreudig, möchte sich verändern und sucht auf diesem Wege interessante, verantwortungsvolle Position.
Fundierte Kenntnisse im Bereich des Managements, der Finanz- und Immobilien sowie der Bauwirtschaft sind vorhanden.
Möglicher Termin 1. 1. 85.
Angebote unter Z 12 158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Ingenieur (FH)
Vermessungswesen, Abschluß 10/84, 27 J., verh., örtlich ungebunden, sucht Stelle mit überwiegender Innendiensttätigkeit.
Angebote unter S 12 151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann
32 J., ledig, sucht herausfordernde Tätigkeit in **Kanada** zum 1. 4. 85. Spezialist im Commodity-Handel.
Angebote unter M 12147 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter Norddeutschland
Domizil: Bremen, Alter 39 Jahre, Tätigkeitsbereiche (Food)
- Key – Accounts
- Mitarbeiterführung
- Umsatz- und Ergebnisverantwortung
- Steuerung und Koordination

Beste Kontakte zu allen Vertriebsstufen des Handels, z. Z. tätig beim führenden Markenwarenhersteller seiner Branche, möchte sich verändern.
Angebote erbeten unter F 12142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ing., Masch.-Bau-Meister
firm in Kalkulation u. Organisation, langj. Betriebsleiter, sucht Möglichkeit als Stützpunktleiter o. ä. verb. mit Reparatur, Auslieferung und Lager für den norddeutsch. Raum.
Angebote unter U 12153 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

Kaufmännischer Leiter
20jähr. Erfahrung als Leiter kfm. Verwaltung sowie des Finanz- und Rechnungswesens mit allen Bereichssparten im Maschinenbau; sucht gleichwertige Tätigkeit.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Bauingenieur
mit 26jähriger Erfahrung in Arbeitstechnik und Bauleitung (Allgem. Ing.-Bau, Spezial-Tief- und Seewasserbau, Anlagenbau), davon etwa 10 Jahre im Ausland (Nordafrika, Mittel. Osten), perfekt Englisch in Wort und Schrift, sucht nach Abschluß eines Einsatzes in Riyadh/Saudi-Arabien eine neue Tätigkeit, in der er seine langjährige Erfahrung und seine Spezialkenntnisse voll zum Einsatz bringen kann. Eventuell auch als freier Mitarbeiter.
Angeb. erb. u. A 12 159 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
41 J. alt, gutes Allgemeinwissen, sicheres Auftreten, flexibel, selbständig handelnd und einsatzfreudig, möchte sich verändern und sucht interess., verantwortungsv. Position. Fundierte Warenhauserfahrung ist vorh., erfolgreich im Ein- u. Verkauf, auch im Außend. Gewünschte Bereiche: Parfümerie, Uhren, Schmuck, Foto, Schuhe, Lederwaren etc.
Angebote erbeten unter P 12149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

34 J., männl., seit 6 J. in ungek. Position, internat. tätig in den Bereichen Akquisition, Repräsentation u. PR, Engl., Holl., Franz. u. Span. in Wort und Schrift, sicheres Auftreten, kontaktfreudig, flexibel, ortsungebunden, sucht zum 1. 4. o. später neuen Wirkungskreis als
Sales Representative
Angeb. unter G 12143 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt
42, langjähriger Geschäftsführer eines großen, erfolgreichen Sportverbandes mit besten Verbindungen in Sport, Wirtschaft, Medien und Verwaltung, sucht anspruchsvolles neues Betätigungsfeld. Gute engl. Sprachkenntnisse.
Angebote unter H 12144 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Promov. Biologin
32 J., Mikrobiologie/Immunbiologie, umf. Labor- u. Unterrichtspraxis, engl., franz. Sprachkenntn. u. Lehre im med. Bereich, sucht neuen Wirkungskreis, mögl. Rhein-Main-Gebiet.
Angebote unter T 12152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Inter. Aufg. vorzugsw. Vertrieb für Süd-/Ostasien v. techn. Kaufm. mit Thailanderfahrung gesucht. Zuschriften u. D 12 118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger agiler VKL im AD
sucht zum 1. 8. 85 neuen Wirkungskreis (keine Versich.).
Angebote unter N 12 148 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fruchtkaufmann:
Perfekt im Import, Einkauf, Verkauf, Bananenreiferei, sucht zum 1. 1. 85 neuen Wirkungskreis.
Jahresumsatz ab 100 Mill. aufwärts bevorzugt.
Erste Kontaktaufnahme unter L 12146 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Frührentner sucht Cheffahrerstelle.
Angeb. erb. u. X 12 024 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing. agr.,
Ing. agr. trop. et subtrop.
25 Jahre praktische Erfahrung in den Tropen, z. Z. noch im Ausland, möchte sich verändern, wieder Tropeneinsatz.
Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch, Kisuaheli, Lingala.
1 schulpflichtiges Kind.
Zuschriften erbeten unter K 12145 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stellengesuche in der WELT

Ein bewährter Weg zum beruflichen Erfolg.

Tips für den Anzeigentext, technische Informationen und die Grundregeln für Ihre Bewerbungen finden Sie in unserer kostenlosen Stellengesuchbroschüre. Wir schicken sie Ihnen gerne zu. Schreiben Sie an:

DIE WELT
Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 347-43 18, -1

STELLENANGEBOTE

Für den Vertrieb von antiken Außenleuchten ein in Gartencentern usw. bestens eingeführter
Handelsvertreter
gesucht.
Zuschriften unter L 12 124 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Wir sind ein modernes Wiesbadener Industrieunternehmen und zählen zu den führenden unserer Branche.

Zum baldmöglichen Eintritt, spätestens zum 1. 4. 1985, suchen wir einen gewissenhaften

Bilanz-Buchhalter

mit Aufstiegsmöglichkeiten zum Finanz-Prokuristen.

Der zukünftige Stelleninhaber muß absolut zuverlässig und fachlich hochqualifiziert sein. 3 – 5 Jahre Berufserfahrung in verantwortlicher Aufgabenstellung im Rechnungswesen sind Voraussetzung.

Wir bieten eine angemessene Bezahlung mit einer Reihe von sozialen Sonderleistungen und angenehmen Arbeitsbedingungen in einem guten Betriebsklima.

Ihre Bewerbung erbitten wir unter Beifügung aussagefähiger Unterlagen, Lichtbild, Gehaltsvorstellungen und möglichem Eintrittstermin (Kündigungsfrist) an die Geschäftsleitung, z. H. Herrn Ebert.

EBERT FOLIENWERK
Postfach 13 02 25 · 6200 Wiesbaden 13
Telefon-Sa.-Nr. (0 61 21) 2620

Für unseren Geschäftsbereich Anorganica suchen wir eine(n)

Diplom-Ingenieur(in) (FH)

ausgebildet in instrumenteller Analytik mit Schwerpunkt Kernresonanzspektroskopie.

Von einem(einer) Bewerber(in) erwarten wir

- die selbständige Betreuung eines Festkörper-Kernresonanzspektrometers für Forschungsaufgaben im Geschäftsbereich Anorganica und
- die Beratung der Anwender und die chemische Interpretation der Spektren.

Wenn Sie diese anspruchsvolle und interessante Aufgabe reizt, senden Sie uns bitte unter Nennung der Kennziffer 232 Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften, Gehaltswunsch).

Bayer AG
Personalbeschaffung
5090 Leverkusen
Bayerwerk



---

unternehmensgruppe **steinhoff möbel**

Ihr Arbeitsplatz im reizvollen Ammerland (Nordseenähe)

Haben Sie einmal daran gedacht, Ihren Arbeitsplatz in einer landschaftlich reizvollen Gegend zu haben, wo Groß- und Mittelstädte in der Nähe liegen, viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gegeben und auch alle Schultypen zu finden sind?

Wir – eines der größten Unternehmen in der Möbel-Branche mit weltweiten Aktivitäten – können Ihnen dies bieten, wenn Sie

qualifizierter
Organisations-Programmierer

mit guten Cobol- und RPG-(CPG)Kenntnissen sind sowie Erfahrung auf dem Gebiet der VSAM und Dialog-Programmierung haben.

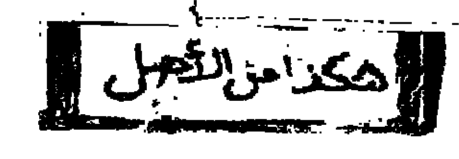
Praktische Erfahrung auf Nixdorf 8890 und NIDOS VSE oder vergleichbarem System setzen wir in diesem Fall voraus.

Bitte, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an Herrn Knabe.



unternehmensgruppe **steinhoff möbel**

Zentralverwaltung, 2910 Westerstede, Langebrügger Straße 5, Telefon 0 44 88 / 58-0



Grüße aus der Hölle

eka – Wie, um Himmels willen, rezensiert man ein Buch, das ein Toter verfaßte, der in der Hölle eine längere Haftstrafe zu verbüßen hat? Was soll man zu Briefen sagen, die von jenem Ort aus an einen noch lebenden Freund gerichtet wurden? „Friedlose Seelen, welche hin und wieder zur Erde zurückwandeln dürfen", übernehmen die Beförderung solcher Postsachen, erfahren wir. Das wäre also geklärt.

Ebenfalls eindeutig geklärt ist der zukünftige Aufenthaltsort von Literaturkritikern, die Ungutes über ein Werk zu Papier bringen: „Es wimmelt hier ameisenartig von dieser Menschensorte. Man flieht aber vor ihr wie vor tollen Hunden, denn sie ist lebensgefährlich bissig und zählt zu den schlimmsten Plagen der Hölle." Ehrlich gesagt, die Zukunftsaussicht, die uns Georg Grund mit seinen „Briefen aus der Hölle" (Naumann-Verlag, Würzburg. 176 S., 29,80 Mark) vorführt, schmeckt mir nicht. Da muß man sich am Riemen reißen.

Ein erfolgreicher Fünfzigjähriger stirbt. „Ein tiefer Seufzer, ein kaum wahrnehmbares Stöhnen, krampfhafte Zuckungen – und ich war nicht mehr." Nach kurzer Benommenheit schwebt er einem Schattenreich von nicht zu ermessender Ausdehnung entgegen. Während des Dahinschwebens erhascht er noch einen Blick auf die Erde, wo soeben sein Leichnam in die Grube gesenkt wird. Der Schattengewordene beginnt seine Wanderung durch bleigraue Düsternis. Rastlos durchquert er die schwammige Öde, die von einstigen Parteimitgliedern, sogenannten Staatsmännern, Theologen, Zeitungsinhabern, schöngeistigen Schriftstellern bevölkert ist. Jeder einzelne unterliegt individuell gestalteter Marter.

Alle aber sind angetrieben, jede im Leben begangene Missetat unaufhörlich bis zum Selbstekel zu wiederholen. Ab und zu dämmert in der Ferne Lichtfülle herauf. Dort liegt das Paradies. Es ist den Verdammten unerreichbar. Der Fluß der verlogenen Tränen trennt sie für ewig. Aus der Hölle tiefstem Schlund wabert das unendliche Feuer.

Ein abwegiges Buch in absonderlicher Syntax legt der 1911 geborene Georg Grund dem entsetzten Leser vor. Unwillkürlich wird sich mancher fragen, ob auch er zu jenen gehören wird, die in bleicher Ausgemergeltheit durchs Inferno hetzen müssen.

Handfestes Kino: Eine neue Generation von Regisseuren erobert die Studios

Heimkehr nach Hollywood

Die Neuen kommen, wie schon so oft in der Filmgeschichte, auf leisen Sohlen. Die Kinos sind zur Zeit voll von Erstlingsfilmen, und was dabei auffällt: Das cineastische oder politische Sendungsbewußtsein früherer Tage ist geschwunden. Keine *Nouvelle vague* schockt mit dem Angriff auf eingeschliffene Sehgewohnheiten. Kein *Junger deutscher Film ergeht* sich in larmoyanter Selbstbespiegelung. Und Hollywood ist mittlerweile so locker, daß es auch fast jede Aktivität außerhalb seiner großen Studios in seine weiten Arme nimmt.

Bei den Amerikanern ist der große Bruch zwischen Tradition und Gegenwart, der in den meisten europäischen Filmländern passierte, ohnehin nie eingetreten. Zwar gibt es die Filmhochschulen und die Filmklassen an den Universitäten, aber im akademischen Elfenbeinturm geht die Ausbildung nicht vor sich. Für ohnmächtig-arrogante „Autorenfilme" ist kein Platz. Wer in Amerika zum erstenmal im Regiestuhl Platz nehmen darf, hat meist schon eine *längere* Berufspraxis hinter sich, als Regieassistent, als Cutter, als Drehbuchautor, auch als Werbefilmer. Entsprechend sind die Ergebnisse. Was aus Amerika als Debütfilm kommt, erstaunt in der Regel durch seine handwerkliche Reife.

Nehmen wir etwa Susan Seidelman und ihren Film „New York City Girl". Das ist ein knappes und treffsicheres Psychogramm eines Mädchens der jungen Generation, das in seinem Karrieretraum jeden Kontakt zu Menschen verliert. Gekostet hat der Film die für amerikanische Verhältnisse sensationell niedrige Summe von 100 000 Dollar. Susan Seidelman, heute 31 Jahre, kommt von der Filmklasse der New Yorker Universität her und hat sich über Kurzfilme hochgedient. „Ich vertraue auf meine *Intuition, auf mein Gefühl für Dinge*", sagt sie. Und sie hat damit Erfolg. „New York City Girl" landete wider alle ursprüngliche Planung im offiziellen Programm der Filmfestspiele von Cannes.

„New York City Girl" ist gewiß ein Außenseiterfilm, er will aber auch von breiten Publikumsschichten angenommen werden. Noch mehr gilt das für „Frances" von Graeme Clifford, einer gnadenlosen Abrechnung mit dem klassischen Starsystem, das *jeden Menschen* zerbricht, der sich ihm nicht bedingungslos einfügen will. Das ist Kino, das zwar gegen Hollywood wettert, in der Form aber seinen bewährten Regeln folgt.

Auch Lawrence Kasdan hatte schon einen guten Namen als Drehbuchautor, ehe er seinen Erstling „Die heißkalte Frau" ablieferte. Damit reihte er sich ein unter die Regisseure, die in letzter Zeit den gleichen Weg gegangen sind: Paul Schrader, Michael Cimino, Peter Hyam oder Walter Hill etwa. Kasdan, heute 35 Jahre alt, hat das Drehbuch u. a. zu Steven Spielbergs „Jäger des verlorenen Schatzes" und den beiden letzten „Krieg-der-Sterne"-Filmen geschrieben. Dennoch hat ihn die Mammutfilmerei als Regisseur nicht überwältigt: „Die heißkalte Frau" – auch das Drehbuch stammt von ihm – steht in der Nachfolge der Schwarzen Serie und ist im Dialog der Action zumindest ebenbürtig.

Auch die *Corman Factory* arbeitet weiter. Was Hollywood Roger Corman, dem Regisseur und Produzenten, alles zu verdanken hat, hat es wohl selbst noch gar nicht begriffen. Mit seinen billigen B-Filmen hat er einer ganzen Garde heute anerkannter Regisseure die Startchance gegeben: Monte Hellman, Francis Ford Coppola, Peter Bogdanovich oder Martin Scorsese. Es ist gut möglich, daß man in dieser Reihe einmal auch Aaron Lipstadt nennen wird. Sein Science-Fiction-Film „Der Android" ist zwar weit billiger als jeder „Krieg der Sterne", dafür aber umso besser: Eine schwarze Genesis, aufbauend auf der Erkenntnis, daß fast jeder Science-Fiction-Film religiös verbrämt ist.

Auch die Leute aus den etwas trivialeren Zweigen des Mediengeschäfts sind erfolgreich am Werk. Hugh Wilson etwa, der mit „Police Academy" debütierte und in Amerika als Drehbuchautor, Regisseur und Produzent einer satirischen Fernsehserie bekannt ist. Nun ruft die „Police Academy" zwar nicht gerade reines Entzücken hervor, da sie einmal in der Tradition der Militärklamotte *steht und man zum anderen* bald merkt, wie allzu sorgsam die Lacher hier programmiert sind. Aber Erfolg hat der Streifen doch gehabt, nicht nur in Amerika, sondern auch bei uns. Und die vielbeschworenen Neuen Medien machen sich in Steve Barrons „Electric Dreams" bemerkbar, einem Film über einen wildgewordenen Heimcomputer. Barron hat einen Namen als Meister des Videoclips, und hier liegt denn auch die Ursache für die Attraktion seines Filmes gerade bei der Jugend.

Gemeinsam ist diesen Leuten mit ihren so unterschiedlichen Werdegängen fast immer eins: Sie sind Fanatiker des Kinos, sie haben sich von Kindesbeinen an mit Filmen vollgestopft, sie kennen fast alles, was jemals über die Leinwand gelaufen ist. Und sie alle haben großen Respekt vor dem Unterhaltungsbedürfnis des Zuschauers – weil sie selbst stets so leidenschaftliche Zuschauer waren. Es ist übrigens festzustellen, daß allmählich auch in der deutschen Filmlandschaft sich Änderungen abzuzeichnen beginnen, die in diese Richtung weisen.

Selbstverliebtheit der Filmemacher und Mißachtung des Zuschauers waren sicher lange Zeit die Kardinalfehler des neuen deutschen Films. Bestimmte Cliquen, die Zugang zu den öffentlichen Fördermitteln verschafften, sorgten geradezu dafür, *daß das so blieb. Lernt man* jetzt endlich um? Regisseure wie Carl Schenkel etwa lassen hoffen. Schenkel (36 Jahre alt), der sich mit „Abwärts", seinem zweiten Film, einem Thriller um einen steckengebliebenen Fahrstuhl, monatelang in den Kinos hat halten können, bekennt sich expressis verbis zum „handfesten Kino" und zum „Recht des Publikums auf Unterhaltung", ohne damit anzuecken. Vor ein paar Jahren hätte so etwas noch als schlimmstes Sakrileg gegolten.

Schenkel hat, ebenfalls wieder unüblich in Deutschland, eine lange Lehrzeit hinter sich, bei der er das Handwerk von der Pike auf gelernt hat, und zwar auch bei ausländischen Produktionen, bei denen es schmerzte, wenn sie ihr Geld nicht wieder einspielten – im Unterschied zum finanziell so risikolos gewordenen deutschen Film. Aber er glaubt, daß das seiner Laufbahn nur gut bekommen ist.

Selbst bei den Absolventen der Filmhochschulen ist mittlerweile ein anderer Ton zu spüren. Roland Emmerichs Abschlußfilm an der Münchner Hochschule etwa fand große Beachtung im Kino: „Das Arche-Noah-Prinzip", ein Science-Fiction-Film um Machtkämpfe auf einer Erdaußenstation, mit einer Million Mark Kosten gedreht, aber erheblich teurer wirkend. Kritiker fühlten sich sogar an den Debütfilm des amerikanischen Wunderkindes John Carpenter, „Dark Star", erinnert. Und fast in den Rang einer deutschen „Rocky Horror Picture Show" stieg ein weiterer Münchner Abschlußfilm empor: „Die Nacht des Schicksals" von Helmer Lützelburg, 31 Jahre alt, eine Pa*rodie auf so gut wie alles, von der* Trivialliteratur bis zum Schlagergeschäft, für bloße 80 000 Mark gedreht. Vielleicht machen einige Schwalben schließlich doch einen Sommer.

SVEN HANSEN



Blick in den Garten des neuen Mailänder Archäologie-Museums mit Skulpturen der Bildhauerin Veronika van Eyck FOTO: DIE WELT

Gespaltene Welten

Ein archäologisches Museum, das in seinem Garten einen spätrömischen Turm besitzt, ist eine Seltenheit. Daß man eines Tages in dem Garten ein Stück römischer Straße freilegt, ist ein glücklicher Zufall. Daß der bisher verschlossene Garten *dem Publikum mit einer Ausstellung* zeitgenössischer Kunst eröffnet wird, die nicht wie eine Dissonanz zwischen den antiken Resten wirkt, ist zumindest sehr ungewöhnlich. Es geschah vor kurzem in Mailand und beschenkt die alte Römerstadt, die immer wieder auf ihre Wurzeln stößt, mit einer neuen, bleibenden Attraktion.

Die „archaischen Skulpturen" der deutschen Künstlerin Veronika van Eyck sind noch bis Mitte Januar im Innern des Museums und in seinem Garten zu sehen. Wie die römischen Marmorköpfe, die etruskischen Funde und die griechischen Vasen und wie die Quadersteine draußen sprechen auch ihre Skulpturen eine zeitlose Sprache in unserer schnellebigen *Zeit der Kunstmoden, die kommen* und gehen. Es sind große Figuren voller Kraft und Stille. Es sind gespaltene Welten und Köpfe, die von den Wunden zeugen, die das Leben schlägt. Das bildhauerische Werk der Veronika van Eyck hat sich in Jahrzehnten oft gewandelt, aber es ist sich im Grunde immer treu geblieben. Ihre Skulpturen sind modern empfundene Archetypen einer mythischen Vergangenheit.

MONIKA von ZITZEWITZ



Auf dem Stuhle Erich Kästners: Der Münchner Kritiker und Feuilletonist Armin Eichholz in seinem Arbeitszimmer FOTO: HANS ENZWIESER

Zum 70. Geburtstag des Literaten Armin Eichholz

Wer seinen Augen traut

Er war der letzte Inhaber des Stuhles, auf dem Erich Kästner und Bruno E. Werner bei der „Neuen Zeitung" gesessen *haben*. Ehe er Feuilletonchef des „Münchener Merkur" wurde, war Armin Eichholz, den wir heute zu seinem 70. Geburtstag gratulieren können, in gleicher Funktion bei der schon sagenhaft verklärten „Amerikanischen Zeitung für die deutsche Bevölkerung" beschäftigt. Aus jener Zeit *erinnert man sich auch* noch gut seiner Parodien auf zeitgenössische deutsche und ausländische Dichter, hintergründige witzige Texte, die unter dem hübschen Titel „Inflagranti" auch als Buch erschienen sind.

Gewichtiger ist das ganze Korpus seiner Theaterkritiken, *die fein* säuberlich geschieden nach den beiden großen Münchner Sprechbühnen als „Heute abend stürzt Hamlet" über das Residenztheater und „Kennen sie Plundersweilern" über die Kammerspiele erschienen sind (im Münchner Ehrenwirth-Verlag). Er hat sie alle genau *abgedruckt* – manche vier bis fünf Buchseiten lang –, wie er sie im Streß am Vormittag nach der Premiere aufs Papier geworfen *hat, immer* darauf Bedacht nehmend, daß man Kritiken auch für Leute schreibt, die selber nur selten ins Theater gehen, und daß man diesen mehr bieten muß als ein nüchternes Zeugnis für die Leistungen von Autor, Regisseur und Schauspielern.

Doch beim Durchblättern steigen nicht nur ganze Spielzeiten vor dem geistigen Auge auf, man kann sich auch immer wieder über glückliche Formulierungen und gelungene Wortspielereien freuen. Was er sonst, wenn der Tag es fordert, für seine Zeitung geschrieben hat, ist in Auswahl in einem anderen Buch unter dem Titel „Ich traute meinen Augen" versammelt. Schon der Titel ist ein hübsches Beispiel für seinen Umgang mit der Sprache.

Da ist nun tausenderlei vereinigt, worüber ein Feuilletonredakteur zu *schreiben aufgerufen* ist, vom allerletzten Auftritt Grocks bis zum Cranach-Jahr in Kronach oder der „documenta" in Kassel. Und immer wieder hat man die Gewißheit, daß der Autor nicht nur seinen Augen, sondern auch seiner Ausdrücksfähigkeit trauen durfte.

Armin Eichholz stammt zwar aus der Pfalz, ist aber schon in seinem vierten Lebensjahr Münchner geworden und auf ein Münchner Gymnasium gegangen. Ihn aus seiner Heimatstadt wegzulocken, war – auch wenn es gelang, ihn hin und wieder zur Mitarbeit an der WELT heranzuziehen – offenbar vergeblich. So muß man bedauern, daß sein Witz und sein etwas melancholischer Charme nicht regelmäßig einer größeren Leserschaft zugute gekommen ist.

Nachwuchsliteraten, die sich mit *Lesungen eigener Werke vorstellen*, seien davor gewarnt, sich Armin Eichholz als Einleiter zu engagieren. Die Wette gilt, daß es auf den zwei oder drei Blatt seiner Vorrede wesentlich geist- und gehaltvoller zugeht als beim Hauptbestandteil des Programms.

HELLMUT JAESRICH

Hannover: Neue Kammermusik von L. Kupkovič

Seinen Haydn gelernt

Einzelkämpfer war er schon immer: Als er in den sechziger Jah*ren das erste slowakische Musica-No*va-Ensemble ins Leben rief und die radikalsten avantgardistischen Töne komponierte ebenso wie jetzt in seiner nicht minder radikalen Abwendung von Atonalität und Avantgardismus. Und es ist innerste Überzeugung, mit der der jetzt seit anderthalb *Jahrzehnten im Hannoverschen Exil* wirkende Ladislav Kupkovič den bisherigen Weg der neuen Musik für einen Irrweg erklärt.

Dieser Irrweg, so die Philosophie *des Außenseiters, habe der Musik auf* Generationen den Kredit der Hörer verspielt, der nur zurückzugewinnen sei durch entschlossene Abkehr von den atonalen Konventionen und durch Rückkehr zur Tonalität in Dur und Moll. Die sich selbst finanzierende Unterhaltungsmusik habe sie ja *niemals aufgegeben*, doch auch, wenn Avantgardekomponisten im trauten Familienkreis musizierten, spielten sie schließlich – Schubert.

An ihn erinnert denn auch manches, was Kupkovič als eigenen kompositorischen Beitrag zu dieser Rückkehr anbietet – bei neoromantischen *Halbherzigkeiten* bleibt er nicht stehen. Seine Beschränkung auf das siebenstufige System ist konsequent und so läßt er auch die alterierten Sept- und Nonakkorde draußen, mit denen der atonale Irrweg der Musik einmal begann. Zwei Quintette und ein Quartett, die Kupkovič jetzt mit dem Hilversumer *Raphael-Quartett* und dem Pianisten Martin Dörrie in der Hannoverschen Musikhochschule vorstellte, könnten aus dem neuaufgefundenen Nachlaß eines Klassikers stammen: Melodien und Themen, die Haydn zufällig nicht ein*gefallen sind, ihm aber hätten einfal*len können.

Mit diesem Material stellen sich automatisch die alten kompositorischen Probleme: An Kupkovič' Sätzen ärgert einen *manches, was* einen auch mitunter bei den Klassikern ärgert: trockene, nichtssagende Sequenzen oder zu kurzatmige, beflissene Rondos. Aber im übrigen baut sich dies alles sehr schön, *spannungsreich* und überzeugend auf: Im 20. Jahrhundert wie Mozart zu komponieren, die Erlernung dieser Fremdsprache ist möglich.

Wird dieses Modell irgendwo verfremdet oder „hinterfragt"? Strawinskys „Pulcinella-Suite" noch im Ohr, wartet man ja auf dergleichen, aber abgesehen von einigen untergründigen Unregelmäßigkeiten, kleinen rhythmischen Komplikationen und melodischen Widerborstigkeiten spielt sich da nichts ab.

Früher konnte das Publikum über das Happening kichern, wenn Kupkovič „Ich küsse Ihre Hand, Madame" oder auch Beethovens Polonaise nostalgisch variierte. Diesen Demonstrationscharakter haben die nun uraufgeführten Quintette in B- und A-Dur und das Quartett in d-Moll nicht mehr oder kaum noch – gerade im A-Dur Quartett bewahrt der Schlußsatz noch kolportagehafte Züge: im übrigen ist diese Musik sehr sachlich und ernst geworden, eben „klassisch", und das Publikum kichert nicht mehr. Es applaudierte vielmehr mit einem ganz unniedersächsischen Enthusiasmus.

DETLEF GOJOWY

KULTURNOTIZEN

Ursula Monn *erhielt den Ernst-Lu*bitsch-Preis 1985 für ihre Hauptrolle in dem Film „Einmal Ku'damm und zurück".

Ein Dinosaurier-Ei (schätzungsweise 105 Millionen Jahre alt) wurde, vollständig erhalten, von sowjetischen Wissenschaftlern in Zentralasien gefunden.

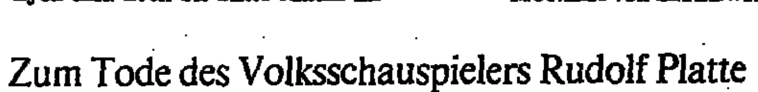
Ulrich Rückriem empfängt den mit 10 000 Mark dotierten Konrad-von-Soest-Preis des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe.

Den Gottron-Just-Preis (10 000 Mark) der Stadt und der Universität Ulm erhielt der Gießener Genetiker Fritz Anders in Würdigung „seiner *zukunftsweisenden Arbeiten* über die genetische Regulation der Tumorentstehung".

300 Stücke sind für den ersten Dramatiker-Wettbewerb eingesandt worden, den der Bund Deutscher Theatergemeinden ausgeschrieben hat.

Der „Goldene Bobby", der erste *Tonmeister-Preis*, ist der *NDR-Auf*zeichnung der Zemlinsky-Oper „Der Geburtstag der Infantin" zuerkannt worden; im Bereich Konzert fiel er an eine Aufnahme von Debussys „Jeux" unter Hans Zender.

Americo Tot, aus Ungarn stammender italienischer Bildhauer, ist 75jährig in Rom gestorben.



Zum Tode des Volksschauspielers Rudolf Platte

Teil des Berliner Herzens

Die Berliner haben ihn geliebt, so als wäre er einer der Ihren. Dabei *kam er aus Dortmund. Seine ersten* Bühnensporen hatte er sich redlich in Bad Harzburg, in Hildesheim, Wuppertal und schließlich am Lobe-Theater in Breslau verdient.

Natürlich kam Platte nach Berlin. Er schloß sich zeitweise der eher aufsässigen „Truppe junger Schauspieler" an und fiel sofort auf. Er gründete zusammen mit Werner Finck und Hans Deppe das frisch-fröhlich-freche Cabaret „Die Katakombe". Er hatte eine verblüffend scheue, aber eben äußerst *pointierte Art zu spielen* und die jeweilige Rolle in den treffendsten Zustand zu bringen.

Der Film mußte nach ihm greifen, und das tat er für zwei Jahrzehnte mit schier grausamer Rücksichtslosigkeit. Platte mußte immer wieder den jungen Mann spielen, der immer nur die Backpfeifen bekam. Er war der Plotten-Komiker vom Dienst. Ihn verdroß das am Ende selber.

Er wurde, kaum daß der Krieg aus war, von den Russen zum Intendanten des Schiffbauerdamm-Theaters gemacht. Sie drangen darauf, daß er den vergrämten Berlinern vom Fleck weg endlich wieder Plaisir bereitete. Das tat er – wie immer – mit leichter, perfekter Hand. Künstlerisch satt wurde er dabei immer noch nicht.

Platte ist eigentlich erst im vorge*rückten* Alter wirklich *erfolgreich* und selber köstlich geworden. Plötzlich gab es in den 50er und 60er Jahren einen kurzen Schub wirklich lustiger Berliner Volksstücke. Da mußte Platte ran! Er war schon 60, als er in seine eigentliche Platte-Eigenart kam. Er spielte im „Fenster zum *Flur" einen erblindenden Tram*bahnschaffner, war ein pfiffiger Boudiker im „Kaiser vom Alexanderplatz" und ein melancholischer Tresorknacker in „Das Geld liegt auf der Bank" – oder er spielte, schier endlos, den Striese herzzerbrechend komisch im „Raub der Sabinerinnen".

*Er wurde zum Berliner Volks*schauspieler. Die Leute liebten ihn. Die Stücke, die ihm jetzt angepaßt wurden, mußte er jeweils jahrelang abspulen. Er gewann den Ehrentitel „Langspielplatte" oder (noch zärtlicher) den des „Pantoffel-Kainz". Er stand mit der großen Grete Mosheim auf der Bühne in „Am goldenen Teich". Beide sind unvergeßlich.

Helmut Käutner holte ihn zum Fernsehen und ließ Platte den „Hauptmann von Köpenick" spielen – *so gut, rührend und wahrhaft* tragikomisch, wie das vorher nur Werner Krauss auf der Bühne gelungen war. In seinem letzten Fernsehauftritt war die Bergner seine Partnerin. Und wie waren sie beide bewegend!

Vor wenigen Wochen holte der Tod Plattes Frau, die treue Gefährtin seines mehr als *80jährigen Lebens*. Das hat er, will es scheinen, nicht verwinden können. Gestern ist er gestorben. Mit ihm ist der letzte wirkliche „Volksschauspieler" abgetreten, den Berlin hatte. Die Stadt wird das (trotzdem in Erinnerung dankbar lächelnd) kaum verwinden können. Platte wird fehlen. In der Tat: Er war ein Teil des Berliner Herzens selber.

FRIEDRICH LUFT



Pantoffel-Kainz tritt ab: Rudolf Platte in seinem größten Erfolg, „Der Kaiser vom Alexanderplatz" FOTO: BFH

JOURNAL

Wim Wenders klagt auf Schadenersatz

dpa, Berlin

Der Regisseur Wim Wenders wird den Münchener Filmverlag der Au*toren (FdA) auf drei Millionen* Mark Schadenersatz verklagen, weil der Filmverlag in Hamburg eine Pressevorführung mit einer „verstümmelten Kopie" seines Films „Paris, Texas" veranstaltet habe. Wie Pressereferent Rainer Götz Otto von Wenders' Berliner Produktionsfirma „Road Movies Filmproduktion" mitteilte, will Wenders' Anwalt die Klage bei einem Münchener Ge*richt einreichen*. Zusammen mit der Klage hat Wenders den Filmverlag ultimativ aufgefordert, die Kopie zu vernichten. Der Filmverlag der Autoren und Wim Wenders streiten sich in zahlreichen Gerichtsverfahren seit mehreren Monaten um die deutschsprachigen Aufführungs- und Verleihrechte an dem Werk, das auf den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes mit der „Gold*enen Palme" ausgezeichnet* wurde.

Jugendtreffen Bayreuth mit Schwerpunkt Oper

dpa, Bayreuth

Das 35. Internationale Jugendfestspieltreffen vom 8. bis zum 30. August nächsten Jahres in Bayreuth wird ganz im Zeichen des Internationalen Jahres der Jugend und des Europäischen Jahres der Musik stehen. Das Programm setzt zudem Schwerpunkte bei *Johann* Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel. Im Opern-Workshop setzt sich Igor Folwill szenisch und musikalisch mit Bachs Kantaten „Bauernkantate" und „Der Streit zwischen Phoebus und Pan" auseinander. Folwill will experimentell das Vorurteil widerlegen, *daß sich* Bach szenisch nicht aufführen lasse.

Die Pläne der 39. Ruhrfestspiele

dpa, Recklinghausen

Gäste aus der „DDR", Ungarn und Israel werden bei den 39. Ruhrfestspielen mitwirken, die vom 1. Mai bis 17. Juni 1985 veranstaltet werden. Aus der „DDR" kommt das Leipziger Theater, *das* Goethes „Faust" aufführen wird. „Ungarische Kulturtage" gestalten das Balletttheater Győr, Kunsthandwerker, eine Folkloregruppe, ein Marionettentheater sowie das Theaterensemble aus der Bergbaustadt Tatabanya. Daneben werden „Israelische Kulturtage" mit Konzert, Pantomime und Folklore vorbereitet. Als Eigeninszenierung studiert das Ensemble der Festspiele unter Wolfgang Lichtenstein das Schauspiel *„Die Maschinenstürmer" von* Ernst Toller ein.

Giuseppe Di Stefano plant Comeback

dpa, Rom

Der Tenor Giuseppe Di Stefano, der sich 1973 aus der Welt der Oper zurückzog, plant mit 63 Jahren ein Comeback. Er kündigte in Rom an, im kommenden Frühjahr wolle er den Cavaradossi in Giacomo Puccinis „Tosca" singen. Er sagte nicht, in welchem Theater er auftreten wird. Vor einigen Tagen hat er mit viel Erfolg in der Kleinstadt Amelia, 100 Kilometer nördlich von Rom, *einen Liederabend gegeben.*

Berliner entziffert Maya-Inschrift

dpa, *Berlin*

Beim Entziffern der geheimnisvollen Schrift der Maya ist man an der Freien Universität Berlin einen Schritt vorangekommen. Professor *Berthold Riese vom Lateinameri*ka-Institut der Universität konnte jetzt im westlichen Honduras einen etwa dreieinhalb Meter hohen Steinblock aus der Stadt Copan als Monument eines Maya-Herrschers identifizieren. Der König hieß vermutlich „Achtzehn Kaninchen" und war der 13. Herrscher von Copan. Der Monolith stammt, nach Angaben des Wissenschaftlers vom Montag, aus dem Jahre 726 nach Christus.

Jan Peerce tot

Der amerikanische Tenor Jan Peerce ist im Alter von 80 Jahren in New York gestorben. Der von russischen Eltern abstammende jüdische Sänger sollte zunächst Synagogen-Kantor werden, debütierte dann aber 1932 als Opernsänger. 1940 begann seine langjährige enge Zusammenarbeit mit dem Dirigenten Arturo Toscanini, der ihn zu seinen späten, noch immer legendären Schallplattenaufnahmen heranzog. Später stieß Jan Peerce zur Ensemble der Metropolitan Opera, dessen verläßlichste Stütze er jahrzehntelang blieb. Peerce war im italienischen wie im deutschen Fach einzusetzen, seine technisch perfekt sitzende Stimme war fast beliebig belastbar, ohne daß sie Schaden genommen hätte. Mochten andere absagen, er sang, wenn Not am Mann war (und das war sie in der Opern-Diaspora Amerika des öfteren), fünfmal die Woche. Erst 1982 wurde seine Karriere durch eine Lungenentzündung beendet.

ebi

Commodore beherrscht den Weihnachtsmarkt

Umsatzboom bei Heimcomputern / Eine Umfrage der WELT

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Allgegenwärtig wie der Figaro im „Barbier von Sevilla" ist eine Heimcomputermarke im diesjährigen Weihnachtsgeschäft. In welchen Teilen der Bundesrepublik Deutschland man auch nachfragt: In praktisch allen Fachgeschäften und Elektronik-Abteilungen der Kaufhäuser wird der Commodore als „Renner der Saison" genannt. Von dieser Regel gibt es anscheinend nur eine einzige Ausnahme – in einem Technischen Kaufhaus in Hamburg.

Auch bei den Versandhäusern hat der Commodore die Nase vorn. Beim Otto-Versand in Hamburg wird das ganz deutlich gesagt. Die beiden großen Konkurrenten drücken sich ein wenig verschlüsselt aus – doch sie äußern sich ähnlich. Neckermann in Frankfurt spricht von einer „erheblichen Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr", von einem „Trend zu höherwertigen Geräten" und von starker Ordertätigkeit für Drucker, Monitore (Bildschirme) und Diskettengeräte (Floppy Discs).

Für Quelle in Nürnberg sind die Kunden „kritischer und informierter" geworden. Das Grundgeschäft wird wie 1983 mit Hobby-Computern und Fernsehspielen getätigt. In seinen örtlichen Fachabteilungen konzentriert sich Quelle jetzt jedoch mehr auf höherwertige Personal-Computer. In Essen wurde sogar ein erstes reines Fachgeschäft für diese Anlagen eröffnet.

Beim Kaufhof am Stachus in München ging zwar die Zahl der verkauften Geräte leicht zurück, doch wird dies auf die erheblich erhöhte Zahl der Geschäfte, die Heimcomputer führen, zurückgeführt. Auch hier führt Commodore, gefolgt von Sinclair und – abgeschlagen – Atari. Neukäufer orientierten sich hier in erster Linie daran, welches Gerät in der Bekanntschaft bereits vorhanden ist, in aller Regel eben der Commodore. Gleicher Trend im Berliner Kaufhaus des Westens. Auch Zusatzgeräte verkauften sich '84 besser als '83.

Im Kaufhof in Frankfurt hielten sich die Umsätze auf Vorjahreshöhe. Auch hier liegt Commodore an der Spitze, gefolgt von Sinclair Spectrum 48 K. Hertie in Stuttgart nennt Commodore als Hauptrenner, gefolgt von Atari („wegen der radikal gesenkten Preise"). Hier achten die Kunden vor allem darauf, daß sich ihre Geräte später problemlos erweitern lassen. Das Fachgeschäft Media Markt in München tätigt heuer erheblich bessere Umsätze mit Heimcomputern als vor einem Jahr – dank Commodore. Die Erklärung: „Commodore hat es geschafft, in den Schulen bekannt zu werden. Die Schüler tauschen teure Software aus, sie kopieren die Programme." Das ist zwar urheberrechtlich verboten, wird aber eben getan – und bedingt natürlich den Besitz markengleicher Geräte.

Bei Horten in Düsseldorf taucht nach dem Commodore (und neben Atari und Apple) der Markenname Schneider auf. Dieses Gerät sei für umfangreichere Anwendungsgebiete geeignet, es biete mehr Möglichkeiten und sei auch beruflich zu nutzen, hieß es zur Begründung.

Die bereits erwähnte Ausnahme von der allgemeinen Commodore-Regel bietet das Technische Kaufhaus Brinkmann in Hamburg. Gut eingeschlagen hat auch hier Schneider, das komplett mit Monitor 898 Mark, mit Farbmonitor 1398 Mark kostet. Inbegriffen ist dabei nicht nur die Zehner-Tastatur, sondern auch der Recorder.

Hier hat man auch guten Rat bereit für unentschlossene Käufer: Wichtig seien Ausbaumöglichkeit, eine vernünftige Tastatur sowie die verfügbare Programmvielfalt. Keine Rolle spielt die Verfügbarkeit von Lehr- und Anleitungsliteratur: „Die ist für alle Typen vorrätig." Es hat den Anschein, daß alle, die nur spielen wollen und dabei preiswert Programme austauschen, wenn auch ein wenig außerhalb des Gesetzes, mit dem Commodore gut beraten sind. Wer höhere Ansprüche stellt, dürfte derzeit mit Schneider gut bedient sein. Diese Marke wird allerdings nicht von allen Geschäften geführt; ihr Vertrieb ist streng kanalisiert.

Knochenmark-Empfänger Stefan Morsch nach Abstoßungsreaktion des Körpers in Seattle gestorben

Eine Stiftung soll an seinen Tod erinnern

DW. **Seattle/Birkenfeld**

Stefan Morsch aus Birkenfeld an der Nahe ist tot. Der 16jährige, dem als erstem Deutschen Knochenmark eines familienfremden Spenders eingepflanzt worden war, starb am Montag abend in Seattle im US-Bundesstaat Washington. Dies bestätigte das Fred-Hutchinson-Krebsforschungszentrum. Als Todesursache wurde eine Lungenentzündung nach einer Abstoßungsreaktion des Körpers gegen das eingepflanzte Knochenmark angegeben. Die Reaktion zeigte sich zunächst in Hautausschlägen, griff später auf Leber und Darm über und führte schließlich zu hohem Fieber und zum Tod.

Dem Jungen war im August Knochenmark eines 35 Jahre alten Engländers eingepflanzt worden. Noch vor wenigen Tagen hatten Stefan Morsch und seine Familie gehofft, Weihnachten in der Bundesrepublik Deutschland verbringen zu können. Die Ärzte hatten ihre Einwilligung für den Rückflug gegeben, weil sie der Ansicht waren, daß für die Genesung des an Heimweh leidenden Jungen die vertraute Umgebung wichtig sei. Der Schüler hatte das Krankenhaus bereits am 12. September verlassen können, mußte jedoch bereits drei Wochen später zurückkehren, weil die Immunreaktion ihn dazu zwang.

Ohne die Operation in den Vereinigten Staaten hätte Stefan nach dem Urteil der Ärzte höchstens noch ein halbes Jahr zu leben gehabt. Da in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur Knochenmark von Familienmitgliedern operativ übertragen wird, kam allein eine Operation in der weltweit als führend geltenden Spezialklinik in Seattle in Betracht.

Stefan war der dritte Patient, der in dem Hutchinson-Zentrum Knochenmark von einem nicht verwandten Spender erhielt. Das Transplantat stammte von dem 35jährigen britischen Rechtsanwalt Terence Bailley, der als einer von 54 000 potentiellen Spendern von Knochenmark in einer Londoner Datenbank registriert ist und vom Computer als „Idealspender" für den 16jährigen ermittelt worden war. Im Familienumkreis Stefans hatten die behandelnden Ärzte niemanden gefunden, der das benötigte Knochenmark hätte liefern können.

Die Knochenmarktransplantation an Stefan Morsch war erst durch eine ungewöhnliche Spendenaktion möglich geworden. Die Spenderbank in London hatte eine Kaution von 200 000 Mark verlangt. Innerhalb weniger Wochen kamen auf einem Spendenkonto 800 000 Mark zusammen. Ein Teil wurde der Spenderbank überwiesen, der Restbetrag festgelegt. Die Operationskosten in Höhe von 400 000 Mark wurden von der Krankenkasse und der Beihilfe der Bundeswehr – Vater Emil Morsch ist dort angestellt – getragen. Mit dem Geld, das nach Angaben der Verwaltung von Birkenfeld nicht mehr zur Kaution gebraucht wird, soll jetzt in ähnlich gelagerten Fällen geholfen werden. „Wir beabsichtigen, Anfang des Jahres eine Stefan-Morsch-Stiftung ins Leben zu rufen", sagte Bürgermeister Mörsdorf. Einzelheiten sollen mit dem Deutschen Stifterverband geklärt werden.

Doch schon vor Gründung einer Stiftung soll einem Leukämie-Kranken geholfen werden: Für Lutz Friese (27) aus der Gemeinde Ronneburg (Hessen) wurde eine Kaution von 200 000 Mark bereitgestellt. Friese befindet sich seit dem 24. November in Seattle und wartet dort auf seine Operation. Ein ursprünglich vorgesehener Operationstermin Mitte Dezember mußte abgesagt werden, nachdem ein Spender zurückgetreten war und das Blutbild des Patienten sich verschlechtert hatte.



Als erstem Deutschen wurde dem 16jährigen Schüler Stefan Morsch im August in den Vereinigten Staaten Knochenmark eines familienfremden Spenders eingepflanzt, um den an Leukämie erkrankten Jungen zu retten. Er hatte gehofft, Weihnachten zu Hause in Birkenfeld an der Nahe verbringen zu können, doch die Abstoßreaktionen seines Körpers auf das fremde Knochenmark führten Montag abend zum Tod des Schülers. FOTO: AP

Stichwort: Immunsystem

Das Immunsystem des Menschen hat die Aufgabe, den Körper sowohl nach außen als auch innen zu schützen. Nach außen wehrt es Krankheitserreger ab, nach innen verhindert es die Entwicklung von körpereigenen Zellen mit veränderten Zelloberflächen. Körperfremde Zellen werden vom Immunsystem nur aufgrund der veränderten Oberflächenstrukturen erkannt. Tauchen solche Zellen auf, werden sie sofort angegriffen und vernichtet. Die Leukämie-Erkrankung (Blutkrebs) beginnt im Knochenmark, verteilt sich aber dann über den Blutkreislauf im gesamten Körper.

Bei der Therapie werden chemische Substanzen zur Hemmung der Zellteilung in den Blutkreislauf eingespritzt. Versteckte Nester von Leukämiezellen werden aber oft nicht erreicht. Mit einer modernen Therapiemethode wird zuerst das Zentrum der Blutbildung im Knochenmark zerstört. Mit den Leukämiezellen sterben allerdings auch alle normalen Zellen. Sie werden später durch transplantierte körperfremde Knochenmarkzellen ersetzt und die Blutbildung wiederhergestellt.

Die Methode hat eine hohe immunologische Schranke: die Oberflächenstrukturen der Zellen sind allein bei eineiigen Zwillingen identisch, sonst verfügt jeder Mensch über Strukturen, die nur für ihn zutreffen. Als Zellspender eignen sich deshalb nur Personen, deren zelluläre Oberflächenstrukturen eine enge Verwandtschaft zu den Patientenzellen aufweisen. Meist treffen diese Voraussetzungen bei Geschwistern zu.

MANFRED REITZ

Lebensretter sind staatlich versichert

dpa, **Karlsruhe**

Die Sozialversicherungsleistungen für Hinterbliebene eines verunglückten Lebensretters gehen nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) dann zu Lasten des Staates, wenn er bei dem Rettungsversuch ohne eigenes Verschulden ums Leben gekommen ist. Mit dieser Begründung hat der BGH eine Klage der baden-württembergischen Unfallversicherungsbehörde zurückgewiesen. In dem Fall hatte ein Grubenentleerungsunternehmer einen in seine Jauchegrube gestürzten Hauseigentümer zu retten versucht. Beide Männer waren dabei umgekommen. Nach einer Vorschrift der Reichsversicherungsordnung (RVO) konnte bisher der Sozialversicherungsträger denjenigen, zu dessen Gunsten die Hilfeleistung erfolgte, in Regreß nehmen. Dies wurde vom BGH jetzt verneint (AZ: IV a ZR 167/82).

Vergebliche Fahndung

dpa, **Frankfurt**

Die Polizei hat von dem Räuber, der am Montag auf dem Rhein-Main-Flughafen aus einer jugoslawischen Maschine Geldsäcke mit 2,9 Millionen Mark erbeutete, lediglich eine vage Täterbeschreibung. Der 25 bis 30 Jahre alte Mann flüchtete in einem Auto der „Finnair". Der Gangster verfügte offenbar über detaillierte Ortskenntnisse.

Teurer Kinderstreich

AP, **Boston**

Zusammen mit vier Freunden entwendete ein Elfjähriger am Sonntag in Boston eine schwere Planierraupe, überrollte ein Wachhäuschen, durchbrach die Mauer eines Geschäfts und walzte ein Dutzend Autos platt.

Kostbarer Fund

dpa, **Frankfurt**

Ein „unsortiertes Briefmarkenpaket", das ein norddeutscher Student in einem Kaufhaus erwarb, enthielt sieben „Olympia-Briefmarken 1980" der Bundespost. Die auf Auktionen mit 16 000 Mark pro Stück angesetzten Raritäten gehören zu einer zurückgezogenen Markenserie und wurden versehentlich von der Frau des damaligen Postministers Gscheidle in Umlauf gebracht.

Wieder eine Giftwolke

dpa/UPI, **Matamoros**

Eine Ammoniak-Gaswolke führte nach ihrem Austritt aus einer schadhaften Verladeleitung Montag abend zur Evakuierung Tausender Einwohner der mexikanischen Stadt Matamoros, nahe der texanischen Grenze. Todesopfer waren nicht zu beklagen.

Brandopfer in Waisenheim

AFP, **Warschau**

Acht Waisenkinder und der Direktor eines Waisenheimes kamen in der nordwestpolnischen Stadt Wronki bei einem Großfeuer in ihrem Heim um. Die Brandursache ist unbekannt.

Äthiopisches SOS-Dorf

DW. **Addis Abeba**

In den äthiopischen Städten Awasa und Asmara werden gegenwärtig zwei SOS-Kinderdörfer für 50 Waisenkinder von in den Hungerlagern verstorbenen Eltern errichtet. Spenden werden unter der Kontonummer 111 111 bei der Deutschen Bank München entgegengenommen.

LEUTE HEUTE

„Bambi" für die Stars

Auch in diesem Jahr werden wieder Stars mit dem „Bambi"-Preis des Burda Verlages München ausgezeichnet. Zur Schauspielerin des Jahres wählten die Leser der Burda-Zeitschriften „Bunte" und „Bild + Funk" **Thekla Carola Wied** („Ich heirate eine Familie"). Als Schauspieler erhält **Manfred Krug** die Ehrung. Während **Mike Krüger** und **Thomas Gottschalk** als Spaßmacher („Zwei Nasen tanken Super") ausgezeichnet werden, bekommt **Ulrike Meyfarth** einen Bambi für ihren olympischen Goldsprung. Außerdem werden **Heinz Rühmann** mit einem Ehren-Bambi – seinem elften insgesamt –, die Schauspielerin **Anja Jaenike** als Nachwuchsstar und **Udo Jürgens** als Showstar des Jahres ausgezeichnet. Für seine Kreativität erhält **David Wolper**, Regisseur der Eröffnungs- und Schlußfeier der Olympischen Sommerspiele 1984, das Symboltier. **Hanna Schygulla** bekommt es als Frau, **Karlheinz Böhm** als Mann des Jahres. „Bambis" gibt es auch für Regisseur **Wolfgang Petersen** und Film-Produzent **Bernd Eichinger** („Die unendliche Geschichte").

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Nach einem vorübergehenden und nur schwachen Zwischenhocheinfluß greifen von Westen her erneut Tiefausläufer auf Deutschland über.



Vorhersage für Mittwoch:
Anfangs in der Mitte und im Süden wolkig, vereinzelt Schnee- oder Regenschauer, zum Teil auch aufgeheitert. Am Vormittag schon im Westen und Norden, nachmittags auch im Süden Eintrübung mit Niederschlägen, die auch im Flachland als Schnee fallen. Temperaturen um 4 Grad. Im Norden und Westen mäßiger bis frischer Wind aus Südwest bis West, im Süden schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Unbeständig, verhältnismäßig mild

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	3°
Dresden	3°	Las Palmas	19°
Essen	3°	London	3°
Frankfurt	5°	Madrid	7°
Hamburg	4°	Mailand	7°
List/Sylt	5°	Mallorca	14°
München	4°	Moskau	-8°
Stuttgart	2°	Nizza	10°
Algier	14°	Oslo	-3°
Amsterdam	6°	Paris	4°
Athen	16°	Prag	2°
Barcelona	13°	Rom	15°
Brüssel	4°	Stockholm	-3°
Budapest	0°	Tel Aviv	19°
Bukarest	5°	Tunis	13°
Helsinki	-7°	Wien	2°
Istanbul	12°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 8.24 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr; **Mondaufgang:** 6.02 Uhr, Untergang: 14.32 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Riese macht staunen

Ein ebenso seltener wie trauriger Anblick bot sich Montag abend am Strand von Husum, wo ein verendeter 19 Meter langer Finnwal mit viel Hydraulik an Land gezogen wurde, wie das AP-Bild zeigt. Der Wal war Sonntag im nordfriesischen Wattenmeer gestrandet und von seinem eigenen Gewicht von rund 40 Tonnen erdrückt worden. Durchaus denkbar, daß der Meeressäuger sich hier – auf seinem Weg von der Arktis ins „Winterquartier" weiter im Süden – auf ein ruhiges Plätzchen zurückziehen wollte, um sich dort wegen Krankheit oder Altersschwäche auszuruhen. Das von dem Polizeiboot „Sylt" abgeschleppte Tier wird zerlegt und in ein Kieler Institut überführt.

Das Phänomen der Walstrandung, so alt wie diese Tiergattung selbst, gibt der Wissenschaft immer noch Rätsel auf. Während solche Mißgeschicke bei Zahnwalen häufig durch Außerkraftsetzen der Echolokation in seichtem Wasser passieren und bei Arten mit enggeknüpftem Sozialgefüge, wie Grindwalen, zu Massenstrandungen ganzer Verbände führen, kommt bei Bartenwalen wie dem Finnwal oder dem vor kurzem gestrandeten Zwergwal eine solche „Panne" nicht in Frage. Diese Arten funken nicht im Ultraschallbereich.

Über den Zustand dieses jüngsten Opfers an der deutschen Nordseeküste kann erst eine Obduktion Auskunft geben. Dabei läßt sich das Alter anhand von „Jahresringen" an den Barten beziehungsweise am Gehörzapfen bestimmen. 80 Jahre kann so ein Finnwal – nach dem bis zu 30 Meter langen Blauwal die zweitgrößte Gattung – schon werden. Als Schwimmer ist er mit glatten 40 km/h sogar schneller als der „Branchenführer". Der Weltbestand der Finnwale wird auf ganze 110 000 geschätzt. Gleichwohl machen Isländer und Spanier immer noch Jagd auf sie.

Verwirrspiel um Wagner

Münchner Polizei weiß nicht mehr, was gespielt wird

PETER SCHMALZ, **München**

In München spielt sich zur Zeit ein Fahndungsfall hart an der Grenze zur Groteske ab: Weder kann die Polizei dabei ihre eigene Rolle einstufen noch die desjenigen Mannes, der im Mittelpunkt einer Entführung steht; dabei weiß man nicht einmal, ob als Drahtzieher, wie man an der Isar schon gemutmaßt hatte, oder aber als Opfer, wie man inzwischen auch schon angenommen hat. Es handelt sich um die mysteriöse Verschleppung des 52jährigen Fuhrunternehmers Erwin Wagner.

Wagner verschwindet am Abend des 22. November. Die Einrichtung seines Büros wird mit einem Beil verwüstet, Spuren von Tränengas werden festgestellt, das künstliche Gebiß des Mannes liegt im Hof. Tage später ruft ein Unbekannter bei Wagners getrennt lebender Ehefrau an und verlangt 500 000 Mark Lösegeld. Freunde bringen die Summe zusammen. Bei der vereinbarten Geldübergabe am Münchner Hauptbahnhof werden in einem Zug nach Italien zwei Täter überrascht, ein 22jähriger Südtiroler und der in Würzburg lebende Italiener Boris Tertan (28), der Wagners Versteck ausplaudert: das Haus seiner Schwiegereltern bei Neapel. Das Haus wird gestürmt; ein zweiter Südtiroler als wahrscheinlich dritter Täter festgenommen. Wagner liegt ungefesselt und wohlbehalten auf einer Liege.



Erwin Wagner – Drahtzieher oder Entführungsopfer? FOTO: DPA

Nun beginnt das Verwirrspiel: Tertan sprudelt im Verhör munter drauflos. Wagner habe den Coup geplant; die beiden Südtiroler habe man auf der Autobahn aufgelesen und als Helfer engagiert. Mit dem Lösegeld wollte Wagner im Kasino von Monte Carlo durch ein „todsicheres" System zum Millionär werden. Version eins war geboren und schien der Polizei glaubhaft, hatte sich doch inzwischen herausgestellt, daß Wagner der Spielleidenschaft frönte. Zudem kannten sich Wagner und Tertan beruflich. Wagner selber sah das freilich ganz anders und stellte seine Entführung als ernsthaftes Unternehmen dar. Tertan habe mit ihm in gebrochenem Englisch gesprochen und sei deshalb von ihm nicht als der frühere Geschäftspartner erkannt worden. Das war Version zwei, die Tertan sofort um eine dritte Variante bereicherte: Danach war Wagner nunmehr tatsächlich ernsthaft entführt worden, weil er ihm, Tertan, aus früheren Geschäften eine sechsstellige Summe schulde. Die beiden Helfer will Tertan unterwegs an der Autobahn aufgegabelt haben. Der Entführte hätte eine kleine Flasche Cognac trinken müssen, um so schlafend leichter über die Grenze gebracht werden zu können.

Diese Folge von Geständnissen und die schwankende Haltung der Münchner Polizei haben nun lebhafte Kritik ausgelöst. „Eine Blamage, die sich am Rande des Skandals bewegt", urteilte eine Münchner Lokalzeitung, und der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warncke forderte den Innenminister auf, eine Untersuchung im Polizeipräsidium zu veranlassen. Die „öffentliche Vorverurteilung" Wagners stelle eine unbegreifliche Fehlleistung der Polizei dar.

Nun warten die Ermittler auf Wagner, der noch von den italienischen Kollegen vernommen wird. Weitere Versionen werden indessen nicht mehr ausgeschlossen.

ZU GUTER LETZT

„Der Blitz war noch nicht dem Donner gefolgt, da goß es wie aus Eimern." Aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.



